Mittwoch, 20. Februar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 43 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**WDR-Vorschaltgesetz:** Medienexperten der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalens kündigten Widerstand gegen den von Ministerpräsident Rau und Fraktionschef Karl Josef Denzer ausgehandelten Kompromiß beim WDR-Vorschaltgesetz an. Sie wollen den umstrittenen Paragraphen vier, der die Handlungsfreiheit des neuen Intendanten Nowottny beschneidet, beibehalten. (S. 3)

**Strafandrohungen:** Die Union will das verfassungsfeindliche Befürworten und das Anleiten zu Straftaten wieder mit Strafe bedrohen, sagte der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Fritz Wittmann, mit Blick auf die jüngsten Terroranschläge. Die Strafandrohungen waren 1981 gegen die CDU aufgehoben worden.

**Protest:** Schweden hat gegen die Politik der „DDR" protestiert, die es Einwandern aus dem Mittleren Osten ermöglicht, ohne Papiere nach Schweden einzureisen. (S. 8)

**„Unterdrückung":** Die Türkei hat Bulgarien jetzt erstmals offiziell vorgeworfen, es unterdrücke die türkische Minderheit in Bulgarien. Mit Pressionen versuche man, die „rund eine Million Türken" zur Aufgabe ihrer Identität zu bewegen.

**Attentat:** Mit Schüssen in den Kopf ermordeten vier mutmaßliche ETA-Terroristen gestern in Madrid den Generaldirektor der Banco Central, Ricardo Tejero Magro. Mit Polizeiausweisen hatten sie sich Zugang zum Haus von Magro verschafft und den Portier und Fahrer überwältigt.

**„Belgrano"-Affäre:** Mit 350 zu 202 Stimmen hat das britische Unterhaus einen Antrag der Labour-Opposition im Zusammenhang mit der Affäre um den versenkten argentinischen Kreuzer „Belgrano" abgelehnt. (S. 7)

**Moskauer Vorwürfe:** Eine „militaristische, abenteuerliche Politik" verfolgen die USA und die NATO nach Meinung des Moskauer Parteichefs Viktor Grischin. Dieser Kurs werde von einem „eskalierenden psychologischen Krieg" gegen die sozialistischen Länder begleitet. (S. 2)

**Golfkrieg:** Nach iranischen Raketenangriffen auf das Containerschiff „Al Manach" (Kuwait) – ein Besatzungsmitglied wurde getötet – und den Tanker „Royal Colombo" (Südkorea) befürchten Schifffahrtskreise eine neue Eskalation im „Tanker-Krieg". Vor acht Wochen hatte Iran zum letzten Mal Schiffe attackiert.

### Machtkampf in Großbritannien

Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien ist zu einem offenen Kampf zwischen der konservativen Regierung Margaret Thatchers und dem marxistischen Gewerkschaftsführer Arthur Scargill geworden, der glaubte, die gewählte Premierministerin in die Knie zwingen zu können. Ein exemplarischer Kampf. Graham Turner, ein führender britischer Journalist, schildert in der WELT die Phasen des Ringens. Seite 6

### WIRTSCHAFT

**Bundesbank:** Die verschlechterte Lage am Arbeitsmarkt ist „kein Indiz für das Ende des Konjunkturaufschwungs", sondern das Ergebnis der witterungsbedingten Störung der Wirtschaft, kommentiert die Bundesbank. (S. 9)

**Verkehrsbericht:** Als lückenhaft kritisierten der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe den Verkehrsbericht der Bundesregierung. Weder sei die Befreiung von der Mineralölsteuer erwähnt noch würden öffentliche Verkehrsmittel unter Aspekten des Umweltschutzes bewertet. (S. 9)

**Börse:** Bei lebhaftem Geschäft stiegen an den Börsen die Kurse. Autowerte waren Favoriten. Der Rentenmarkt war ruhig. WELT-Aktienindex 171,4 (170,7). BHF-Rentenindex 101,170 (101,206). Performance Index 99,301 (99,307). Dollarmittelkurs 3,3162 (3,2788) Mark. Goldpreis pro Feinunze 302,90 (304,50) Dollar.

### ZITAT DES TAGES



» Mit der bedingungslosen Verteidigung überholter Strukturen wird auf Dauer nur zusätzliche Arbeitslosigkeit geschaffen «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Besuch in Bremen
FOTO: JUPP DARCHINGER

### KULTUR

**Wikinger:** Das spurlose Verschwinden der Wikinger, die ein halbes Jahrtausend die einst landschaftlich üppige Insel Grönland besiedelten und kultivierten, ist den Forschern weiter ein Rätsel. In jüngster Zeit mehren sich aber die Hinweise, daß die Europäer von den Eskimos ausgerottet wurden. (S. 15)

**„Woche der Brüderlichkeit":** Unter dem Motto „Im Blick auf morgen: Juden und Christen in der Verantwortung" steht die „Woche der Brüderlichkeit", die am 3. März in der Kongreßhalle Augsburg eröffnet wird. Auf der Feier wird Professor Franz Mußner aus Regensburg mit der Buber-Rosenzweig-Medaille geehrt.

### SPORT

**Fußball:** Karl-Heinz Rummenigge konnte auch gestern nicht mit der deutschen Nationalmannschaft in Portugal trainieren. Er ist erkältet und blieb mit 37,5 Grad Fieber im Bett. (S. 14)

**Tennis:** Der Hamburger Michael Westphal überstand die erste Runde des Turniers von La Quinta/Kalifornien (350 000 Dollar Preisgeld). Er besiegte den Amerikaner Jay Lapidus mit 6:4, 6:4.

### AUS ALLER WELT

**Luftaufnahmen:** Rund 2,5 Millionen Luftaufnahmen, die die britische Luftwaffe während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland machte, sollen Hamburg zur Verfügung gestellt werden. Die Fotos sollen vor allem bei der Suche nach Bombenblindgängern helfen.

**Absturz:** Bei einem Absturz einer Boeing 727 der spanischen Fluggesellschaft „Iberia" starben 151 Menschen. Kurz vor der Landung in Bilbao berührte sie einen Sendemast auf dem Berg Oiz. (S. 16)

**Wetter:** Heiter, im Norden etwas Schnee. Um -2 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# „Union und FDP brauchen einander auch nach 1987"

## WELT-Gespräch mit Alfred Dregger / Genscher für Wende gewürdigt

MANFRED SCHELL, Bonn

Zu einem behutsamen Umgang miteinander auch auf schwierigen sachpolitischen Feldern wie der Innen- und Rechtspolitik hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, den Koalitionspartnern geraten. Im Vorfeld des FDP-Bundesparteitages mit dem dort anstehenden Wechsel in der Parteiführung sagte Dregger gestern in einem WELT-Gespräch: „Union und FDP haben einander nötig, über 1987 hinaus." Dieses Bewußtsein müsse präsent sein. „Die FDP kann in der jetzigen politischen Landschaft nur mit uns Politik machen. Die Union kann nicht in allen Regionen unseres Vaterlandes auf absolute Mehrheiten rechnen. Wir brauchen einen Partner, und der kann nur die FDP sein", sagte Dregger.

Die Freien Demokraten hätten aus seiner Einschätzung heraus eine reelle Chance, alle Wahlhürden zu nehmen. „In der Politik gibt es für nichts eine Garantie. Aber ich wünsche der FDP diesen Erfolg. Sie hat auch die Chance dazu." Das „Aufeinanderangewiesensein", so betonte Dregger, „wird sich auch in den Wahlergebnissen zeigen".

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP habe in der Außen- und Sicherheitspolitik Großes geleistet. „Das Bündnis ist wieder intakt. Bei der Sowjetunion genießen wir Respekt. Im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik haben wir die Talfahrt gestoppt und die Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen eingeleitet." Dregger: „Mit manchem schmerzlichen Eingriff, den insbesondere wir, die große Volkspartei, abzufedern haben." Im Umweltschutz sei die Bundesrepublik Deutschland heute „Vorreiter in Europa. Der Einspruch Frankreichs gegen unsere Katalysatorregelung zeigt das auf schmerzliche Weise. Als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind wir auch auf diesem Felde nicht mehr souverän, was allzu viele Kritiker in der letzten Zeit übersehen haben".

„Schwer tun wir uns in der Innen- und Rechtspolitik", meinte Dregger. Aber auch die FDP sollte bedenken: „Weder wir noch die FDP noch die Demokratie werden davon profitieren, wenn wir den Ausländerstrom, insbesondere aus Ländern der Dritten Welt, nicht in den Griff bekommen. Wenn wir die Gewaltdemonstrationen und den Terrorismus nicht mit dem Nachdruck bekämpfen, den die Öffentlichkeit von uns erwartet."

Ausdrücklich würdigte Dregger die Leistungen des scheidenden FDP-Vorsitzenden Genscher. Er „hat in letzter Stunde die Wende seiner Partei von einer immer weiter nach links abdriftenden SPD weg zur Union hin vollzogen. Wenn man bedenkt, daß Helmut Schmidt und viele alte Sozialdemokraten heute Außenseiter in der SPD sind, dann zeigt das, wie notwendig diese Operation war. Aber sie war auch schwierig. Diese durch die letzte Bundestagswahl bestätigte Wende der FDP ist eine Leistung Genschers, die nicht genug gewürdigt wird."

Erfolg wünsche er dem zur Wahl des FDP-Vorsitzenden anstehenden Martin Bangemann, sagte Dregger. Er stehe vor der großen Aufgabe, „seine Partei in Bund und Ländern zu konsolidieren".

# Peres lädt den Papst nach Israel ein

## Nach Audienz bleiben Differenzen über Status von Jerusalem und die Palästinenser

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat Papst Johannes Paul II. zu einem Besuch nach Israel eingeladen. Nach einer Privataudienz im Vatikan sagte Peres, der Papst würde, wenn er nach Israel käme, „ein willkommener Gast" nicht nur der christlichen Gemeinde dieses Landes, sondern auch des jüdischen Staates sein. Mit Johannes Paul II. habe er die Lage im Nahen Osten erörtert. Er habe den Papst über den eingeleiteten Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon unterrichtet. Auch das Problem der Palästinenser sei angeschnitten worden.

Während der Audienz stand auch der Status der heiligen Stätten in Jerusalem zur Diskussion. Wie aus vatikanischen Kreisen bekannt wurde, kam es dabei jedoch zu keiner Einigung. Peres sagte vor Journalisten, Jerusalem werde immer Israels Hauptstadt bleiben. Israel werde die „religiösen Rechte, Bedürfnisse und Erwartungen aller Religionen" in Jerusalem achten. Die Stadt ist den Katholiken, Juden und Mohammedanern gleichermaßen heilig.

Außerdem soll bei der Audienz die Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen des Heiligen Stuhls zu Israel erörtert worden sein. Im Vatikan scheint freilich die Tendenz zu bestehen, die volle Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen von weiteren deutlichen Schritten in Richtung auf eine Beilegung des Nahost-Konfliktes abhängig zu machen.

In seinen Gesprächen mit italienischen Politikern – vor allem mit Ministerpräsident Bettino Craxi – hat Peres seine Überzeugung kundgetan, daß „es zu einer Verhandlungslösung, so komplex sie auch sein mag, keine Alternative gibt". Craxi vertrat die Ansicht, daß für eine neue Friedensinitiative im Nahen Osten zwar noch die Voraussetzungen fehlten, daß aber Dialogsignale von arabischer Seite nicht zu überhören seien. Er verwies dabei auf die Abmachung zwischen dem jordanischen König Hussein und PLO-Chef Arafat.

In seinem Trinkspruch bei dem Abendessen, das er seinem israelischen Gast gab, erinnerte Craxi an „das ideelle Engagement und den großen Respekt" Italiens für Israel schon seit der Gründung des jüdischen Staates. Er fügte jedoch hinzu: „Wir können nicht gefühllos bleiben angesichts des Dramas des palästinensischen Volkes, das unter dem Fehlen eines Vaterlandes gelitten hat und immer noch leidet. Es wäre unrealistisch, Verhandlungen anzustreben, ohne den palästinensischen Knoten zu lösen." Mehr als gestern seien heute im Nahen Osten die Kräfte der Vernunft am Werk. „Helfen wir ihnen, sich zusammenzutun und einen glaubwürdigen Bezugspunkt für Verhandlungen zu bilden." Craxi informierte Peres auch über eine Botschaft, die Arafat an ihn richtete.

## Moskau ermutigte zur Subversion

DW. Bonn

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat den früheren marxistischen Partei- und Regierungschef der Karibik-Insel Grenada, Maurice Bishop, während dessen Amtszeit zu subversiven Aktivitäten ermutigt und die Unterstützung der UdSSR versprochen. Dies geht aus in Grenada sichergestellten Geheimdokumenten hervor. Die Einflußnahme Gromykos auf die Entwicklung im „Karibischen Dreieck Kuba–Grenada–Nicaragua" geht aus dem Gesprächsprotokoll einer Zusammenkunft am 15. April 1983 im Kreml hervor. An dem Treffen zwischen Bishop und Gromyko nahmen der damalige Außenminister Grenadas, Unison Whiteman, und der Botschafter in Moskau, Richard Jacobs, sowie der stellvertretende sowjetische Außenminister Viktor Komplektow teil.

**Seite 2: Nachhilfestunde**
**Seite 7: Geheimgespräch im Kreml**

## Fußball-EM: Berlin mißachtet

DW. Bern

Die Fußball-Europameisterschaft 1988 findet in der Bundesrepublik Deutschland statt. Dies entschied die zuständige Kommission des europäischen Verbandes gestern in Bern. Beworben hatten sich auch England und ein Zusammenschluß der skandinavischen Länder. Das Votum kam nur zustande, weil der Deutsche Fußball-Bund aus politischen Gründen auf Berlin als Austragungsort verzichtet hatte.

Die Kommissions-Mitglieder aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, aus Bulgarien, Frankreich und der Schweiz stimmten nur unter dieser Bedingung für die Bundesrepublik Deutschland. Als einen „unglaublichen Vorgang" bezeichnete der Direktor des Landessportbundes Berlin, Manfred von Richthofen, die so zustande gekommene Entscheidung.

**Seite 14: „Stolz und glücklich"**

## Anschlag auf Kriegerdenkmal

D. G. Hamburg

Bisher unbekannte Täter haben einen Sprengstoffanschlag auf das bekannte Kriegerdenkmal in der Hamburger Innenstadt verübt. Gegen 2.30 Uhr in der Nacht zu gestern wurden mehrere Ladungen gezündet, die an zwei Stellen der Vorder- und Rückfront des etwa acht mal vier Meter messenden Steinblocks mit etwa vier Meter Höhe Zerstörungen anrichteten. Steine wurden aus dem Sockel gebrochen und bis zu 50 Meter weit geschleudert. Das Denkmal wurde Anfang der dreißiger Jahre aufgestellt. Es erinnert an die Toten des Hamburger 76er Regiments im Ersten Weltkrieg. Besonders wegen des Frieses, der in den Kampf ziehende Soldaten zeigt, und der Inschrift „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen" war das Monument bereits mehrfach Ziel von Farbanschlägen.

**Seite 2: Bildhauerei**

# *Manilas „Feuerengel" meinen Marcos*

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die philippinischen Sicherheitsbehörden tappen im dunkeln. Die Öffentlichkeit ist schockiert, das Touristengewerbe entsetzt. Wer sind die „Engel", die sich in Schreiben an PNA, die Nachrichtenagentur der Philippinen, als die Verantwortlichen für den jüngsten Hotelbrand in Manila bezeichnen? Die Brandstiftung, so erklären sie, sei ein Protest gegen die USA und Japan, die das diktatorische Regime von Präsident Marcos im Sattel hielten. Weitere Sabotageakte seien geplant. Mit anderen Worten: Ausländer sollen die Philippinen meiden. Mehrere hundert Touristen haben denn auch prompt ihre Hotelbuchungen annulliert.

Waren die „Engel" wirklich die Brandstifter, dann haben sie ihr Werk am 13. Februar mit teuflischer Perfektion getan. Das neunstöckige Regent-Hotel, eines der vierzehn Luxushotels von Manila, ist vollständig ausgebrannt. 24 Stunden tobte das Feuer, das gleichzeitig in der zweiten und neunten Etage begann und die 288 Hotelgäste aus 20 Ländern mit einer Explosion erschreckte, die Elektrizitätsversorgung blockierte und damit die elektrische Feuerwarnanlage lähmte sowie das Telefonnetz stillegte. Im Dunkeln mußten sich die Gäste durch Rauch und Flammen ins Freie tasten. 30 Menschen erstickten oder verbrannten. Die Untersuchung der Brandursache ergab, daß die Strom- und Telefonkabel in diesen beiden Stockwerken vorsätzlich manipuliert worden waren.

Es gilt als möglich, daß die „Engel" auch die vier anderen Hotelbrände der letzten fünf Monate auf dem Gewissen haben, bei denen insgesamt 43 Menschen ums Leben kamen. Jedenfalls, so sagt die Polizei, seien all diese Hoteltragödien auf Brandstiftungen des politischen Untergrunds zurückzuführen. In der Hochlandstadt Baguio wurde ein Mann unter dem Verdacht festgenommen, das Pines-Hotel in Brand gesteckt zu haben. Er entkam genau eine Woche vor der Tragödie im Regent-Hotel. Offenbar wollen die „Engel" die Guerrilla-Aktionen in die Städte tragen.

Die Träger der ständig wachsenden Untergrundorganisationen sind Studenten, Intellektuelle und Slum-Bewohner, die sich auflehnen gegen die Verschwendung von Staatsmitteln für Hotels und andere Luxusprojekte, die Imelda Marcos, die Frau des Präsidenten, in ihrer Eigenschaft als Gouverneurin von Groß-Manila erbauen ließ, während in den Slum-Vierteln die Abwässer offen durch die Straßen rinnen. Die Quittung für jahrzehntelange Mißwirtschaft und Korruption liegt heute offen zutage. Die Philippinen stecken in einer hausgemachten nationalen Wirtschaftskrise, die Millionen auf die Straßen und viele von ihnen in die Arme der Kommunisten trieb. Aus dieser Krise, so sagen führende Vertreter der Privatwirtschaft, wird es keinen Ausweg geben, solange Präsident Marcos im Amt bleibt.

Für die meisten Untergrund-Terroristen ist es ein Kampf um Freiheit, nur für ihren harten Kern ist es ein Kampf für den Sozialismus. Schon Ende 1979 hatten Untergrundgruppen einen städtischen Guerrilla-Krieg zu entfachen versucht. Bomben gingen hoch in Supermärkten, Warenhäusern, Banken, Hotels, in Konferenz- und Regierungsgebäuden. Erst ein Jahr später gelang den Sicherheitsbehörden die Zerschlagung der beiden verantwortlichen Untergrundgruppen. Wollen die „Engel" jetzt weitermachen, wo diese Gruppen aufhören mußten? Die Bevölkerung Manilas stellt sich darauf ein, in der nächsten Zeit wieder mit Gewalt und Terror leben zu müssen.

### DER KOMMENTAR

## *Deutschland 0:1*

HERBERT KREMP

Die Herren des Deutschen Fußballbundes haben wohl zu viele harte Kopfbälle abgekriegt. Um die Fußball-Europameisterschaft für die Bundesrepublik Deutschland zu „retten", haben sie in Bern auf den Austragungsort Berlin verzichtet. „Aus politischen Gründen", lautet die beschämende und jedermann unverständliche Begründung. Wir dachten immer, Fußball sei eine nationale Angelegenheit. Es wird doch von den Rängen immer „Deutschland, Deutschland" gebrüllt, wenn bei den Länderspielen der fabelhafte deutsche Sturm vor- oder zurückgeht. Da haben wir uns anscheinend verhört.

Man soll die Bosse des DFB und den famosen Herrn Neuberger nicht ernster nehmen, als sie sind. Aber vom Pokalglanz geblendet die deutsche Hauptstadt aus den Augen zu verlieren, verrät eine Torheit, die man schon als Privileg bezeichnen darf. „Ich bin stolz und glücklich zugleich", kam es aus Neuberger heraus, als er seinen Sieg für Deutschland verkündete. „Berlin haben wir nicht durchbekommen, obwohl wir es bis zuletzt versucht haben ... wir hätten die EM-Endrunde nicht bekommen, wenn wir auf Berlin bestanden hätten." Also bestand der sogenannte Deutsche Fußballbund nicht darauf. Für diesen Preis bekam er den Zuschlag der Russen, der Bulgaren und der Tschechoslowaken, wie nicht anders zu erwarten. Eine richtige Entspannungsvorlage.

Das Foul im Strafraum der deutschen Politik wird Folgen haben. Neuberger meint wohl, die kommunistische Fußball-Seite in Europa halte Sport für Sport, so wie er zweifelsfrei Geld für Geld hält, dem gegenüber sonst nichts zählt. Weit gefehlt, das Selbsttor ist erzielt. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 fand das Spiel Bundesrepublik Deutschland gegen Chile noch im Olympiastadion in Berlin statt. Vergessen? Wenn in England großer Fußball gespielt wird, dann natürlich in der Hauptstadt London, im Wembley-Stadion. Nicht daran gedacht?

Um den britischen Konkurrenten auszustechen, hat der DFB auf Berlin verzichtet. Dafür das Pokalfinale für fünf Jahre nach Berlin zu verlegen gleicht einem Linsengericht. Daß sich der Deutsche Fußballbund in seiner internationalen Politik von Berlin getrennt hat, das allein zählt.

## Diepgen gegen Senkung der Spitzensteuer

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat die in der Bonner Regierungskoalition vor allem von der FDP begonnene Debatte über eine Senkung des Spitzensteuersatzes als „abwegig und völlig fehl am Platze" bezeichnet. Vor dem Berliner Reichsbund der Kriegsopfer sagte der CDU-Politiker: „Eine Senkung des Spitzensteuersatzes für Einzelpersonen, und dann auch noch in der diskutierten Größenordnung, das spricht der sozialen Ausgewogenheit, die wir doch alle wollen, hohn."

Vor dem Hintergrund der vielen älteren Bürger und Rentner in Berlin und angesichts der Wahlkampfzielrichtung der SPD, ihn ins Obligo für Bonner Sozialstaat-Diskussionen zu nehmen, verwies der Regierende Bürgermeister auf die „sich öffnende Schere zwischen Wenig- und Vielverdienenden zu Lasten der Wenigverdienenden".

Er forderte vor dem Reichsbund eine „neu zu bestimmende Rentenformel", die „neben einer demographischen auch eine soziale Komponente erhalten" solle, „mit anderen Worten: die Sicherung der wie auch immer gearteten Form einer Mindestrente, die deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegen muß". Es gehe nicht an, daß derjenige, der „sein Leben lang anständig gearbeitet hat, als Rentner mit einem Beamten des Sozialamtes jeden Monat neu um sein Geld, um einen Mantel, um ein Bett, um Wertgutscheine ringen muß". Wenn das Versicherungssystem aus sozialen Gründen bei Kleinstrentnern „zu untragbaren Ergebnissen führt, dann muß es eben ergänzt werden".

## Spricht Reagan in Hambach vor Jugendlichen?

ms. Bonn

Das Bundeskanzleramt wird dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vorschlagen, zum Abschluß seines Staatsbesuches in der Bundesrepublik Deutschland am 6. Mai im Hambacher Schloß eine Rede vor Jugendlichen zu halten. Nach Informationen der WELT wird dieser Vorschlag Gegenstand eines Gesprächs mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Michael Deaver, sein, der heute zu Konsultationen in Bonn erwartet wird.

Im Kanzleramt hieß es gestern, dabei werde erstmals „konkret" über das Besuchsprogramm des amerikanischen Präsidenten gesprochen. Schon deshalb sei die Meldung unzutreffend, die amerikanische Seite habe eine Rede Reagans im Hambacher Schloß, der „Wiege der deutschen Demokratie", abgelehnt. Es gebe bislang „weder Zu- noch Absagen". Von amerikanischer Seite liege bisher „kein einziger Vorschlag" auf dem Tisch. Hambach, so hieß es weiter, wäre auch unter Sicherheitsgesichtspunkten ein geeigneter Ort für einen öffentlichen Auftritt des Präsidenten.

Deaver wird in Bonn zunächst mit dem Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Horst Teltschik, zusammentreffen und mit ihm Vorstellungen vom Ablauf des Präsidentenbesuchs besprechen. Außerdem sind Gespräche des Stabschefs im Auswärtigen Amt und im Bundespräsidialamt vorgesehen. Reagan besucht die Bundesrepublik nach seiner Teilnahme am Bonner Weltwirtschaftsgipfel, der vom 2. bis 4. Mai stattfindet.

# Zahl der Ausländer nahm um rund vier Prozent ab

## Doch wachsender Zuzug / Hoher Geburtenüberschuß bleibt

DW. Wiesbaden

Rund 4,364 Millionen Ausländer waren Ende September vergangenen Jahres im Ausländerzentralregister der Bundesrepublik Deutschland erfaßt: Das waren 171 000 oder knapp vier Prozent weniger als Ende September 1983, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wurde mit 7,1 Prozent angegeben. Die Abnahme war nach Angaben des Amtes hauptsächlich eine Folge des Rückkehrhilfegesetzes und der dadurch „beachtlich gestiegenen Zahl der Fortzüge von Ausländern", vor allem von Türken. Allerdings meldete das Bundesamt andererseits auch wieder einen wachsenden Zuzug von Ausländern.

Einerseits hätten allein in den Monaten Januar bis September des vergangenen Jahres 443 000 Ausländer, darunter 189 000 Türken, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verlassen, hieß es in der Mitteilung. Das seien 130 000 oder 42 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum gewesen. Erstmals sei aber auch die Zahl der Zuzüge von Ausländern wieder gestiegen. Zwischen Januar und September 1984 seien 247 000 Ausländer eingereist – 46 000 oder 23 Prozent mehr als in den gleichen Monaten 1983. Eine der Ursachen „für diese erstmals seit 1980 wieder zu beobachtende Zunahme dürfte der erneute Anstieg der Zahl der Asylbewerber im Jahr 1984 sein (35 000 gegenüber 19 700 im Jahr 1983)".

In diesem Zusammenhang wies das Statistische Bundesamt auch auf den nach wie vor relativ hohen Geburtenüberschuß bei den Ausländern hin. Er habe in den Monaten Januar bis September des vergangenen Jahres 35 400 Personen betragen. Ohne ihn „hätte sich die Zahl der Ausländer stärker verringert".

Unter den Ausländern waren nach der Auszählung vom September 1984 die Türken mit 1,426 Millionen oder 33 Prozent am stärksten vertreten. Es folgen die Jugoslawen mit 600 000 oder 14 Prozent und die Italiener mit 545 000 oder 13 Prozent.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Abgetriebenes Vertrauen*

Von Joachim Neander

Die Göttinger Theologiestudentin, die abtreiben ließ aus Angst, die Kirche werde sie mit einem unehelichen Kind nicht als Pastorin anstellen, ist mehr als ein Einzelfall menschlicher Verwirrung. Diese Geschichte bietet Einblick in die Wirklichkeit der Kirche in Deutschland.

Oberflächliche Betrachter werden aus der traurigen Angelegenheit die Frage herauslesen, was für die Kirche das kleinere Übel sei: eine Pastorin mit unehelichem Nachwuchs oder eine, die ungeborenes Leben beseitigen läßt. Vom christlichen Glauben her fällt die Antwort nicht schwer. Aber der Kern des Problems liegt woanders: Hier hat ein junges Menschenkind, das offenbar fest entschlossen ist, sein berufliches Leben in den Dienst einer christlichen Gemeinde zu stellen, nicht einmal in seiner eigenen Not den Weg zu seiner Kirche gefunden. Es holte sich – falschen – Rat bei der Arbeiterwohlfahrt.

Bei den Kirchenoberen müßte Verzweiflung einkehren. Da hat alles Taktieren mit dem Zeitgeist, alles Einschwenken, Nachgeben und „Neuformulieren" des eigenen Auftrags offenkundig nicht verhindert, daß Menschen die Kirche, in deren Dienst sie treten wollen, nur als den starren, freilich auch existenzsichernden Apparat sehen, dem man im eigenen Ernstfall nicht über den Weg trauen kann. Und später sollen eben diese jungen Menschen als Geistliche andere führen, im Namen und mit der Autorität einer Institution, der sie selber insgeheim so abgrundtief mißtrauen?

Ein Trümmerfeld. Es werden Jahrzehnte vergehen, ehe sich aus diesem Nebel wieder ein Bild von christlicher Kirche zusammenfügt, in der Pfarrer mehr sind als gesellschaftliche Funktionsträger mit Anspruch auf ein von höheren Anforderungen nicht gestörtes Privatleben. Die Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, der Kirche, ihren Gemeinden und ihren Pfarrern an jeder Straßenecke Antworten zu Ein- oder Dreitagesfragen abzufordern, nicht zuletzt, weil die Kirche solche Antworten mitunter in fast unterwürfiger Eilfertigkeit anbietet. Darf sie sich da wundern, wenn ihr andere, wesentlichere Antworten nicht mehr zugetraut werden?

## *Nachhilfestunde*

Von Heinz Barth

Ein „Melodrama". Ein schockierendes Beispiel für Washingtons „Kanonenboot-Politik". So entsetzte sich im Oktober 1983 die Weltmeinung über die Landung auf Grenada. Selbst zwei Verbündete der USA, Frankreich und Holland, stimmten im UNO-Sicherheitsrat mit denen, die das Vorgehen des Präsidenten gegen die paradiesische Karibik-Insel mit ihren durchaus nicht paradiesischen Zuständen verdammten.

„Nächstes Mal – Nicaragua?" schrillten die Alarmglocken. Allen, die sich über die „marmorne Weltanschauung" Reagans erregten, der „angebliche" Machenschaften Moskaus hinter allen Unruhen unserer Zeit vermute, sei die Lektüre der Aufzeichnung empfohlen, die den Amerikanern auf Grenada in die Hand fiel. Sie gibt die Weisungen wieder, die der „Genosse" Bishop, *seines Zeichens grenadinischer Regierungschef,* am 15. August 1983 im Kreml vom „Genossen" Gromyko empfing.

Der Genosse Bishop weilt nicht mehr unter den Lebenden. Ein anderer, mit noch weniger Skrupeln behafteter Kommunist sorgte ein halbes Jahr später dafür, daß er umgelegt wurde. Das Gesprächsprotokoll, das er uns hinterließ, ist ein Welt-Dokument. Wir erfahren daraus, daß Gromyko die Karibik mit einem kochenden Heizkessel verglich. Ein Bild, dem man beipflichten kann solange die Zusatzfrage gestattet ist, wer das Feuer im Kessel schürt.

Gromyko versprach seinem Besucher, Moskau werde sein Äußerstes tun, um den Anforderungen Grenadas zu entsprechen. Es hielt Wort, wie die weit über die Verteidigungsbedürfnisse der Gewürzinsel hinausgehenden Waffenlager zeigten. Auffallend ist jedoch, daß Bishop nicht auf den Umweg über *den Rüstungsverteiler Kuba verwiesen wurde.*

Das kann nur als Andeutung verstanden werden, daß der Kreml bei der Koordinierung seiner karibischen Satelliten nicht immer die besten Erfahrungen mit dem schwierigen Fidel Castro gemacht hat. Gromyko kündigte an, er werde die lokalen Partei-Rivalitäten unter sein „Mikroskop" nehmen. Vor allem aber riet er zur Geschmeidigkeit, um den Amerikanern keinen Anlaß zur Intervention zu geben. Eine Nachhilfestunde für die verdeckte Subversion. Sie hat Maurice Bishop nicht vor seinem Schicksal bewahrt.

## *Bildhauerei*

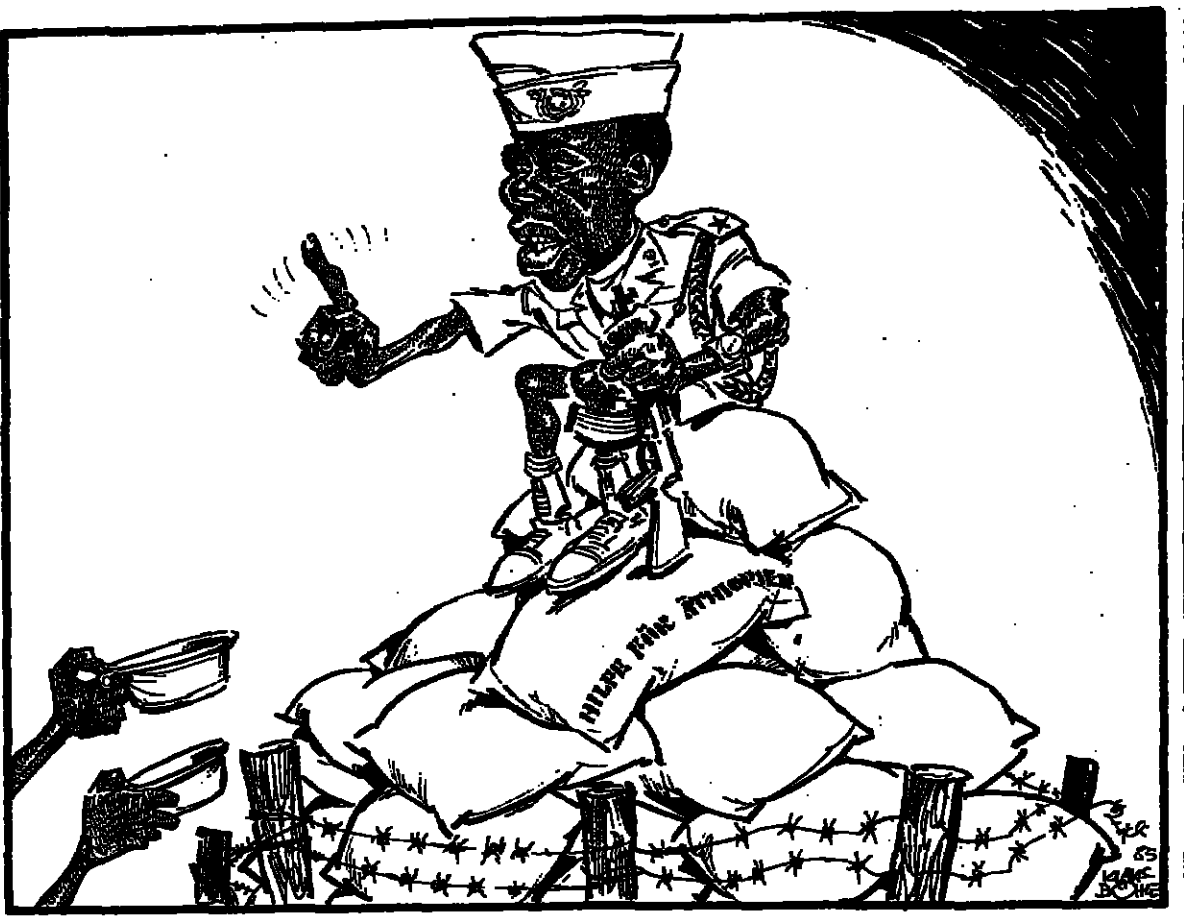
Von Detlev Ahlers

Der Bombenanschlag auf das Hamburger Kriegerdenkmal müßte – wenn es mit rechten Dinge zuginge – die Konsequenz haben, daß nun auch diejenigen, die für Abriß oder Umgestaltung sind, es erst einmal unverändert lassen. Denn ihre Argumentation war ja immer, daß klar sein müsse: Gewalt sei ein abzulehnendes Mittel der Veränderung, eben deswegen sei man gegen „Kriegsverherrlichung". Deswegen sollten sie auch jetzt dagegen sein, irgend etwas zu unternehmen, was die Bombenbastler als Zugeständnis ansehen könnten.

Das Kriegerdenkmal mit der Inschrift des Arbeiterdichters Heinrich Lersch „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen", einst zum Andenken an das Hanseatische Infanterieregiment Nr.76 mit Privatspenden errichtet, ist in der Hamburger Politszene mittlerweile so angefeindet wie 1933 das Heine-Denkmal im Stadtpark, das kurz nach der Machtergreifung eingeschmolzen wurde. Das Kriegerdenkmal wird häufig beschmiert, wurde 1981 mit Meißeln beschädigt, dann 1984 in einer „konservativen Aktion" wieder gereinigt und bald wieder mit Sprühdosen befleckt. Es ist schon merkwürdig, daß in einer Zeit der freien Meinungsäußerung ein schlichter Stein einen solchen Anstoß erregen kann.

Die Bundeswehr ist allein zur Verteidigung des Landesgrenzen und der demokratischen Freiheit da – daran gibt es keinen Zweifel. Aber auch von einem Soldaten der Bundeswehr wird gegebenfalls verlangt werden, daß er für sein Land zu sterben bereit ist. An dem Stein in Hamburg und seiner Inschrift ist also nichts Anstößiges. Außerdem hat er schon längst Patina angesetzt. Er sollte den Aggressionen der behördlichen und nichtbehördlichen Denkmalstürmer endlich enthoben sein.

Es ist ein Zeichen von Kleinkariertheit, wenn jedes Denkmal, das nicht stromlinienförmig in die gerade geltende Ideologie paßt, gleich umgemodelt wird. Darf ein Denkmal nicht auch in deutschen Städten daran erinnern, daß es einmal nationale, ehrenhafte Gedanken gab, die das Vaterland anders definierten, als wir das heute tun? Sollten wir das nicht einfach respektieren – und stehenlassen?



Fastenzeit KLAUS BÖHLE

# Blicke der Befremdung

Von Thomas Kielinger

Noch erinnern wir uns an das „Nunn Amendment", mit dem der US-Kongreß im vorigen Sommer den europäischen Verbündeten einzuheizen versuchte. Die Drohung mit dem Abzug von 90 000 GIs aus Europa, wenn die Alliierten nicht ihren Beitrag für die gemeinsame Verteidigung erhöhen würden, scheiterte zwar an einer Senatsmehrheit, doch sollte sich diesseits des Atlantiks niemand in der Hängematte der Selbstzufriedenheit ausruhen: Das „Nunn Amendment" kommt wieder.

Entsprechend beginnt man sich in Bonn und anderen Hauptstädten des Bündnisses darauf einzustellen. Schon vermeinen wir das emsige Rascheln der Experten zu hören, wie sie mit ihren nimmermüden korrekten Zahlen die Amerikaner auch in der nächsten Runde glauben *überzeugen zu können:* 70 Prozent der Schiffe, 80 Prozent der Flugzeuge und 90 Prozent der Truppen steuern die Europäer dem NATO-Bestand bei, lautet ihr Refrain. Wollen das die Amerikaner nicht wahrhaben?

Mehr noch: Bonn hat für 1988 eine Erhöhung der Wehrdienstzeit auf achtzehn Monate durchgesetzt; wir ertragen die dichte „militärische Besiedlung" unseres geschrumpften Heimatraums, den Lärm der Tiefflüge, die Malheurs der Manöverschäden, und sind dabei noch immer in leidlicher psychischer Balance. Vor allem dies: Wir haben die Nachrüstung durchgestanden, im Gegensatz zu kleineren Partnern, die sich noch sträuben. Also was nun, Sam Nunn?

Der Angesprochene wird sich, wie viele seiner Kollegen, respektvoll räuspern – und an seiner Vorlage im Kongreß festhalten. Er möchte die Freunde in Europa wachrütteln, ehe der *Unwille* in den *USA* vielleicht die Oberhand gewinnt. Denn die USA schauen auf die europäischen Vettern nicht mehr nur mit dem Blick des frustrierten Anführers, der über mangelhafte Unterstützung klagt. Es ist vielmehr der Blick der Befremdung, auch der Entfremdung, der Neuen Welt auf das Panorama der Alten. Das betrifft in erster Linie nicht einmal den militärischen Bereich. Das betrifft vielmehr jenen luxurierenden *Lebenstil, mit dem die Westeuropäer* den fast obszönen Anschein erwecken, als lebe es sich besonders fabelhaft unter dem Doppeldach eines auswärtigen Schutzpatrons und einer inwärts aufgeblähten staatlichen Wohlfahrt.

Hält man sich vor Augen, wie bescheiden der amerikanische Mittelstand im Vergleich zu seinem europäischen Pendant lebt, dann wäre es in der Tat nicht verwunderlich, wenn die amerikanische Opfer- und Verteidigungsbereitschaft eines Tages vor der sozialen Fettsucht *Westeuropas kapitulieren* sollte. Der Lebenstandard des Durchschnittsamerikaners liegt um ein Beträchtliches unter dem des Durchschnitteuropäers – lassen wir uns durch „Dallas" nicht irreführen.

Wer in den USA Arbeit und Brot findet, muß häufig in den ersten zwei oder drei Jahren ohne Urlaub auskommen. Nach einer Weile der Betriebszugehörigkeit darf er hoffen, Anrecht auf zwei Wochen Jahresurlaub erworben zu haben. Damit lebt er dann die meiste Zeit seiner Arbeitsjahre. Für einen neuen Job begibt er sich Tausende von Meilen entfernt auf Suche – kein Arbeitsgericht würde ihn von solcher Mühsal freisprechen. Kinder, Familie: Das ist das uneingeschränkte *Privileg – und Risiko* – des einzelnen Ehepaares, akzeptiert mit großer Freude, großem Optimismus und mit großen finanziellen Entbehrungen. Die Erziehungskosten verschlingen ein Vermögen, und selbst da, wo man die teuren Privatschulen oder -universitäten meidet, kommt man dennoch um Gebühren nicht herum.


Kann zu Hause viel vom Sozialstaat berichten: US-Soldat in einem deutschen Dorf FOTO: AP

Wie eine Hiobsbotschaft vernahm das denkende Amerika daher im vorigen Jahr die Nachrichten vom Streik in der Bundesrepublik um die 35-Stunden-Woche. Ein tiefer Verdacht schien sich zu bestätigen: daß die Europäer eben nichts anderes im Sinn hätten als das Wohlleben und den verteidigungspolitischen „free ride". Wie will ein Kongreßabgeordneter seinen Wählern die Opfer für die Verteidigung Europas erläutern, wenn dort, in der Alten Welt, nachgerade dem Hedonismus des risikofreien Lebens gefrönt wird, während in den USA weiterhin das Risiko, die eigene Lebensleistung und die schiere harte Arbeit im Vordergrund stehen?

Die Debatte um die Verteidigungslasten im Bündnis beginnt damit, daß die amerikanische Sprache und Gesellschaft keine Übersetzung kennen für Vokabeln wie: Kindergeld, Erziehungsgeld, BAföG, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Arbeitsplatzgarantie und was den Ansprüchen – auch dies ein unübersetzbarer Begriff – sonst an Konzessionen gemacht wurde.

Wir berufen uns den USA gegenüber gern auf Bismarck und das Alter unserer Sozialstaatlichkeit. Doch werden die Exzesse der modernen Sozialgesetzgebung nicht dadurch entschuldbar, daß sie eine lange Vorgeschichte haben. Es ist nicht Neid, was die Amerikaner beim Anblick des versorgungsneurotischen Europa zurückprallen läßt – dafür entspricht eine Mentalität, die so viel von fremder Fürsorge erwartet, zuwenig dem amerikanischen Selbständigkeitsstolz. Es ist die blanke Sorge, daß in den Staaten des alten Kontinents, wo ohnehin schon über 50 Prozent des Bruttosozialprodukts der öffentlichen Hand entspringt (gegenüber 37 Prozent in den USA), diese öffentliche Hand allmählich die Kraft verliert, dem übersatten und *übersättigten Volk das Notwendige für* die Verteidigung abzuverlangen.

„Nunn Amendment" – das ist nur eine Chiffre für Unbehagen. Das Unbehagen aber sollte aus uns selber kommen. Denn der Wohlstand hat seine Grenzen, wo er unbezahlbar wird und wo er der *Patronage des auswärtigen Beschützers* verlustig geht. An beiden Grenzen sind wir endgültig angelangt.

## IM GESPRÄCH Viktor Grischin

# Aufgehender roter Stern?

Von Rose-Marie Borngässer

Es könnte gut möglich sein, daß in allernächster Zeit das Politbüro-Mitglied Viktor Grischin, Jahrgang 1914, Tschernenko im Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nachfolgt. Denn es gibt in Moskau ernsthafte Zweifel, ob die herrschende Gerontokratie sich durch einen jüngern Mann wie Gorbatschow (54) junges Blut in die alten Adern injizieren läßt. In seiner gerade in Moskau gehaltenen Wahlrede zur Neubestellung des Obersten Sowjets in den fünfzehn Unions- und zwanzig Autonomen Republiken empfahl sich Grischin mit einer staatsmännisch formulierten Rede über die Innen-, Außen- und Parteipolitik der Sowjetunion. Es war ein einziges *Plädoyer für die Kontinuität* der Tschernenko-Linie.


Flucht vor wütenden Arbeitern: *Grischin* *FOTO: CAMERA PRESS*

Gleichzeitig fand er auch den richtigen, gängigen Ton gegenüber dem Westen, indem er den USA und der NATO eine „militaristische, abenteuerliche Politik" vorwarf. Diese Politik sei von einem „eskalierenden psychologischen *Krieg" gegen die sozialistischen* Länder begleitet. Territoriale Realitäten, wie sie sich als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs ergeben hätten, seien das Ziel von Angriffen aus Washington, betonte Grischin. Manche westliche Beobachter sehen in der Rede, die allgemeine Beachtung fand, den Versuch zur Profilierung als erster Mann der Kommunistischen Partei. Allerdings – der aus Serpuchow in der Moskauer Provinz stammende Grischin war schon einmal als „Übergangskandidat" in der Nachfolge Breschnews genannt worden, eine Vermutung, die ins Leere zielte.

Der gelernte Lokomotivführer Grischin begann seine Laufbahn beim Komsomol in der Heimatstadt Serpuchow und brachte es dort während der Stalin-Säuberungen zum Ersten Sekretär. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren blieb er vom Wehrdienst befreit. 1952 stieg er ins Zentralkomitee auf. Dort genoß er den Ruf eines herausragenden Organisators. Der Ruf bahnte ihm den Weg an die Spitze der Gewerkschaften – mit denen er früher nie in Berührung geraten war. 1961 schließlich wurde er Kandidat des Politbüros. Der krönende Eintritt ins Politbüro als Vollmitglied ging einher mit der Entmachtung des ehrgeizigen Alexander Scheljepin.

Seit 1967 ist Grischin Vorsitzender der Moskauer Stadtpartei und in dieser Funktion ein einflußreicher Mann. Er kennt sich nicht nur im inneren Herrschaftsmechanismus der Sowjetunion aus, sondern hat auch Auslandserfahrung – allerdings nicht die ungetrübteste. So mußte er sich 1969 bei einem Besuch in Prag vor den wütenden Arbeitern einer Flugzeug-Fabrik auf- und davonmachen. 1981 vertrat er das Politbüro auf dem Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in Warschau. Indizien für den aufglänzenden Stern Grischins? Die Kombination regt vorerst nur die Phantasie an. Denn die Kreml-Mauern sind schalldicht und die Limousinen der Polit-Prominenz weiterhin tief verhängt.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Schwarzwälder Bote

**Die Oberndorfer Zeitung schreibt über das Europa der Eifersucht:**

Die Brüsseler Tagesordnung der EG-Außenministerkonferenz ist wieder einmal angefüllt mit ebenso vertrauten wie leidvollen Problemen der Gemeinschaft, die von den permanenten Finanzsorgen bis zur Erweiterung um die iberischen Kandidaten Spanien und Portugal reichen. Wie man weiß: alles altbekannte Themen, die die Partner freilich eher auseinander- denn zusammenbringen. Überhaupt strahlt das Europa der Eifersüchteleien und des nationalen Neids wenig Anziehungskraft aus. Das Denken in bürokratischen Marktverordnungen kann die Jugend nicht begeistern. Eine Wende ist ebenfalls nicht in Sicht. Sie müßte von den handelnden Politikern kommen. Diese aber sind eingebunden in nationale Engstirnigkeiten.

### ПРАВДА

**Das sowjetische Parteiblatt geht auf Schwierigkeiten des Anzus-Paktes ein:**

Die Serie der repressiven Maßnahmen des Weißen Hauses soll allem *Anschein nach dazu dienen, nicht nur* den „Aufstand" im Anzus-Pakt zu unterdrücken, sondern auch anderen Verbündeten eine Lehre zu erteilen. Die internationale Resonanz, die durch die Entschiedenheit Neuseelands hervorgerufen ist, macht es dem Pentagon immer schwerer, neue atomare Geiseln anzuwerben. Washington gibt zu verstehen, daß alle diese Maßnahmen (Absage der jüngsten Anzus-Pakt-Sitzung und gemeinsamer Manöver) die volle Revision der amerikanisch-neuseeländischen Beziehungen auf dem militärischen Gebiet bedeuten und droht Neuseeland mögliche Wirtschaftssanktionen an. Washington schleudert Donner und Blitze nicht so sehr wegen des Verlustes der neuseeländi*schen Häfen, sondern aus der Furcht* heraus, daß dieser Präzedenzfall einen neuen Ausbruch der „atomaren Allergie" auch in anderen Bündnisländern auslösen könnte. Dabei geht es nicht nur um Japan oder Australien, sondern auch um die NATO-Länder, insbesondere Belgien und die Niederlande.

### TAGESANZEIGER

**Das Zürcher Blatt kommentiert das Verhältnis Spaniens zu den USA:**

Trotz ideologischer Diskrepanzen haben sie (die Spanier) sich der Reagan-Administration angenähert, bei ihr große Waffenkäufe getätigt. Amerikanische Autofirmen wie Ford und General Motors wurden gute Produktionsbedingungen in Spanien ermöglicht, und mit Unternehmen wie ITT sind Großverträge zur Herstellung von Elektronik abgeschlossen worden. Die Regierung Gonzalez hat zur Modernisierung des Landes *auf eine enge Zusammenarbeit* mit den USA gesetzt. Als Gegenleistung hat Premier Gonzalez sich den Verbleib Spaniens in der NATO abpressen lassen. Die (Spionage-)Zwischenfälle sind für beide Seiten höchst inopportun, weil sie das NATO-Projekt gefährden. Washington scheint zu vergessen, daß viele Spanier *die NATO* wegen fehlender spürbarer Gefährdung aus dem Osten als eine Art Verlängerung der US-Präsenz in Spanien einstufen.

# Vernunftgemäße Beherrschung schlechter Angewohnheiten

**Der Sinn des Fastens / Von Heinrich Basilius Streithofen OP**

„Am Aschermittwoch ist alles vorbei", singen die Narren. Die Fastenzeit beginnt. Ist wirklich alles vorbei? Das Essen, Trinken, Lieben, Rauchen, die Hingabe an die vitalen Genüsse des Lebens? Haben die Begriffe Fasten, Askese, Abstinenz und Mäßigung heute einen faden Beigeschmack? Weltverachtung wird vermutet. Trübsinn gewittert. Mit Recht!

Die kirchliche Verkündigung betont manchmal zu sehr die wörtliche Werkgerechtigkeit. Der persönliche und soziale Sinn des Fastens geht dabei verloren. Man gibt eine Spende, ißt am Freitag Fisch, dann *ist es gut.*

Thomas von Aquin behandelt das Fasten im Traktat über die Tugend des Maßhaltens: Der Mensch *allein ist ein vernunftbegabtes* Wesen, menschenwürdiges Handeln ist also vernunftgemäß. Der Mensch muß dem Urteil der wahren Vernunft folgen, dann handelt er tugendhaft – und das ist für Thomas die höchste Leistung.

Die Kardinaltugenden – Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und das Maß – sind gleichsam die Schlüsseltugenden für ein menschenwürdiges Leben. Sie sind das Gegenteil des Lasters, der schlechten Angewohnheiten. Die Tugend des Maßes hält die von der Vernunft geforderte Mitte zwischen Gefühllosigkeit und ungebändigter Gier.

Das Maß hat jene Handlungen des Menschen zu ordnen, die am stärksten mit seinen Leidenschaften verbunden sind: Essen, Trinken und die Geschlechtskraft. Um immer das richtige Maß zu finden, muß das, was *vernunftgemäß* ist, auch die Eigenarten des jeweils handelnden Menschen mit allen Umständen beachten, denn es gibt kein einheitliches Maß, weil die Bedürfnisse verschieden sind. So ist zum Beispiel schon das Maß an Essen und Trinken und also auch im Fasten nicht für alle gleich. Alter und Geschlecht, Ort und Zeit, Gebräuche und Gewohnheiten beeinflussen das, was vernunftgemäß ist.

Die Mäßigkeit verleiht die vernunftgemäße Beherrschung beim Essen und Trinken. Heute ist es eine Binsenwahrheit, daß man Essen und Trinken zu messen hat an der Erhaltung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Jedes Übermaß ist zu vermeiden. Eine besondere Handlung der Mäßigkeit ist das Fasten. Thomas von Aquin nennt es eine Naturpflicht, um den Körper besser der Vernunft zu unterwerfen und dadurch den Geist für die Erfassung höherer Wahrheiten zu befähigen.

Thomas kommt aufgrund seiner ethischen Überlegungen zu diesen Aussagen. Denn bei kaum einem Menschen sind die Leidenschaften vollkommen geordnet und immer der Vernunft unterworfen. Für die Vernunft aber ist Selbstbeherrschung und die innere Freiheit für alles Geistige Sinn und Vollendung des Menschseins.

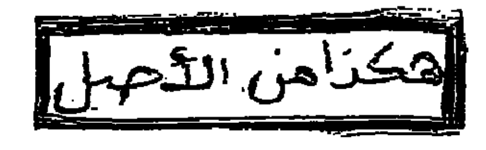
Diesem Vernunftzweck soll das Fasten dienen. Durch das Fasten dürfen weder die Gesundheit noch die Leistungsfähigkeit im Beruf geschwächt werden, das wäre nicht vernunftgemäß. Der Mensch, welcher zuviel ißt oder trinkt, fehlt durch Unmäßigkeit; wer zuwenig ißt oder trinkt, schädigt seine Gesundheit und handelt deshalb nicht vernunftgemäß.

Die Nüchternheit regelt den Gebrauch von Narkotika und Alkohol vernunftmäßig. Im Zeitalter der gekauften Träume durch Alkohol und Drogen hat sie einen aktuellen Wert. Die Gefährlichkeit dieser Mittel ist bekannt.

*Thomas von Aquin betont,* daß diese Tugend besonders jenen notwendig zukommen soll, die mit Führungsaufgaben (und sei es nur das Steuern eines Autos) betraut sind. Er fordert Nüchternheit besonders für Politiker, in denen Klugheit und Weisheit herrschen sollen. Er empfiehlt auch die völlige Abstinenz jenen Menschen, die durch Alkohol und Drogen ihre Gesundheit ruinieren. Ganz besonders aber empfiehlt er jenen Männern und Frauen Abstinenz, die einen hohen Grad der religiösen Vollkommenheit erreichen wollen.

Die Trunk- und Rauschgiftsucht entwürdigen den Menschen, weil der Berauschte auf den Gebrauch der Vernunft verzichtet. Dann aber auch, weil zum Beispiel wegen Trunkenheit das Leben von Mitmenschen gefährdet werden kann. Aber es gibt auch Fälle, wo der Genuß von Wein *medizinisch notwendig* sein kann. Auch dies ist dem heiligen Thomas nicht unbekannt, er sagt deshalb, unter *bestimmten* Umständen können alkoholische Getränke Medizin sein.

Augustinus hat den Sinn des Fastens auf den Begriff gebracht: „Fasten reinigt den Geist, es hebt den Sinn, unterwirft das Fleisch dem Geiste, macht das Herz zerknirscht und gedemütigt, zerstreut die Nebel der Begierde, löscht die Flammen der Wollust, entzündet das Licht der Keuschheit."



# Über dem Brotkorb Amerikas kreist der Pleitegeier

**Vieles hat sich in den letzten Jahren gegen Amerikas Farmer verschworen: Märkte schrumpften ebenso wie die Preise. Ein tiefgreifender Konzentrations-Prozeß steht bevor. Rund 700 000 Farmen drohen auf der Strecke zu bleiben.**

Von HORST-A. SIEBERT

Auf dem rechten Ufer des Ohio in Indiana, wo im letzten Jahrhundert viele Deutsche gesiedelt haben, beginnt Amerikas Brotkorb. Flach wie ein Brett liegt das Land; die abgeernteten Maisfelder reichen, so scheint es, bis zum Horizont. Die Äcker sind wie mit dem Lineal gezogen; die Erde ist schwarz und fruchtbar. Gelegentliche Abwechslung bieten nur die schmukken, weißgestrichenen Farmhäuser mit ihren hohen runden Silos.

Die satte Ruhe, die dieses Land ausstrahlt, täuscht. Wie im gesamten Farmgürtel, der von Texas bis in die Dakotas reicht, ist auch in Indiana die einst heile Welt nicht mehr in Ordnung. Begonnen hat in der US-Landwirtschaft ein längst überfälliger Anpassungsprozeß, bei dem allein in diesem Jahr nahezu 150 000 Höfe auf der Strecke bleiben werden. Nach groben Schätzungen schwebt über 700 000 Farmen der Pleitegeier.

Was ist los in Amerikas wichtigstem Wirtschaftszweig, der fast jedes Jahr neue Ertragsrekorde aufstellt und dessen Anteil an der Weltproduktion bei Sojabohnen 64, bei Pampelmusen 56, bei Mais 46, bei Hirse 31, bei Orangen 25, bei Geflügel 24, bei grünen Erbsen 23, bei Rindfleisch 23, bei Baumwolle 18, bei Weizen 17, bei Eiern 14 und bei Schweinefleisch 13 Prozent ausmacht? Ein einzelner Landarbeiter versorgt heute 80 Konsumenten; 1960 waren es nur 26. Auf gleicher Anbaufläche erzeugt ein US-Farmer zwei Drittel mehr als sein Vater.

Die Antwort auf die Frage nach dem Warum der Krise ist einfach: Die amerikanischen Bauern haben die schlimmsten Markteinbrüche seit der großen Depression in den 30er Jahren hinnehmen müssen, als John Steinbeck das Schicksal der Geplagten und Gejagten in „Früchte des Zorns" beschrieb. Zuerst erließ Präsident Jimmy Carter ein Teilembargo für Getreide nach dem Russen-Einmarsch in Afghanistan, so daß Moskau als Abnehmer lange ausfiel. Fast gleichzeitig begann in den USA die erste und 1981 die zweite, 17 Monate dauernde Rezession. Heimgesucht wurden die Farmer im Mittelwesten und am unteren Mississippi zudem von Dürren, Hagelstürmen und Überschwemmungen.

Die Schäden nahmen gigantische Ausmaße an, als sich die Konjunkturflaute in den Industriestaaten auf die übrige Welt ausbreitete und die Schuldenkrise viele Länder zwang, ihre traditionellen Agrar-Einfuhren aus den Vereinigten Staaten zu drosseln. Das Pech war komplett, als Washingtons riesige Haushalts-Defizite die Realzinsen und damit die Dollarkurse in die Höhe trieb. Zu Hause und im Ausland sind in großem Umfang Marktanteile verlorengegangen; bei schrumpfenden Umsätzen und Preisen geraten die Farmer immer mehr in die Kreide.

Belegen läßt sich diese Entwicklung mit diesen Zahlen: 1981 haben die USA Agrar-Erzeugnisse, in der Hauptsache Mais, Weizen, Sojabohnen und Baumwolle, für 43,3 Milliarden Dollar (rund 141 Milliarden Mark) im Ausland verkauft. Im vergangenen Jahr erreichten die Erlöse nur 37,8 Milliarden Dollar. Rechnet man die Inflation heraus, waren die Verluste erheblich größer. Real sinken die Einkommen der Farmer in diesem Jahr zum neunten Mal seit 1974, und zwar auf das niedrigste Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Konsequenz ist eine immer größere Verschuldung, wobei die enormen Zinsen nicht verdient werden können. Zugleich verschlechtert sich das Verhältnis der aufgenommenen Darlehen zu den Vermögenswerten wie Boden, Gebäude, Maschinen und Vieh, an denen die Kreditwürdigkeit gemessen wird. So betrug der Anteil der Farmschulden an den Aktiva 1979 durchschnittlich 16,1 Prozent; in diesem Jahr werden es 21,5 Prozent sein. Im gleichen Zeitraum wachsen die Gesamt-Verbindlichkeiten der US-Landwirtschaft um 52 Prozent von 141 auf 214 Milliarden Dollar. Der jährliche Zinsendienst verschlingt bereits mehr als 21 Milliarden Dollar.

Aber die Durchschnittszahlen verniedlichen eher die Krise, die in der Hauptsache die Familienbetriebe von mittlerer Größe (etwa 180 Hektar) mit Jahreseinkommen zwischen 50 000 und 500 000 Dollar erfaßt hat. Die Zahl dieser Farmen gibt das Landwirtschaftsministerium in Washington mit rund 680 000 an. Das sind 28 Prozent der 2,4 Millionen Höfe, die in Amerika registriert sind. Etwa die Hälfte mußte schon drei Viertel der Vermögenswerte oder sogar mehr verpfänden.

## Riesige Investitionen in den 70er Jahren

Von dem Ausleseprozeß, der in vollem Gange ist, wird auch ein Teil der nahezu 1,7 Millionen Nebenerwerbsbetriebe nicht verschont. Gefährdet ist vielleicht ein Fünftel. Rund 50 000 sind Aktiengesellschaften, die noch Gewinne machen, aber kaum Getreide anbauen. Die Folgen des „Wash out" sind schwer abzuschätzen, zumal in den USA 700 000 Farmen mehr als 90 Prozent der Nahrungsmittel produzieren. Beschleunigen wird sich zweifellos die Konzentration in Richtung weniger und größerer Höfe. Immerhin gab es vor 80 Jahren in Amerika noch 6,4 Millionen Farmen.

Heute wird den Landwirten, deren Betriebe im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden, vorgeworfen, sie hätten ihre finanzielle Not selbst verschuldet. Das ist insofern der Fall, als sie in den 70er Jahren angesichts sprunghaft steigender Boden- und Produktpreise munter drauflos investierten – in der Erwartung, das von Präsident Nixon 1972 angekurbelte Geschäft mit den Sowjets sei ebenso für die Ewigkeit angelegt wie die Mißernten anderswo. Fairerweise ist jedoch festzuhalten, daß die Regierung und die Banken mit Hinweis auf den Hunger in der Welt, eine damals gängige Devise, die euphorischen Farmer kräftig ermuntert haben.

Blickt man ganz genau hin, dann haben die Politiker im fernen Washington die Weichen für die heutige Krise gestellt, als sie vor 52 Jahren mit Franklin D. Roosevelts „New Deal" die Marktgesetze außer Kraft setzten. Die kühnste und teuerste Erfindung war das Konzept der Parität, welches das Verhältnis von Agrarpreisen zu Kosten auf das üppige Niveau von vor 1914 anhob und einfror. Seitdem stützt die Regierung die Preise von Weizen, Mais, Reis, Tabak, Baumwolle und acht anderen Erzeugnissen, indem sie Überschüsse einlagert, Ausgleichszahlungen vornimmt und Kredite gewährt.

Mit einigem Recht staunen die Europäer, deren EG-Agrarpolitik von den USA heftig attackiert wird. Zumindest läßt sich Washington die Hilfe für die Farmer ebenfalls hohe Beträge kosten, wenn es auch nicht die verpönten Abschöpfungen gibt. Für die Einkommenssicherung, Forschungs- und Marketingprogramme sowie billige Darlehen, direkt und garantiert, werden im laufenden Haushalt 38,9 Milliarden Dollar bereitgestellt; 1986 werden es 29,6 Milliarden Dollar sein. Auch in Amerika erhält Geld, wer nicht produziert.

Präsident Ronald Reagan unternimmt in dieser Woche einen neuen Anlauf, um die US-Landwirtschaft wieder dem Wettbewerbswind auszusetzen. Dem Kongreß legt er einen Plan vor, der auf den Abbau der Subventionen zielt, die, wie sich zeigte, amerikanische Agrar-Erzeugnisse gegenüber ausländischen Produkten verteuert haben. Die Vereinigten Staaten haben sich, vom überstarken Dollar abgesehen, also auch sonst selbst aus dem Weltmarkt katapultiert. Obsolet wird das Paritätsprinzip, stufenweise reduziert die Einkommens-Stabilisierung.

## Weiße Kreuze markieren den Niedergang

Es sieht nicht so aus, als würde der Kongreß vor den Zwischenwahlen im November 1986, wenn 22 republikanische Senatoren um ihren Sitz kämpfen müssen, das heiße Eisen anfassen. Aber der mutige Schritt findet immer mehr Befürworter, vorausgesetzt, die Anpassung an das Gesetz von Angebot und Nachfrage geht langsam vor sich. In Indiana zum Beispiel geben Farmer hinter der vorgehaltenen Hand zu, daß „es so nicht weitergeht".

Derweil mehren sich vor dem Amtsgericht in Terre Haute, einer Kreisstadt nahe der Grenze nach Illinois, die weißen Kreuze. Jedes dokumentiert das Schicksal einer auf richterliche Anweisung verauktionierten Farm. In den letzten zwölf Monaten sind im Brotkorb Amerikas zudem 25 Banken in Konkurs gegangen; Ursache war die Insolvenz der Bauern.

Ein von Washington schnell zusammengezimmertes Notprogramm verpufft. Die mit 650 Millionen Dollar bescheidene Ausstattung zeigt überdies, daß man den Farmern nicht ernsthaft helfen will. Die Schwachen überleben den „Wash out" nicht, zumal im Finanzjahr 1986 der Agrar-Etat mit Sicherheit beschnitten wird. Für eine politische Umkehr sind die Haushalts-Defizite zu gewaltig.



Amerikas Farmer machen sich Sorgen über sinkende Erträge
FOTO: K. YOUNG

# Raus Rückzieher oder Eine Düsseldorfer Posse

**Der Kompromiß paßt in die närrische Zeit: Johannes Rau wird das heftig attackierte WDR-Vorschaltgesetz erst unterschreiben, dann aber den am meisten umstrittenen Paragraphen wieder zurückziehen.**

Von WILM HERLYN

Die spitze Feder des Karikaturisten R. Candea trifft den Punkt: Friedrich Nowottny im Schelmenkostüm macht Johannes Rau mit Narrenkappe eine lange Nase. Doch ist der SPD keineswegs karnevalistisch zumute, die Stimmung neigt sich eher dem Aschermittwoch zu. Denn die feste Haltung des designierten WDR-Intendanten Nowottny brachte das gesamte Konzept der SPD-Medienpolitiker durcheinander.

In einer Mischung aus Parolen „Denen zeigen wir's" und „Jetzt erst recht", in denen sich die Wut und Enttäuschung über die Wahl des parteilosen Nachfolgers des SPD-Mitglieds Friedrich Freiherr von Sell widerspiegelten, peitschte die mit absoluter Mehrheit im Düsseldorfer Landtag regierende SPD ein WDR-Vorschaltgesetz durch, das Nowottny personell die Hände binden sollte. Denn in dem umstrittenen Paragraphen 4 heißt es: „Verträge mit Direktoren dürfen während der verlängerten Amtszeit des Rundfunkrates nur mit einer Befristung bis zum 31. Oktober 1985 abgeschlossen oder geändert werden."

Die Zielrichtung ist eindeutig: den Handlungsspielraum des ungeliebten Kandidaten so einzuengen, bis ein neues WDR-Gesetz der SPD in den Rundfunkgremien die Mehrheit sichert. Nowottny reagierte sofort. Kaum passierte das Vorschaltgesetz den Landtag, schrieb er dem WDR-Verwaltungsratsvorsitzenden Theodor Schwefer, unter diesen Umständen sei er nicht bereit, sein Amt, wie geplant, am 14. Juni anzutreten, sondern erst zum 1. Oktober.

Nach der bestehenden Rechtslage müßte der Rundfunkrat zum 1. März neu gewählt werden. Da aber Einigkeit darüber erzielt ist, daß ein Landes-Mediengesetz auch im Hinblick auf die privaten Anbieter vom Parlament verabschiedet werden muß und zugleich die Zuständigkeiten in Deutschlands größtem Sender neu geregelt werden sollten, brachte die SPD das Vorschaltgesetz ein. Sie beharrte trotz heftiger Kritik auf der umstrittenen Formulierung.

Staatssekretär Dieter Leister, der sich in der Staatskanzlei des Themas Medienpolitik angenommen hatte, nachdem in der Vergangenheit die Entscheidungen um den WDR „im Intercity-Tempo an uns ohne Stopp vorbeirauschten", schob das Gesetz mit durchaus liberalen Ansätzen auf die Rampe, wurde aber von den Falken der Fraktion zurückgepfiffen. SPD-Medienexperte und WDR-Verwaltungsratsmitglied Reinhard Grätz hielt den Paragraphen 4 für „unerläßlich und unverzichtbar".

Lawinen von Vorwürfen, Mahnungen und Kritik drohten die Staatskanzlei zu ersticken. Verzweifelt mühten sich Rau und seine Getreuen um einen Ausweg – am liebsten hätte sich der Ministerpräsident um die Unterschrift gedrückt. Der Medienexperte der Fraktion, Jürgen Büssow, wetterte: „Durchhalten – denn weicht das Parlament vor dem Druck der Kritiker zurück, ist NRW eine Bananenrepublik." Und auch Wissenschaftsminister Rolf Krumsiek predigte „Standfestigkeit". Sein Kollege von der Wirtschaft, Reimut Jochimsen, verlangte dagegen den „politischen Befreiungsschlag – das Ding muß weg", sprach's und setzte sich nach Indien ab.

Der Kompromiß, ausgehandelt in Sitzungen bis spät in die Nacht, paßt in die närrische Zeit und wird als Unikum in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen. Nach Rückversicherung bei SPD-Fraktionschef Karl Josef Denzer unterschreibt Rau das „Vorschaltgesetz", erklärt aber gleichzeitig, der Paragraph 4 werde am 11. März bei der Novellierung des WDR-Gesetzes wieder zurückgezogen. Offizielle Begründung: Rau und die SPD wollen den WDR aus dem Wahlkampf heraushalten. Ein Streit um die Frage, ob ein Fernsehdirektor nur befristet eingestellt werden dürfe, sei, verglichen mit den wichtigen Problemen des Landes, mehr als müßig.

Doch demonstriert diese Rechtfertigung blanke Hilflosigkeit. Denn welche Opposition würde sich nicht diesem Thema verstärkt zuwenden? Sie will sofort nach Raus Unterschrift Verfassungsklage gegen das „Handschellen-Gesetz" erheben. Denn das Vorhaben des Regierungschefs, das Gesetz doch noch zu unterzeichnen, sei „an Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten", meinte Oppositionsführer Bernhard Worms. Immerhin passierte das Gesetz auch mit der Stimme von Rau das Parlament.

Derweil signalisierte Nowottny aus seinem Urlaubsort Oberstdorf „Zufriedenheit mit dieser Regelung", allerdings sei Raus Ankündigung noch keine Rechtsgrundlage. Er weiß, daß es der CDU nicht nur „um einen Fernsehdirektor" geht – die Amtszeit von Heinz Werner Hübner läuft aus –, sondern er will konkret gegen das „WDR-Parteibuch" vorgehen.

Einer in der SPD hat das schon gemerkt. Landesgeschäftsführer Bodo Hombach überzeugte zunächst das Kabinett: „In der Medienpolitik geht alles nur noch mit Nowottny – wer gegen ihn ist, verliert."





Kraftprobe um das WDR-Vorschaltgesetz: Rau gab nach, und Nowottny ist's (fast) zufrieden
FOTOS: JUPP DARCHINGER/DPA

# „Das Verhältnis zu den Schutzmächten pflegen“

## WELT-Gespräch mit dem Berliner FDP-Politiker Oxfort

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Für eine Politik der Mitte, die Pflege des Verhältnisses der Berliner zu ihren Schutzmächten und die Wahrnehmung aller Chancen, der „langsamen Entfremdung der Deutschen in Ost und West“ entgegenzuwirken, hat sich der Berliner FDP-Politiker Hermann Oxfort ausgesprochen. Auf die Frage, ob es ihn beunruhige, wenn der NATO-Rat kürzlich über „neue *innere Entwicklungen*“ in Berlin gesprochen habe, sagte der der Justizsenator und Bürgermeister-Anwärter bei einem CDU/FDP-Erfolg am 10. März: „Die Fortdauer und Wahrnehmung der originären Besatzungsrechte der drei Alliierten in Berlin dienen den wohlverstandenen deutschen Interessen. Der Schutz, den das freiheitliche Berlin hierdurch genießt, hängt davon ab, daß die alliierten Rechte in Berlin im Grundsatz unangetatstet bleiben. Deshalb müssen wir Berliner unserer Verhältnis zu den Schutzmächten pflegen.“

*In „vertrauensvollen Gesprächen“* werde im Hinblick auf eine behutsame Rechtsbereinigung darüber gesprochen, welche alliierten Rechtsvorschriften etwa „nach übereinstimmender Auffassung beider Seiten“ gegenstandslos geworden seien: „Alliierte Bestimmungen, die den Status *Berlins berühren oder die Sicherheit* der Stadt beeinträchtigen, sind nicht Gegenstand solcher Gespräche und können es auch nicht sein.“

Zu seinem Verständnis von Recht und Gesetz befragt, sagte Oxfort: „Das Bekenntnis zu Recht und Gesetz ist Teil des liberalen Selbstverständnisses: Ohne Recht gibt es keine Freiheit, aber ohne Freiheit auch kein Recht.“ Oxfort gab zu überlegen, ob es „in Zukunft allerdings vielleicht mehr politischer Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen Recht und Freiheit bedarf. Der Liberalis*muss ist ein politisches Ordnungs*prinzip.“

Zur innerdeutschen Politik merkte der langjährige deutschlandpolitische Experte der Berliner FDP an: Der notwendige Einsatz für menschliche Erleichterungen zwischen Ost und West ziele darauf, einer „langsamen Entfremdung“ entgegenzuwirken. Eine solche Politik könne und dürfe aber die „im Grundgesetz uns allen aufgelegte Pflicht nicht beeinträchtigen, beharrlich für eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands einzutreten“. Oxfort erinnerte in diesem Zusammenhang an den „Brief zur Deutschen Einheit“ der Brandt/Scheel-Regierung an Moskau.

Der FDP-Politiker kritisierte, daß es Bonn im Sommer 1984 nicht gelungen sei, Reise- und Besuchserleichterungen auch für die West-Berliner durchzusetzen. „*Dies* hätte sichergestellt werden müssen.“ Hinsichtlich des Eindrucks, die Berliner FDP habe an deutschlandpoltischem Schwung eingebüßt, meinte Oxfort: „Dieser falsche Eindruck könnte entstehen, seit die Berliner CDU auf die *deutschland-* und *berlinpolitischen* Vorgaben der FDP eingeschwenkt ist. Der Nachholbedarf der Berliner CDU darf jedoch nicht unterschätzt werden.“ Der Regierende Bürgermeister Diepgen bemühe sich „zu Recht“ darum, zur Bewegung in der Deutschlandpolitik beizutragen. „Ihm kommen dabei liberale Erfahrungen zugute.“

Zur Lage in der Stadt merkte Oxfort an, er habe bereits 1981 den FDP-Koalitionswechsel zur CDU gefordert: „Dies hätte vermutlich den Aufschwung der beiden letzten Jahre *noch früher beginnen lassen. Aber* politische Überzeugungsbildungen brauchen leider Zeit.“ Zur Berliner CDU meinte Oxfort, sie sollte bei ihrem zeitweiligen Seitenblick nach links „den Eindruck vermeiden, als sei sie die beste SPD, die es je gab. Mehrheiten gewinnt man auf Dauer nur durch bessere eigene Politik, nicht jedoch durch Maßnahmen, die schließlich zur Niederlage der SPD geführt haben.“ Für die Berliner FDP sei jedenfalls „politischer Freiraum links von der Mitte versperrt“.

Zur offenkundigen CDU-Marsch*route, ohne die FDP auf Sieg zu set*zen, erklärte Oxfort: „Auch unter Richard von Weizsäcker hat die Berliner CDU zweimal (1979, 1981, d. Red.) die absolute Mehrheit verfehlt. Ohne die FDP-Wähler, also ohne FDP im Parlament, wird Berlin keine regierungsfähige Mehrheit erhalten. Angst vor der gemeinsamen Darstellung und Verantwortung der Koalitionspartner ist im Wahlkampf ein schlechter Ratgeber.“

# Treten die Bischöfe „Irrlehren“ nicht energisch genug entgegen?

## Nordelbische Kirche hat einen neuen „Fall“ / Gemeinde wählt umstrittenen Pfarrer ab

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Die einen machen ihrem Herzen Luft mit einem Kirchenkampf – und wir stehen in einem geistigen Kirchenkampf –, und die andren ziehen sich still zurück. Der Rückzug von Pastorin Gisela Schmudde hat mich betroffen gemacht.“ Mit diesen Worten nahm der Itzehoer Pastor Jens Motschmann zum Austritt seiner bisherigen nordelbischen Kollegin Gisela Schmudde Stellung, die – wir berichteten – mit dem Vorwurf, in ihrer Kirche würden „zentrale Glaubenswahrheiten geleugnet“, ihr Amt niedergelegt hat. Die ledige Frau will künftig einen anderen Beruf ausüben. „Daß jemand sein Amt aufs Spiel setzt, beweist, daß sehr viel pas*siert sein muß“, sagte Motschmann* der WELT.

Der Geistliche gehört zu den elf Unterzeichnern eines Aufrufes, der Mitte Januar, mit dem Vorwurf, Amtsträger Nordelbiens würden „öffentliche Staatshetze“ betreiben, bundesweites Aufsehen erregten. *Motschmann berichtete auch von ei*nem Pastor aus Hamburg, der den gleichen Schritt erwogen, aber aus Existenzgründen nicht vollzogen habe. Propst Karl Hauschildt (Neumünster), der Frau Schmudde vergeblich zu halten versucht hatte, sieht ihren Schritt hingegen „nicht als kennzeichnendes Beispiel für die Probleme unserer evangelischen Kirche“.

Im Norden der Bundesrepublik macht die Kirche seit Jahren mehr durch Eskapaden als durch Evangeliums-Verkündigung Schlagzeilen. Kein Wunder, wenn der Vorsitzende der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ in Nordelbien, der Hamburger Pastor Ulrich Rüß, diagnostiziert: „Die Not ist bei uns auch gegeben in der Nichtkompetenz. Der Machtspielraum der Bischöfe ist zu klein.“ Die geistlichen Oberen Nordelbiens sollten „Irrlehren in der Öffentlichkeit auch Irrlehren nennen und nicht den Eindruck erwekken, man könne Irrlehren durch ein Gespräch wegdiskutieren.“

Seit einigen Tagen hat die aus drei Bischöfen bestehende Spitze der Nordelbischen Kirche einen neuen „Fall“ auf dem Tisch: Der Kirchenvorstand der Gemeinde Schulau bei Hamburg wählte den 37 Jahre alten Pastor Hans-Günter Werner ab. Die Kirchenleitung ist aufgerufen, Werner zu versetzen. Der geschaßte Gemeindehirt ist für Nordelbiens Bischofsgremium kein unbeschriebenes Blatt: Er gehört zu den Autoren des Christus verhöhnenden „Luther-Schwanks“ und ist seit Ende 1983 vom Dienst suspendiert. Gegen ihn und vier weitere Pastoren läuft ein Amtszuchtverfahren. Man kann den Hamburger Bischof Peter Krusche verstehen, wenn er bekennt, daß „das pastorale Erscheinungsbild häufig irritierend wirkt“. Werner, der jetzt an anderer (Pfarr-)Stelle Nordelbiens geistliche Wurzeln schlagen soll, war übrigens schon einmal von einer Gemeinde abgewählt worden. Der Vor-



Hamburgs Bischof Peter Krusche FOTO: CHRISTA KUJATH

sitzende der „Kirchlichen Sammlung“, Ulrich Rüß, sieht folglich den wirksamsten Einstieg für die bischöfliche Machtausübung in der Ordination – hier habe der Bischof Gelegenheit, „darauf zu achten, daß der, der ordiniert wird, eindeutig hinter Schrift und Bekenntnis steht“, betonte Rüß. Er fügte hinzu: „An diesem Punkt kann der Bischof noch nein sagen. Danach befindet er sich in der Situation des Zauberlehrlings: Die Geister, die er rief, wird er nicht wieder los.“

Für die Ziele einer „Bindung der Verkündigung an Schrift und Bekenntnis“, der „Erneuerung des christlichen Lebens in Haus und Gemeinde“ und der „geistlichen Reform des theologischen Ausbildungswesens und des Pfarramtes“ setzen sich inzwischen allein in Nordelbien rund 1000 Mitglieder ein, darunter einige Pröpste und zahlreiche Pastoren. Die „Kirchliche Sammlung“, an deren Spitze auf Bundesebene Bischof Joachim Heubach (Schaumburg-Lippe) steht, arbeitet eng mit der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ zusammen. „Wir halten es für einen Rückfall in nichtchristliches Denken“ – so heißt es in den Leitsätzen – „wenn behaupet wird, daß in unserer Welt kein Raum für Gott sei, daß er abwesend sein muß, weil er im Bewußtsein der Menschen gestorben sei. Wenn die Kirche die gnädige Gegenwart ihres Gottes in Wort und Sakrament nicht mehr bezeugt, ist sie dem Auftrag und der Verheißung des Herrn untreu geworden.“

Pastor Rüß, Seelsorger an der Hamburger „Hochzeits“-Kirche, St. Johannis in Eppendorf, hat festgestellt, daß „die Prominenz der Parteien und alternative Gruppen ein zu großes Forum“ erhalten hätten, die Folge sei „Politisierung statt Erbauung der Gemeinde“. Speziell auf Kirchentagen bestehe die Gefahr, daß „erlaubt ist, was Spaß macht“. In den Gemeinden fordert die „Kirchliche Sammlung“, daß die Kirche – was ihre innere Ordnung angehe – notfalls auch deutlich nein sagen müsse. Rüß folgert: „Wenn wir nicht nein sagen, finden die Menschen auch nicht zum Ja.“ Die Kirche verliere ihre Konturen, sie laufe Gefahr, daß die Menschen sie – aus gesellschaftlichen Ambitionen heraus – „religiös beanspruchen, ohne zu glauben“.

Der Vorsitzende von „Bibel und Bekennntnis“ in Nordelbien bezeichnet die Möglichkeit, die mehr als 20 Pastoren zu disziplinieren, die zum Widerstand und Ungehorsam aufgerufen haben, als einen „haarigen Prozeß“. Denn gerade politisierende Pastoren lösten viele Solidaritäts-Effekte aus. Doch die Vorgänge in Hamburg-Volksdorf hätten gezeigt, daß die Gemeindemitglieder der Politisierung nicht hilflos ausgesetzt seien. Dort hatte – wie berichtet – die Gemeinde einen Kirchenvorstand gewählt, der den drei Pastoren nicht paßt. Aus diesem Grunde wurde die Wahl annulliert. Rüß erklärte: „Man sollte die Leute ermutigen, sehr viel kritischer die Arbeit der Kirchenvorstände und Pastoren zu sehen. Volksdorf war ein gutes Signal. Es zeigte: Die Besinnung auf die eigenen Möglichkeiten ist besser als die Resignation.“

# Warum die Sowjets in Genf wieder verhandeln

## Professor Seiffert: Moskaus Westpolitik ist gescheitert

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Sowjetunion könne demnächst vor der Frage stehen, wie sie sich aus dem „Rivalitätsverhältnis“ mit den USA in Europa herausziehen solle, ohne dabei eine politische Niederlage zu erleiden. Diese These vertrat Wolfgang Seiffert, bis 1978 Berater der „DDR“-Regierung in Comecon-Fragen und heute Professor an der Universität Kiel, in einem Vortrag vor österreichischen Nationalökonomen und Bankfachleuten der Creditanstalt.

Seiffert nannte drei Gründe für die Rückkehr der Sowjets an den Genfer Verhandlungstisch: Die Erfolglosigkeit der sowjetischen Westpolitik, die mit der Methode „militärischer Nötigung“ gegenüber der Bundesrepublik vergebens die NATO-Nachrüstung verhindern wollte, ferner zunehmende Tendenzen der Eigenständigkeit bei den Moskau verbundenen Mitgliedern des Comecon und Warschauer Pakts sowie schließlich die Ankündigung der USA, ein Verteidigungssystem im Weltraum aufzubauen.

Das amerikanische Weltraumprogramm, so erklärte Seiffert, bedeute für die zentralistische Planwirtschaft der Sowjetunion eine Herausforderung, die Moskau in seinem jetzigen Zustand nicht bestehen könne. Mit dem US-Weltraumprogramm werde unabweisbar, daß im Zeitalter der beginnenden Informatik ein zentralistisches Wirtschaftssystem wie jenes der Sowjetunion, das „innovationsfeindlich“ und „wenig effektiv“ sei, nicht nur ökonomisch hoffnungslos versagen müsse, sondern auch auf *dem Gebiet militärischer Rüstung* den westlichen Industriestaaten gegenüber unterlegen sei. Diese Erkenntnis aber könne die anderen osteuropäischen Staaten in ihren Desintegrations-Tendenzen nur noch bestärken.

Innerhalb des Ostblocks sei das *1971 eingeleitete Programm einer* Wirtschaftsintegration zentralistischer Planwirtschaft praktisch gescheitert. Der Konsultationsmechanismus innerhalb des Warschauer Pakts sei wegen des hegemonialen Selbstverständnisses der Sowjetunion und der Moskauer Geheimniskrämerei derart unterentwickelt, daß die osteuropäischen Regierungen nicht von den Sowjets, sondern durch die Amerikaner vom Verlauf des Genfer Treffens zwischen Shultz und Gromyko unterrichtet wurden. Zwar sei zwischen den osteuropäischen Staaten und den Sowjets eine Verlängerung des auslaufenden Warschauer Pakts vereinbart worden, über die Dauer dieser Verlängerung herrsche aber noch immer keine Einigkeit.

Die permanente Krise des Comecon, die Seiffert als „Krise des zentralistischen Planungssystems“ bezeichnet, habe dazu geführt, daß der Abstand der Comecon-Länder gegenüber den westlichen Industriestaaten hinsichtlich Arbeitsproduktivität, Bruttosozialprodukt und Lebensstandard immer größer werde. Diese Situation müsse die einzelnen Mitgliedsländer in der Auffassung bestärken, daß ihre wirtschaftlichen und technologischen Bedürfnisse nicht ausschließlich durch die Sowjetunion befriedigt werden können. Die Sowjetunion reagiere darauf mit verstärktem Rohstoffexport gegen „harte Devisen“ und mit Importen moderner westlicher Technik. Ungarn setze seine marktwirtschaftlichen Reformen fort. Die „DDR“ verstärke ihren innerdeutschen Handel.

Als eigentliches „Problem“ bezeichnete Seiffert die „DDR“, die trotz ihrer großen Leistungskraft vor dem schwierigen 5-Jahres-Plan ihrer Geschichte stehe. Schaffe die „DDR“ den Sprung zur modernen, konkurrenzfähigen Industriegesellschaft im Zeitalter der Informatik nicht, könne sie ihre politische Position im Ostblock nicht halten. Das aber hätte schwerwiegende Folgen für die innere Situation der „DDR“. Die Lösung liege für die „DDR“ in der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik. Dies aber sei nur dann möglich, wenn die „DDR“ in Fragen der Freizügigkeit und der Menschenrechte liberaler verfahre als bisher.

Die dominierende politische Strategie Moskaus strebt nach Ansichts *Seifferts erneut den Ausgleich mit* den USA und damit westliche Technologie-Importe an, um auf diese Weise inneren Reformen des Systems aus dem Wege zu gehen. Zugleich aber gerate die sowjetische Führung unter zunehmenden Entscheidungs- und Handlungsdruck. Das, so meint Seiffert, könne den Kreml auf die Dauer dazu veranlassen, in Europa einen politischen Ausgleich mit dem Westen zu suchen.

---

Dr.-Ing.
Heinz-Paul Rauert

* 27. 8. 1904 † 11. 2. 1985

Mein innig geliebter Mann, unser gütiger, verehrter Vater und Großvater wurde durch den Tod von seiner kurzen, schweren Krankheit erlöst.

In Liebe und Dankbarkeit

**Edith Rauert** geb. Eilfeld
**Dr. Dieter Rauert**
**Jutta Rauert**
**Christian Rauert**
**Beatrize Rauert**
**Marhild Wahrlich** geb. Rauert
**Renate Schweizer** geb. Rauert
**Rolf Schweizer**
**Dr. Hans-Jürgen Lwowski-Rauert**
**Monica Lwowski**
**Gabriele Voltz** geb. Rauert
**Dr. Gerhart Voltz**
**und 12 Enkelkinder**

2000 Hamburg 52, Königgrätzstr. 17

Sein Wunsch war, in aller Stille beigesetzt zu werden.

Beileidsbezeugungen auf Wunsch des Verstorbenen in Form einer Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erbeten. Kto.-Nr. 1280/196773 Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50.

---

Wir trauern um unseren am 11. Februar 1985 verstorbenen ehemaligen Geschäftsführer

Dr.-Ing.
Heinz-Paul Rauert

Fast vier Jahrzehnte lenkte er erfolgreich und mit großer Erfahrung die Geschicke unserer Firma. Entscheidend trug er zum Wiederaufbau in der Nachkriegszeit bei. Seine überzeugende menschliche Art wurde von allen, die ihn kannten, sehr geschätzt.

Wir werden ihm stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

**AGA Gas GmbH**

Hamburg, im Februar 1985

Die Trauerfeier fand im engsten Familienkreise statt.

Beileidsbezeugungen auf Wunsch des Verstorbenen in Form einer Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erbeten. Kto.-Nr. 1280/196773 Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50.

---

**DIE WELT**
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

# Vor Blitzattacke Chinas ist Hanoi nicht sicher

## Grenzkrieg verschärft sich / Angst vor innerer Rebellion

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Wie schon im vorigen Jahr hat Chinas Parteichef Hu Yaobang am Vorabend des chinesischen Neujahrsfestes die chinesisch-vietnamesische Grenze inspiziert. Hu, der sich in Begleitung hochrangiger Militärs befand, lobte die chinesischen Grenztruppen für ihre entschlossene Abwehr vietnamesischer Provokationen und Attacken. Wörtlich sagte er: „Es ist ein wichtiger Teil der Politik Chinas, die Bedrohung zu beseitigen, die von den Vietnamesen in den Grenzregionen ausgeht, um Frieden und Stabilität in Südostasien zu sichern."

China dürfte etwa 100 000 Mann im unmittelbaren Grenzgebiet halten und weitere 300 000 in einem rückwärtigen Verteidigungsgürtel. Auf vietnamesischer Seite sind die Hälfte der 1,2 Millionen Mann starken regionalen und lokalen Soldaten zur Verteidigung gegen China postiert.

Trotz des schärfer werdenden Tons der chinesischen Warnungen an Vietnam und der erneuten Erinnerung daran, daß China sich eine „zweite Straflektion" vorbehalte, können Beobachter derzeit keine akuten Hinweise entdecken, daß China seine militärischen Aktionen gegen Vietnam drastisch verschärfen will. Gegen eine solche Eskalierung spricht ein Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, der die militärischen Vorstöße der Vietnamesen an der kambodschanischen Grenze zu Thailand herunterspielt und der die Vertreibung der von China unterstützten Roten-Khmer-Guerrillas aus ihren Basen in den Malai- und Makhuenbergen als Anreiz zur „Beschleunigung des Sieges" gegen Vietnam prophezeit. Denn die Roten Khmer nutzten die Massierung der Vietnamesen an der Grenze, um im Landesinneren an Terrain zu gewinnen.

Allerdings hat Peking sich die Option geschaffen, jederzeit einen massiven Überraschungsschlag gegen Vietnam zu führen und zwar da, wo Hanoi ihn am wenigsten erwartet. China ist ein Meister in täuschender Strategie. Schon während seiner letztjährigen Grenzinspektion ließ Hu Yaobang wissen, daß die „Reformen in der Reorganisation" der chinesischen Grenzstreitkräfte abgeschlossen seien.

Eine zuverlässige Beurteilung der derzeitigen Grenzsituation ist äußerst schwierig, da weder westliche Journalisten noch unabhängige Beobachter Zugang zu den umkämpften Regionen der 1200 Kilometer langen Grenze haben.

Aus Berichten beider Seiten ergibt sich folgendes Bild: Die Kampftätigkeit hat sich im November und dann noch einmal Mitte Januar weiter verstärkt, bis am 11. Februar sowohl Peking als auch Hanoi von anhaltenden und verlustreichen Kämpfen in den Gebieten der vietnamesischen Grenzprovinzen Lang Son und Ha Tuyen sprachen. Hanoi beschuldigt Peking, einen „Krieg der Landnahme" zu betreiben und Positionen und Dörfer mit Artillerie zu bombardieren, die bis zu zehn Kilometer tief auf vietnamesischem Boden liegen. Vietnamesische Truppen hätten die Grenzattacken jedoch erfolgreich zurückgeschlagen und 250 chinesische Eindringlinge „außer Gefecht" gesetzt.

Für solche Behauptungen liefert Hanoi keinerlei Beweise. Umgekehrt sagt Peking, sein gegenüber Ha Tuyen liegender Grenzdistrikt Malipo werde täglich von den Vietnamesen beschossen. Bereits im Januar habe die Zahl der getöteten und verwundeten chinesischen Grenzdörfler „mehrere Hundert" betragen. Die chinesischen Grenztruppen hätten sich gezwungen gesehen, „in Selbstverteidigung" zurückzuschlagen.

Aus zahlreichen Kommentaren der vietnamesischen Staatspresse ergibt sich der Eindruck, daß die Verantwortung für die militärische Eskalation der Grenzsituation bei den Vietnamesen liegt. So erklärt die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan", Abwehr sei die beste Verteidigung und mahnt, es gelte zu verhindern, daß der Feind eines Tages in der Lage ist, militärische Attacken mit interner Rebellion zu verbinden und dadurch die Regierung zu stürzen. Hanoi scheint heute mehr eine „Sabotage von innen" als einen Krieg an der Grenze zu fürchten. Besonders ärgerlich kommentierte Hanoi, daß China in einseitiger Geste seine Grenze geöffnet hat, um Vietnamesen zu erlauben, Verwandte auf chinesischem Boden zu besuchen und in China einzukaufen. Das sei nur ein Trick, die Vietnamesen auszuhorchen und als Spione anzubeuern.

# Gemeinsam gegen den Terrorismus

AFP, Rom

Italien und Großbritannien wollen ihre Zusammenarbeit bei der Terrorismus- und Drogenbekämpfung verstärken. Dies wurde gestern in Rom nach Unterredungen zwischen dem italienischen Inneninister Oscar Luigi Scalfaro und seinem britischen Amtskollegen Leon Brittan bekanntgegeben.

In Großbritannien halten sich nach Angaben aus Rom mindestens sechs von 35 „extrem gefährlichen" italienischen Neofaschisten auf, die von der römischen Polizei gesucht werden. Einzelheiten über die Vereinbarungen, die die Innenminister im Hinblick auf die Drogen- und Terrorismusbekämpfung trafen, wurden nicht mitgeteilt.

# Ministerrücktritt in Argentinien

dpa, Buenos Aires

Völlig überraschend sind in Argentinien Wirtschafts- und Finanzminister Bernardo Grinspun und Zentralbankpräsident Enrique Garcia Vazquez zurückgetreten. Wie aus Regierungskreisen bekannt wurde, folgten sie einem Wunsch des Staatspräsidenten Raul Alfonsin. Die Posten der Zurückgetretenen übernahmen gestern der Staatssekretär für Planung, Juan Sourrouille, und der Staatssekretär für Binnenhandel, Alfredo Concepcion. Grinspun und Garcia traten in einer Situation zurück, in der sich die Rezession immer mehr verstärkt und die sozialen Spannungen wachsen. Seit Dezember 1983 sind damit bereits drei Minister des Kabinetts Alfonsin zurückgetreten.

# Prag setzt die Kirche unter Druck

## Willkürliche Verhaftungen / Angriffe gegen den Papst / Lob für die Befreiungstheologie

Von RUDOLF STRÖBINGER

Das Verhältnis zwischen der tschechoslowakischen Staats- und Parteiführung und der katholischen Kirche des Landes spitzt sich weiter zu. Nachdem der Erzbischof von Prag, Kardinal František Tomášek (85), in einem Brief alle Oberhirten der tschechischen und slowakischen Diözesen noch einmal darauf hingewiesen hatte, daß die von den Prager Behörden geförderte Priestervereinigung „Pacem in Terris" unter das vom Heiligen Stuhl im März 1982 erlassene Verbot der Priesterzusammenschlüsse mit offener oder versteckter politischer Zielsetzung fällt, hat sich der Staat demonstrativ hinter die „Friedenspriester" gestellt.

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Vladimir Janku, bezeichnete in einem Rundfunkinterview die Vereinigung „Pacem in Terris" als Organisation, die eine wichtige Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus und bei der Sicherung des Weltfriedens erfülle. Als eine Geste der „Standhaftigkeit" der Regierung und der Leitung von „Pacem in Terris" gegenüber Papst und Kurie wurde von Prag der Kongreß der Organisation Anfang Februar gepriesen. Tomášek war gezwungen worden, die Eröffnungsmesse in der Prager Kathedrale zu dulden. Staats- und Parteichef Husak versicherte den regimefreundlichen Priestern, die von den Behörden 1971 geschaffene Organisation würde auch weiterhin vom Staat unterstützt.

Gleichzeitig werden die Angriffe gegen Papst Johannes Paul II. in der kommunistischen Presse verschärft. So nennt das Blatt der Prager KP „Nová Mysl" das Oberhaupt der katholischen Kirche jetzt einen „führenden Repräsentanten der Reaktion". Durch seine Gleichsetzung der Gefahr des Krieges mit der Gefahr der „totalitären Staaten" stelle sich, so der Autor des Beitrages, Ladislav Hora, der Papst in eine Reihe mit den imperialistischen Kräften vor allem in den USA. Das kommunistische Blatt fordert die „progressiven" Katholiken auf, sich die „Theologie der Befreiung" anzueignen. Diese Bewegung sei bereits 1975 auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas in Havana positiv beurteilt worden. Auch der kubanische Staats- und Parteichef Fidel Castro sehe in der „Theologie der Befreiung" eine Bewegung, die viele Gemeinsamkeiten mit dem Marxismus und Kommunismus habe, führt Hora in ungewohnt offener Sprache aus. Man wird diese offiziellen Hinweise in den Führungsgremien der Weltkirche interessiert zur Kenntnis nehmen.

In der Tschechoslowakei fanden bisher zwei internationale Konferenzen statt, auf denen Experten aus der „DDR", Ungarn, Polen und der Sowjetunion gemeinsame Maßnahmen gegen die Kirche erörterten. Auf einem Kolloquium in der Slowakei wurde im Juni 1983 über „neue Wege, die Religion auszumerzen, den Glauben in den Privatbereich zurückzudrängen und die Kirche in die Politik hineinzuziehen", beraten. Eines der Ergebnisse dieser Tagungen ist die Herausgabe eines „Atheistischen Wörterbuches".

Hand in Hand mit dem ideologischen Druck werden die staatlich-polizeilichen Maßnahmen gegenüber Priestern und Gläubigen verstärkt. Nach Angaben aus dem Vatikan ist die Zahl der Priester in der Tschechoslowakei von 7000 im Jahr 1949 auf 3500 zurückgegangen. So sind viele Pfarreien ohne Pfarrer. Von den 13 Diözesen des Landes haben nur drei einen Bischof, weitere zwei einen Apostolischen Administrator. Die anderen acht sind vakant. Der in der Bundesrepublik im Exil lebende Prager Benediktinerabt Anastas Opasek wies jetzt darauf hin, daß zur Zeit etwa 400 Priester in der CSSR nicht ihren Beruf ausüben dürfen.

Über konkrete Fälle von Verfolgungen geistlicher und katholischer Laien berichtet das aus Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" zusammengesetzte „Komitee für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten" (VONS). So seien in Reichenberg (Liberec) wegen Zugehörigkeit zum verbotenen Franziskanerorden drei Männer inhaftiert. Gegen vier andere wird ermittelt. Bemerkenswert: Bei den Verfolgten handelt es sich um jüngere Menschen. In der slowakischen Landeshauptstadt Preßburg (Bratislava) wurde der Geistliche Matej Nemeth festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, im Westen gedruckte religiöse Literatur verbreitet zu haben. In Hrob in Nordwestböhmen wurde Pfarrer Jaroslav Novosad von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes verhört und verhaftet. Der Grund: Novosad organisierte kostenlose Kindererholungsaufenthalte. Ferienaufenthalte für Kinder dürfen in der CSSR aber nur staatliche Organisationen vermitteln. In der Ostslowakei wurden drei Laien festgenommen, weil sie eine größere Zahl von Bibeln in russischer Sprache besaßen und diese angeblich in die Sowjetunion schmuggeln wollten.

# „Kinder-Gulag" oder Heim für alle?

## In Schweden wird Familienpolitik zu einem Hauptthema der nächsten Reichstagswahl

FLORIAN NEHM, Hamburg

„Wer in Schweden seine Kinder selber erzieht, begeht finanziellen Selbstmord", sagt Inge Troedsson, die in einer bürgerlichen Regierung Schwedens Ministerin für Gesundheit und Soziales werden soll, zur WELT. Denn, so die Reichstagsabgeordnete der Moderaten Sammlungspartei, „die Anti-Familienpolitik der sozialistischen Regierung zwingt Eltern, ihre Kinder gegen Sozialhilfe an den Staat zu verkaufen". Kein Zweifel, die Familienpolitik steht bei den im September stattfindenden Wahlen zum schwedischen Reichstag im Mittelpunkt des Widerstreits bürgerlicher und sozialistischer Standpunkte.

Für den Fall ihres Wahlsiegs sind die drei bürgerlichen Oppositionsparteien entschlossen, den schwedischen Familien mit finanziellen Mitteln wieder die Freiheit zu geben, zwischen staatlicher und privater Kindererziehung wählen zu können. Die hohen Einkommensteuern im heutigen Schweden machen es besonders Arbeiterfamilien unmöglich, sich von nur einem Einkommen zu ernähren. Daher bleibt vielen Familien keine andere Wahl, als ihre Kleinkinder nach dem neunmonatigen Mutterschaftsurlaub in einem Tagesheim unterzubringen, damit auch die Mütter verdienen können. Steuererleichterungen und Sozialhilfe für in finanzielle Not geratene Familien machen die Behörden davon abhängig, ob die Kinder im kommunalen Kinderhort angemeldet sind und beide Eltern „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen".

„Verzweifelte Eltern bitten uns täglich um Rat", sagt Katarina Runske, Leiterin der Stiftung Familjekampanjen in Stockholm. „Als arbeitswillig gilt eine Mutter nur, wenn ihre Kinder im Tagesheim sind." Deshalb strebten Sozialfürsorgeämter nach dem Ziel, „Frauen raus auf den Arbeitsmarkt, auch wenn das mit einem Schubs geschieht, den sie als brüsk empfinden". Die Ämter folgen damit der sozialdemokratischen Regierungspartei, die allen Müttern den Wunsch nach Erwerbstätigkeit unterstellt. Ministerpräsident Olof Palme wiederholte jüngst auf dem sozialdemokratischen Frauenkongreß seine Überzeugung, wonach „nur Hausfrau sein zu wollen" überholt sei.

In Schweden, wo über 80 Prozent der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren erwerbstätig sind, machen sich die Wirkungen wechselnder Bezugspersonen und Pfleger auf den seelischen Zustand von Kindern jedoch immer stärker bemerkbar. In einer vergleichenden Untersuchung fragte man elfjährige Kinder in Spanien, Algerien, Israel und Schweden, ob sie das Gefühl hätten, von jemandem geliebt zu werden. Bei der Antwort „niemals" lagen schwedische Kinder einsam an der Spitze. Bei der Antwort „oft" machten 70 Prozent der nicht-schwedischen und nur 22 Prozent der schwedischen Kinder ein Kreuz. Für die seelische Gesundheit der Kinder macht das Fürsorgegesetz in der Regel das Elternhaus verantwortlich. Dort heißt es: „Das Kind hat ein Recht darauf, in guten Verhältnissen aufzuwachsen – auch wenn dies mit einer Trennung vom Elterhaus gleichbedeutend ist." Was gut für das Kind ist, entscheidet jedoch die Sozialbehörde. Fälle erzwungener Fürsorgeverwahrung von Kindern brachten Schweden wiederholt als „Kinder-GULag" in die internationalen Schlagzeilen.

In Schweden enden jährlich etwa 50 von 350 Kinderselbstmordversuchen mit dem Tod. Auf Fragen nach der beängstigend hohen Selbstmordrate antwortete die Pressesprecherin des Ministers für Gesundheit und Soziales, Sten Andersson, lapidar: „Es gibt eben noch nicht genug Tagesheime." Die schwedische Regierung will öffentliche Kinderhorte in den kommenden sechs Jahren „energisch" ausbauen, um alle angemeldeten Kinder aufnehmen zu können. In privater Regie betriebene Kindergärten bekommen keinerlei Staatszuschüsse. Eltern, die ihre Kinder in staatliche Tagesheime geben, sparen praktisch alle mit der Kinderversorgung zusammenhängenden Ausgaben. Eltern, die ihre Kinder selber versorgen, erhalten vom Staat „nicht eine Krone".

# *Gedemütigt verläßt der General das Schlachtfeld*

FRITZ WIRTH, Washington

Ein General hißte die weiße Flagge. Es war die zweite Demütigung des William Westmoreland im Hinterland des Vietnamkrieges. Die erste erlitt er vor drei Jahren, als die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS in einer Dokumentation unter dem Titel „Der ungezählte Feind, eine Vietnam-Täuschung" behauptete, er habe die wahre Truppenstärke der Nordvietnamesen in seinen Berichten an Präsident Lyndon B. Johnson absichtlich heruntergespielt. Westmoreland empfand das als eine „öffentliche Hinrichtung" seines guten Namens und als eine Verleumdung und verklagte CBS auf einen Schadensersatz von 120 Millionen Dollar.

Die zweite Demütigung widerfuhr ihm am letzten Wochenende, als ihm seine Rechtsanwälte nach 18wöchiger Prozeßdauer eröffneten, daß dieser Prozeß kaum noch zu gewinnen sei. Sie empfahlen ihm einen außergerichtlichen Vergleich. Am Montag wurde Brief und Siegel unter diese Abmachung gesetzt. Sie bot dem General einen Notausgang aus einem Schlachtfeld, das ihm fremd und sichtlich unbehaglich war.

**Westmoreland will Niederlage nicht zugeben** FOTO AFP

Offiziell endete damit diese Schlacht der Paragraphen unentschieden. Es gibt jedoch keinen Zweifel: Der General kehrt zutiefst verletzt und angeschlagen aus diesem Gefecht zurück. Seine Gegner konnten diesen Kampf beenden, ohne ein Wort ihrer Anschuldigungen zurückzunehmen und ohne eine Geste oder Andeutung einer Entschuldigung.

Es war ein unrühmlicher Ausgang eines unrühmlichen Prozesses. Der israelische General Sharon, der im gleichen Gerichtsgebäude in Manhattan vor drei Wochen seinen Prozeß gegen das Nachrichtenmagazin „Time" verlor, hatte zumindest die Genugtuung, seinen Gegner sorgloser und erwiesenermaßen falscher Berichterstattung überführt zu haben. Westmoreland sah sich am Montag *als Teil der Vergleichsabmachungen* gezwungen, der Fernsehanstalt CBS zähneknirschend eine „lange und hervorragende journalistische Tradition" zu bescheinigen.

Ein noch bedeutsamerer Unterschied zwischen beiden Prozessen: Sharon kämpfte vor dem Gericht um seine eigene Zukunft und gewann zumindest in dieser Hinsicht seinen Prozeß. Westmoreland kämpfte um seine Vergangenheit und verlor in diesem Sinne seinen Prozeß. Er wird für den Rest seines Lebens ein gedemütigter Mann bleiben. Daran ändert auch nichts seine tapfere und irgendwie verzweifelte Behauptung nach dem Vergleich: „Ich habe gewonnen." Seine Rechtsanwälte behaupteten: „Wir sind in diesen Prozeß gegangen, die Reputation unseres Mandanten wiederherzustellen. Das ist geschehen."

Der Strohhalm, an den Westmoreland und seine Anwälte diesen Siegesanspruch klammerten, war die Erklärung von CBS, daß die Gesellschaft nicht die Absicht gehabt habe, mit ihrer Sendung den „Patriotismus und die Loyalität des Generals in Frage zu stellen". „Ich verstehe dies als eine Entschuldigung von CBS", erklärte Westmoreland. „Hatte CBS diese Erklärung gleich nach der Fernsehsendung abgegeben, wäre es niemals zum Prozeß gekommen."

In Wahrheit sehen die Dinge für ihn düsterer aus. Er hat praktisch das Handtuch geworfen, indem er seine Klage zurückzog.

Westmoreland war mit folgenden Forderungen in den Prozeß gegangen: Schadensersatz in Höhe von 120 Millionen Dollar, eine öffentliche Entschuldigung von CBS über den umstrittenen Film und Sendezeit für ihn, um die angeblich verleumderischen Behauptungen der Fernsehanstalt richtigzustellen.

Westmoreland hat keines dieser Ziele erreicht. Im Gegenteil: Es steht der Fernsehgesellschaft frei, diesen umstrittenen Film zu jeder Zeit zu wiederholen. CBS erklärte sich lediglich bereit, von Westmoreland nicht die Rückerstattung der Gerichtskosten zu verlangen, die auf sieben Millionen Dollar geschätzt werden. Die Gerichtskosten Westmorelands werden von einer Rechtsstiftung in Washington bezahlt.

Zunächst hatte die Sache für Westmoreland so verheißungsvoll ausgesehen, daß man bei CBS selbst in erster Instanz einen Sieg der anderen Seite und erst in der Berufung einen endgültigen Sieg erwartete. Westmoreland hatte hochangesehene Politiker wie den ehemaligen Verteidigungsminister McNamara und den Abrüstungsexperten Paul Nitze aufgeboten, die zu seinen Gunsten aussagten.

Der Kollaps der Westmorelandschen Anklage zeichnete sich erst in der letzten Woche ab, als zwei seiner engsten Mitarbeiter im Vietnamkrieg, Joseph McChristian und Gains Hawkins, gegen ihn aussagten. Hawkins, der im Stab Westmorelands für die Einschätzung der gegnerischen Truppenstärke zuständig war, gestand ein, daß er seine Untergebenen angewiesen habe, die Zahlen über die Truppenstärke der Nordvietnamesen absichtlich zu reduzieren, da Westmoreland ihm bei einem Briefing erklärt habe, daß höhere Zahlen „politisch unakzeptabel" seien. Nur wenige Tage nach dieser Aussage boten die Rechtsanwälte Westmorelands CBS an, die Klage zurückzuziehen.

Bei der Fernsehgesellschaft selbst herrscht unverhohlene Siegesstimmung. Sie beharrt darauf, daß die Dokumentation zutreffend und fair gewesen sei und „der intensivsten Prüfung standgehalten habe, der jemals in der Geschichte eine journalistische Arbeit unterworfen worden" sei. Was CBS verschwieg: In einer hausinternen Untersuchung war die Gesellschaft schon vor zwei Jahren zu dem Ergebnis gekommen, daß die Sendung in zahlreichen Punkten die eigenen Kriterien verletzte, die CBS an Fernsehdokumentationen anlegt.

**Der britische Bergarbeiterstreik ist im elften Monat. Der Gewerkschaftsführer Arthur Scargill war mit seiner Macht angetreten, die Regierung Thatcher und ihre Politik zu stürzen. Die Premierministerin hat sich geweigert, die Auseinandersetzung als einen „Arbeitskampf" mißdeuten zu lassen. Es ist ein politischer Kampf. Scargill will ein sozialistisches Großbritannien. Mrs. Thatcher will das Großbritannien, das die Wähler gewählt haben. Sie führt den Kampf offen, ohne verfälschende Semantik. Sie macht Ernst. 46 Prozent der Bergarbeiter sind bisher von Scargills Fahne gegangen. Andere Gewerkschaften verweigerten sich ihm, auch der Deutsche Gewerkschaftsbund. Scargill mußte die Hilfe Khadhafis und der Sowjets suchen. Das Ringen scheint sich dem Ende zuzuneigen. Die rechte Zeit, die Geschichte des Arbeitskampfes zu schreiben.**



**April 1984: Ian MacGregor, der Chef der britischen Kohle-Behörde, wird auf dem Minengelände Ellington Colliery in Northumberland von Kumpel John Kull am Kragen gepackt und ausgeknockt.**
FOTOS: ALLAN GLENWRIGHT

# Ein Shakespeare von Margaret Thatcher

Von GRAHAM TURNER

Großbritannien befindet sich jetzt in der 50. Woche eines titanischen Kampfes zwischen der Bergarbeitergewerkschaft und der konservativen Regierung von Margaret Thatcher; es ist bei weitem der schwerste industrielle Konflikt seit dem Generalstreik von 1926. Die Schlacht hat das Land bisher vier Milliarden Pfund gekostet; mehr als 1300 Polizisten und Hunderte von Bergarbeitern sind bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Streikposten verletzt worden; 3700 Bergleute wurden straf- oder zivilrechtlich verurteilt. Zeitweise glaubte man sich in Teilen des Landes einem Bürgerkrieg nahe.

Mrs. Thatcher hat unmißverständlich von dem Streik wie von einem Krieg gesprochen. Im Juli vergangenen Jahres verglich sie die Anführer der Bergarbeiter mit den Argentiniern und bezeichnete sie als „den Feind von innen". Noch vor wenigen Tagen erklärte einer ihrer Minister, der Streik markiere die Endphase eines Bürgerkrieges, der nach seinen Worten seit 35 Jahren in den britischen Fabriken und Gruben andauere.

Für die britische Regierung geht es in der Tat um mehr als einen Bergarbeiterstreik. Sie hält ihn für eine sorgfältig durchdachte und langfristig geplante Herausforderung der Demokratie selbst, für den Versuch einer *großen Gewerkschaft, durch industrielle* Muskelkraft eine gewählte Regierung zu stürzen. Insofern betrachtet Mrs. Thatcher den Streik als eine direkte Bedrohung nicht nur der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Herrschaft, sondern auch der britischen Verfassung.

> „Die erste Erniedrigung der Konservativen geschah 1972, als Arthur Scargill mit dem massiven Einsatz der *Streikposten die* Regierung Heath in die Panik einer tiefen Kapitulation trieb. Der Preis war eine Lohnerhöhung von 27 Prozent . . ."

Sie verweist darauf, daß dies keine vereinzelte Konfrontation darstellt, *sondern bereits die vierte in einer* Schlachtenserie zwischen der Bergarbeitergewerkschaft und aufeinanderfolgenden konservativen Regierungen während der vergangenen zwölf Jahre. In allen drei vorherigen Begegnungen erzielten die Bergleute klare Siege. Deshalb ist es für Margaret Thatcher und ihre Partei um so wichtiger, die – wie sie inständig hofft – letzte Schlacht zu gewinnen.

Die erste Erniedrigung der Konservativen geschah 1972, als der gegenwärtige Führer der Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, mit dem massiven Einsatz von Streikposten eine wichtige Kokerei in Birmingham lahmlegte und die Regierung von Edward Heath in die Panik einer tiefen Kapitulation trieb. Der Preis waren eine Lohnerhöhung von 27 Prozent und zahlreiche andere Konzessionen.

Zwei Jahre später brachten die Bergarbeiter die Regierung Heath ganz zu Fall. Beflügelt von ihrem vorherigen Triumph, hatten sie wieder einen Streik begonnen. Diesmal erlitt (wenigstens) ein leitender Beamter einen Nervenzusammenbruch, und Heath veranstaltete unter dem Druck vieler seiner Kollegen allgemeine Wahlen, um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu prüfen. Er verlor. Margaret Thatcher, damals Erziehungsministerin, war über die verfassungsmäßigen Implikationen der Niederlage entsetzt.

Als sie 1975 anstelle von Heath die Leitung der Konservativen Partei übernahm, sagte sie einem Freund: „Dieses Kapitel ist noch nicht abgeschlossen." Sie war wie die meisten ihrer Kollegen persönlich davon überzeugt, daß die Bergarbeiter erneut eine konservative Regierung herausfordern würden und daß – wenn es dazu käme – sie unter keinen Umständen gewinnen dürften. Nach ihrem Wahlsieg 1979, der auch auf ihrem Versprechen gründete, die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden, stand sie an der Spitze dieser Regierung.

Es folgte ein Desaster. Im Februar 1981 teilte die Nationale Kohlebehörde der Gewerkschaft mit, daß sie beabsichtige, 23 unwirtschaftliche Zechen zu schließen. Während in manchen britischen Gruben Kohle zum Preis von 20 Pfund pro Tonne gefördert wurde, kostete sie in anderen mehr als 100 Pfund. Als die Bergleute mit einem Streik drohten, schien Mrs. Thatcher auf die Krise völlig unvorbereitet.

Ihr Instinkt riet ihr, standhaft zu bleiben, aber die Kohlevorräte reichten nicht aus für einen langen Streik, und die konservative alte Garde, angeführt von William Whitelaw und Lord Carrington, drängte sie, es sei klüger, nachzugeben und diesmal die Niederlage einzugestehen. Sie kündigte deshalb das Programm der Zechenschließungen und gewährte der Kohleindustrie zusätzliche 500 Millionen Pfund Subventionen.

Das war eine böse Erniedrigung, die Mrs. Thatchers beachtlichen Stolz zutiefst verwundete. Im Norden Englands tanzten die Bergleute triumphierend auf den Straßen, und einer *ihrer Anführer krähte: „Die Eiserne* Dame hat sich also als Papierdame herausgestellt." Aber Mrs. Thatcher wußte ebenso wie Arthur Scargill, daß die Regierung die Schlacht lediglich vertagt hatte. Und Margaret Thatcher – entschlossen, sich nie wieder von den Bergarbeitern besiegen zu lassen – begann sich darauf vorzubereiten.

Sie ordnete an, die Kohlevorräte um jeden Preis aufzustocken. Das war nicht schwierig, weil die Kohlebehörde viel mehr produzierte, als sie verkaufen konnte. Im März 1983 ernannte sie den brüsken, einsilbigen Amerikaner Ian MacGregor, der die britische Stahlindustrie nach einem langen Streik rationalisiert hatte, zum Vorsitzenden der Kohlebehörde. Im Juni desselben Jahres holte sie Peter Walker, einen scharfsinnigen Politiker und erstklassigen Fernsehmann, als Energieminister in ihr Kabinett. Sie wollte unbedingt harte und kompetente Generale für den Tag, an dem der Krieg ausbrechen würde.

Die Zeichen des drohenden Konflikts waren unübersehbar. Arthur Scargill, der 1981 zum Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft gewählt worden war, rief 1982 und 1983 dreimal zur Abstimmung für einen Streik auf, aber jedesmal verfehlte er die benötigte Mehrheit von 55 Prozent der Stimmen. Im Herbst 1983 versuchte er dann eine andere Taktik, indem er ein Verbot jeglicher Überstunden forderte.

Für Ian MacGregor in der Kohlebehörde bedeutete dies das klare Zeichen, daß damit ein Krieg der Zermürbung begonnen hatte. Er warnte Mrs. Thatcher, Scargill habe das Überstundenverbot gefordert, um die riesigen Kohlevorräte der Regierung zu reduzieren und später wahrscheinlich einen langen Streik zu inszenieren. Trotzdem blieb er fest entschlossen, die unwirtschaftlichen Zechen dichtzumachen, die seine Behörde mit ungeheuren Verlusten belasteten. Anfang 1984 teilte er dem Bergarbeiterführer mit, er wolle 20 Zechen unter Verlust von rund 20 000 Arbeitsplätzen schließen.

In diesem Augenblick, so entschieden die Gewerkschaftsfunktionäre, mußte gehandelt werden. Sie beschuldigten die *Kohlebehörde, sie* plane 70 Zechen unter Verlust von 70 000 Arbeitsplätzen zu schließen (was absolut falsch war und ist), und veranstalteten eine Serie von Einzelstreiks in der Hoffnung, daß daraus – ohne die eigentlich notwendige Abstimmung auf nationaler Ebene von allen Mitgliedern der Gewerkschaft – ein nationaler Streik entstehen würde.

Jetzt jedoch fühlte sich die konservative Regierung besser auf den Kampf vorbereitet. Sie hatte 24 Millionen Tonnen Kohle in den Kraftwerken auf Lager – ungefähr doppelt soviel wie 1972. Die Manager der Elektroindustrie hatten bereits Pläne entworfen, um in vielen ihrer Kraftwerke von Kohle auf Öl umzuschalten. Die Einsatzleiter der Polizei hatten Maßnahmen gegen die zu erwartenden massierten Streikposten getroffen.

Arthur Scargill seinerseits war überzeugt, daß die Waffe der massier*ten Streikposten, die ihm 1972 vor* der Kokerei von Birmingham zum Sieg verholfen hatte, wiederum triumphieren würde. Er behauptete, die Kohlevorräte der Regierung reichten nur für acht Wochen aus, und er führte seine Truppen mit dem Gesang in den Kampf: „Die Bergarbeiter werden vereinigt niemals geschlagen werden."

Das Problem bestand jedoch darin, daß *sie nicht* vereinigt waren. Im März 1984 versuchten Tausende von Streikposten aus Yorkshire, ihre Gewerkschaftskollegen in Nottinghamshire in den Streik zu zwingen. Die Männer von Nottingham stimmten dagegen mit großer Majorität für die Fortsetzung der Arbeit. Das war ein Glücksfall, den weder Ian MacGregor noch Mrs. Thatcher erwartet hatten und der Arthur Scargill beinahe das Genick gebrochen hätte. Mit der Unterstützung von 8000 Polizisten, die zum Teil aus anderen Regionen zusammengezogen wurden, und einer polizeilichen Operation, die der ausgeklügelten Streikposten-Taktik von Scargill durchaus entsprach, produzierten 40 Zechen nach wie vor mehr als 400 000 Tonnen Kohle in der Woche. Ebenso wichtig war, daß die Vorräte dieser arbeitenden Gruben der Regierung zur Verfügung standen, um die Kraftwerke zu versorgen.

Das alles bildete aber nur den Anfang. Unverdrossen suchte Scargill die Hilfe anderer Gewerkschaftsführer. Bei vielen von ihnen war er nicht gerade populär, einmal wegen seiner marxistischen Ansichten und zum anderen, weil er die Kollegen zu verachten schien. Nichtsdestoweniger liehen ihm manche linksgerichtete Anführer ihre Unterstützung, *und* Ende März untersagten die Gewerkschaften der Eisenbahner, der Transportarbeiter und der Seeleute die „Bewegung" von Kohle.

Graham Turner (52) schreibt für den „Daily Telegraph" und den „Sunday Telegraph". Er gilt als einer der *führenden Kenner* der britischen Wirtschaft und der Gewerkschaftsszene. Früher arbeitete Turner für die BBC. Er ist Autor *mehrerer Bücher*, unter anderem „Business in Britain". Turner lebt in Oxford.
FOTO: DAILY TELEGRAPH

Diese Taktik – wie manche andere in den darauffolgenden Monaten – bewirkte jedoch wenig, da die meisten gestandenen Gewerkschafter ihre Anführer nicht in einem Streik unterstützen wollten, der ihrer Ansicht nach nichts mit ihnen zu tun hatte. Kohle wurde weiterhin auf dem Schienenweg transportiert. Der Rest rollte in riesigen Flotten von privaten Lastwagen über die Straße.

Danach versuchte Scargill, bis auf die minimale Versorgung die britische Stahlindustrie von der Kohlezufuhr abzuschneiden. Er kalkulierte, daß er mit deren Schließung einen Großteil der britischen Industrie lahmlegen könnte. Wiederum setzte er sich nicht durch. Die Eisenbahner und die Transportarbeiter unterstützten ihn zwar offiziell, aber die Stahlarbeiter wehrten sich heftig gegen die Blockade. Mit der Kohlezufuhr, die trotz der militanten Streikposten über die Straße eintraf, produzierten sie mehr Stahl als jemals vor dem Streik.

Als es im vergangenen Juni den massierten Streikposten vor der Orgreave-Kokerei in der Nähe von Sheffield (wo Scargill seinen 1972er Erfolg von Birmingham wiederholen wollte) nicht gelang, die Zufuhr zu stoppen, war die Absicht der Streikführer, die britischen Stahlwerke zu stoppen, de facto vereitelt.

Als nächstes versuchte Scargill, das Land mit Hilfe der Gewerkschaft der Transportarbeiter durch die Schließung der britischen Häfen zum Stillstand zu bringen. Es gab im Juli und August zwei Docker-Streiks, aber wieder wehrten sich viele Schauerleute dagegen, in einen Streik verwickelt zu werden, der sie im Grunde nicht berührte. Mr. Scargill, argumentierten sie, könne nicht einmal seine eigene Gewerkschaft zusammenhalten. Beide Streikaktionen verliefen im Sande, ohne daß die Bergarbeiter den so verzweifelt notwendigen Sieg errungen hätten.

Zu diesem Zeitpunkt war die Frustration der streikenden Bergleute auf dem Höhepunkt angelangt, und die Fälle von Gewalttätigkeit häuften sich. Büros der Kohlebehörde wurden verwüstet; Omnibusse, die arbeitswillige Leute zu ihrer Zeche fuhren, wurden verbrannt. Weiterhin Arbeitende wurden Opfer von Angriffen und Einschüchterungen, wie man sie nie zuvor in einem britischen Arbeitskampf beobachtet hatte.

Man kippte ihre Motorräder um; man beschädigte die Bremsen ihrer Autos, so daß es zu Unfällen kommen mußte; man bedrohte sogar ihre Kinder auf dem Weg zur Schule. Die Arbeitswilligen wurden dadurch jedoch noch störrischer. Sie würden, wie sie sagten, der Gewalt nicht weichen.

Von Beginn an hatte die Thatcher-Regierung den Fortgang des Arbeitskampfes genau im Auge behalten. Ein Sonderausschuß des Kabinetts unter Vorsitz der Premierministerin selbst tritt jede Woche zusammen, um die Situation unter Kontrolle zu halten. Margaret Thatcher, das bestätigen ihre Kollegen, war dabei stets voller Entschlossenheit, eine weitere Niederlage zu vermeiden.

*Das Kabinettskomitee machte den* Managern der nationalisierten britischen Eisenbahn zur Auflage, in den Verhandlungen mit ihren eigenen Arbeitern und Angestellten sanft vorzugehen. Die Regierung wünsche nämlich nicht, gleichzeitig einen Krieg an zwei Fronten zu führen.

Mittlerweile verliefen die Dinge in der Kohlebehörde nicht gerade glücklich. Viele der langgedienten Abteilungsleiter mochten nicht die knappe Manier von MacGregor und *den Umstand, daß* er im Gegensatz zu ihnen an einem schwachen Kompromiß mit Scargill kein Interesse bewies.

MacGregor selbst mißtraute immer mehr dem Urteil seiner Untergebenen – besonders nachdem sie ihn überredet hatten, sich im Sommer 1984 auf Verhandlungen mit Scargill einzulassen, die nach seiner persönlichen Überzeugung ergebnislos auslaufen mußten.

Von seiner Natur her *ist* MacGregor ein Mann, der weniger Wert auf Verhandlungen als auf einen totalen Sieg legt. „In einem Krieg", so erklärte er kürzlich einem Besucher, „muß der Soldat schießen, um zu töten. Und leider habe ich starke persönliche Ressentiments."

Scargill hat ihn als einen „amerikanischen Metzger" bezeichnet und zudem seine Unfähigkeit des Artikulierens ins Lächerliche gezogen. Der Vorsitzende der Kohlebehörde hat ihm das nicht verziehen. Er betrachtet seinen Widersacher persönlich wie politisch als einen Teufel, der ausgetrieben werden muß.

Doch auch die Beziehungen zwischen MacGregor und Downing Street Nr. 10 sind nicht gerade glücklich. Obwohl Mrs. Thatcher hocherfreut war über einen Vorsitzenden der Kohlebehörde, der nicht zusammenschmolz, wenn es in der Küche heiß wurde, so ist sie doch von seinem Geschick in Sachen Public Relations wenig begeistert.

Nach ihrer Ansicht hat der Vorsitzer es in keiner Weise verstanden, das Anliegen seiner Behörde öffentlich zu verfechten. Als er eine Verhandlungsrunde mit den Vertretern der Bergarbeiter einleitete, stülpte er sich als theatralischen Witz eine Plastiktüte über den Kopf; Mrs. Thatcher kam das eher wie absurdes Theater vor. Im Sommer 1984 wurde MacGregor unmißverständlich aufgefordert, seine Sache doch ein wenig positiver in der Öffentlichkeit darzustellen.

Trotz dieser Zwistigkeiten erwiesen sich der Sommer und Herbst 1984 als ungünstig für Mr. Scargill. Im Juli erklärte Energieminister Walker, es seien genügend Kohlevorräte „bis Ende 1985" vorhanden, ohne Einschränkung des Stromflusses. Mittlerweile hatten die Bergleute, die keinerlei Streikgeld erhielten, festgestellt, daß sie ihre Verpflichtungen für Ratenkäufe und Haushypotheken nicht mehr einhalten konnten. Mit erstaunlichem Stoizismus hatten sie Härten in ihrem Leben erlitten und ertrugen sie immer noch.

Dann, im September, schien Hilfe zur Hand: Die Delegierten des Dachverbandes der Gewerkschaften versicherten den Bergleuten ihre Sympathie. Aus der Perspektive von Scargill resultierte daraus jedoch wiederum keine praktische Unterstützung. Die Beschäftigten in anderen entscheidenden Industriebereichen ignorier*ten per Abstimmung den Hilferuf der* Bergleute.

Nachdem alle Allianzen und Strategien zusammengebrochen waren, gerieten Scargill und seine Männer in Sorge. Im Oktober glaubte er die letzte Rettung bei der kleinen, aber strategisch wichtigen Gewerkschaft der Steiger zu finden. Die Steiger sind für die Sicherheit unter Tage verantwortlich, und wenn sie streikten, müßte die gesamte britische Kohleförderung eingestellt werden.

Aber auch diese Hoffnung schwand. Im letzten Moment zogen die Steiger ihre Streikdrohung zurück, und Scargill blieb im kalten Regen stehen. Darüber hinaus trübte sich sein Ansehen in der Öffentlichkeit, als bekannt wurde, *daß er einen* Vertrauten an den libyschen Führer Oberst Khadhafi losgeschickt hatte, um dringend benötigte Streikgelder aufzutreiben. In diesem Zusammenhang war auch die Rede von einer *Verbindung mit Moskau: Viele strei*kende Bergarbeiter wurden mit ihren Familien von sowjetischen „Brüdern" zu einem kostenlosen Urlaub in der Sowjetunion eingeladen.

Zu diesem Zeitpunkt war die finanzielle Lage der Bergarbeitergewerkschaft katastrophal. Im September hatte ein Richter des Obersten Gerichts entschieden, daß der Streik nicht offiziell sei, weil keine Abstimmung auf nationaler Ebene stattgefunden habe. Als Scargill das Gegenteil behauptete, wurden er und seine Gewerkschaft wegen Mißachtung des Gerichts bestraft. Ein Vollzieher erhielt den Auftrag, die inzwischen nach Luxemburg und Irland überwiesenen Vermögenswerte der Gewerkschaft (womit sie dem zu erwartenden Urteil hatte zuvorkommen wollen) zu beschlagnahmen.

Man wußte nun, daß die Kohlevorräte bis Ende 1985 ausreichen würden und daß Scargill sich schnell dem Ende seiner Bahn näherte. Inzwischen strömte nämlich eine unangenehm große Anzahl von Arbeitern an die Flöze zurück. Daraufhin suchten Scargill und viele seiner Kollegen nach einem Kompromiß, der ihr Gesicht wahren würde.

MacGregor hingegen blieb unerbittlich. Er beharrte darauf, daß eine Lösung des Konflikts eindeutig sein müsse, die Schließung der unwirtschaftlichen Zechen in Betracht zu *ziehen sei und* der Kohlebehörde Recht und Macht über die Industrie zustehe. Als Vorbedingung von Verhandlungen nannte er, daß Scargill schriftlich die Verpflichtung seiner Bereitschaft unterzeichnen solle, über die unwirtschaftlichen Zechen zu verhandeln – was der Gewerkschaftsführer in allen früheren Unterredungen strikt abgelehnt hatte.

Der Vorsitzende der Kohlebehörde reagierte energischer, als manche Beamte im Energieministerium und sogar Peter Walker selbst es gewünscht hätten. Diese verurteilten den hartenKurs MacGregors. Der aber meinte, anders als die meisten früheren Manager der verstaatlichten britischen Industrie, daß solche Entschei*dungen zu seiner Verantwortlichkeit* gehörten. MacGregor ist über 70 Jahre alt und in jeder Hinsicht unabhängig.

Das Ende dieses „Bürgerkriegs" in Großbritannien ist jetzt abzusehen. Mehr als 45 Prozent der Bergleute sind wieder an ihren Arbeitsplätzen. Die Kosten waren enorm, sowohl was die nationale Ökonomie als auch was die bittere menschliche Auseinandersetzung unter den Gewerkschaftsmitgliedern betrifft. Viele Kinder dieser Gemeinschaften werden durch den Disput zum Haß erzogen, so wie ihre Vorfahren in der Bitternis aufwachsen mußten, die der Generalstreik verursacht hatte.

> „Margaret Thatcher glaubt, daß der Sieg in der laufenden Auseinandersetzuung zumindest eines beweist: daß nämlich der Druck industrieller Arbeitskämpfe ihre gewählte Regierung nicht stürzen kann."

Margaret Thatcher glaubt, daß der Sieg in der laufenden Auseinandersetzung zumindest eines beweist: daß nämlich der Druck industrieller Arbeitskämpfe ihre gewählte Regierung nicht stürzen kann. Sie hofft außer*dem darauf, daß Scargills Autorität in* der Gewerkschaft durch seine ebenso unfähige wie verbissene Führung untergraben wird. Und denen, die immer noch drei zu eins auf die Bergarbeiter wetten, wird „Maggie" mit dem alten *britischen* Sprichwort entgegnen: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten."

Ob sie wirklich zuletzt lachen wird, muß man abwarten. Schließlich hat sich Scargill wohl mehr durch seine eigenen Fehler, besonders durch seine vergebliche Bemühung, die Unterstützung der Bergleute in Nottingham zu gewinnen, dem Siegeswillen von Margaret Thatcher unterworfen.

# Karibik: Wie Gromyko zur Subversion ermunterte

## Aufzeichnungen eines geheimen Gesprächs im Kreml

DW. Bonn

Geheimdokumente aus einer Unterredung im Kreml enthüllen jetzt die direkte Einflußnahme der sowjetischen Führung auf die Entwicklung der Karibik-Insel Grenada und im gesamten karibischen Raum. Es handelt sich um Aufzeichnungen eines fast zweistündigen Gesprächs im Frühjahr 1983 zwischen Außenminister Andrej Gromyko und dem damaligen marxistischen Partei- und Regierungschef Grenadas, Maurice Bishop. Zu dem Treffen war Bishop sechs Monate vor dem Staatsstreich auf der Insel, der schließlich zur Rettungsaktion der USA führte, nach Moskau geflogen.

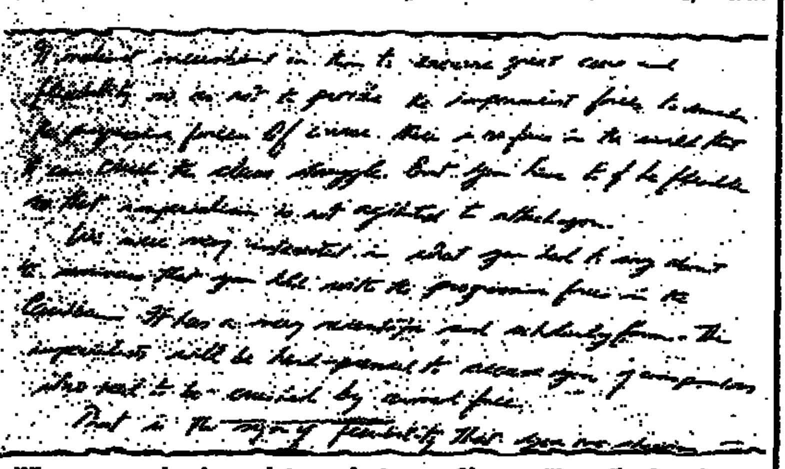
In den erbeuteten Papieren, die der WELT handschriftlich im Wortlaut vorliegen, ist der Dialog zwischen Bishop und Gromyko aufgezeichnet. Das Treffen begann am 15. April 1983 um 10.30 Uhr. Gromyko verabschiedete seine Gäste laut Protokoll um 12.22 Uhr. An der Unterredung nahmen auf beiden Seiten nur die engsten Mitarbeiter teil. Neben Bishop erschienen der damalige Außenminister des Inselstaates, Unison Whiteman, und der Botschafter Grenadas, Richard Jacobs, im Kreml. Von sowjetischer Seite verzeichnen die Notizen den stellvertretenden Außenminister Viktor Komplektow und den Leiter der Lateinamerika-Abteilung, V. Kasimirow. Die Gespräche behandelten vor allem die Situation in der Karibik, an die sich eine Einschätzung der damaligen Genfer Raketenabrüstungsgespräche durch Gromyko anschloß.

Der sowjetische Außenminister ermutigte Bishop, den Blick über die Insel hinaus auf den karibischen Raum zu richten. Daß die sowjetische Führung langfristige Erwartungen in dieser Region hegt, wobei sich der Kreml durchaus auf Rückschläge einstellt, machte Gromyko den Genossen so klar: „Nehmen Sie zum zum Beispiel Jamaika. Vor nicht allzulanger Zeit schienen sich dort die Dinge ganz gut zu entwickeln. Dann gab es einen Rückschritt. Wir betrachten dies jedoch als einen vorübergehenden Dämpfer." Der Rückschlag war erfolgt, als die Sozialisten bei den Wahlen 1980 deutlich gegenüber dem konservativen Politiker Edward Seaga, einem Freund des amerikanischen Präsidenten Reagan, unterlagen.

„Wir sind sehr daran interessiert", sagte Gromyko, zu erfahren, wie die „fortschrittlichen Kräfte" im karibischen Raum geschult werden. Gromyko hob hervor, wie wichtig es sei, vorsichtig und so flexibel wie möglich zu operieren. Er lobte Bishops Taktik als „sehr flexibel" und bemerkte offensichtlich zufrieden: „Den Imperialisten wird es schwer fallen, Sie einer Verschwörung anzuklagen, die es notwendig macht, mit Waffengewalt vereitelt zu werden."

Bishop griff die Empfehlung Gromykos, die subversiven Aktivitäten nicht nach außen sichtbar werden zu lassen, auf und erklärte: „Wir organisieren solche Zusammenkünfte (zum Zwecke der Guerrilla-Ausbildung, d. Red.) auch anläßlich umfangreicher Zeremonien an Nationalfeiertagen, wenn viele andere Leute im Lande sind." Gromyko: „Das ist ein weiterer Beweis Ihrer Flexibilität."

Was die Sowjetführung tun könne, „um die Bindungen (mit Grenada, d. Red.) zu verstärken", werde sie tun, versicherte Gromyko bei dieser vermutlich letzten Unterredung mit Bishop, der am 19. Oktober 1983 im Verlauf einer internen Machtauseinandersetzung erschossen wurde. Bishop erhielt das Versprechen, Moskau wolle das äußerste für Grenada leisten. Wenn dabei nicht immer das „Maximum" erreicht werde, werde der Kreml die Probleme genauestens untersuchen", betonte Gromyko.



**„Wir waren sehr daran interessiert, was Sie uns über die Ausbildung fortschrittlicher Kräfte im karibischen Raum zu sagen hatten." Das erklärte Gromyko im Kreml dem damaligen Partei- und Regierungschef von Grenada, Bishop. Im Bild ein Auszug des geheimen Protokolls.**

Die Dokumente geben darüber hinaus Aufschluß über die Einschätzung der 1982 begonnenen Raketengespräche zwischen der UdSSR und den USA in Genf durch den sowjetischen Außenminister. Bevor die Russen im Herbst 1983 die Verhandlungen wegen der Raketenstationierung in Westeuropa abbrachen, sagte Gromyko Bishop bereits im Aril desselben Jahres voraus, es werde keineswegs ein Übereinkommen geben. Man glaube Reagan nicht. Der ganze Zweck seiner damaligen Vorschläge bestehe doch nur darin, ein Agreement zu verhindern, erklärte Gromyko. „Sie (die Amerikaner, die Red.) schlagen einfach die Zeit tot." Reagans Ziel sei es letztlich, den Sozialismus von der Erde hinwegzufegen. Die US-Administration wolle ihre geplante Raketenstationierung auf Biegen und Brechen durchsetzen, meinte Gromyko. Er sprach abschließend die Erwartung aus, daß in Lateinamerika und in der Karibik die Politik der USA vor allem gegenüber Nicaragua „lauter und stärker" verdammt werde.

Um den Tod Bishops während der internen Machtkämpfe auf der Insel im Oktober 1983 gab es seitdem offene Fragen. Ein Verdacht richtete sich gegen Kuba und gegen die Sowjetunion, da man annimmt, daß in Moskau und Havana Zweifel über Bishops Absichten entstanden waren.

# Votum für Versenkung

## Debatte über die „Belgrano" / Heseltine belastet Ponting

REINER GATERMANN, London

Sicherer als erwartet überstand die konservative britische Regierung eine fast siebenstündige Unterhausdebatte über das argentinische *Schlachtschiff „General Belgrano"*, das während des Falkland-Krieges 1982 versenkt worden war. Die Opposition hatte der Regierung Falschinformation vorgeworfen.

Ohne Gegenstimme wurde ein Regierungsantrag angenommen, worin der Beschluß, das feindliche Schiff zu versenken, gutgeheißen und die höhere Priorität der nationalen Sicherheit und des Schutzes der eigenen Truppen gegenüber einem öffentlichen Informationsbedürfnis über die militärischen Vorgänge anerkannt wurde. Dagegen wurde der Vorwurf der Opposition, die Regierung habe ihre Informationspflicht in diesem Fall gegenüber dem Parlament und dessen außenpolitischen Ausschuß verletzt, mit 350 zu 202 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte verlief heftig, jedoch sachlicher, als nach den scharfen Wortduellen zwischen Premierministerin Margaret Thatcher und Oppositionsführer Neil Kinnock anzunehmen war.

*Verteidigungsminister Heseltine* stellte die Glaubwürdigkeit seines früheren hohen Beamten Ponting in Frage, der mit der Zusendung internen Dienstmaterials an einen oppositionellen Abgeordneten indirekt Anlaß zu dieser Debatte gab. Ponting war vor Gericht freigesprochen worden, das Staatsinteresse verletzt zu haben. Heseltine legte anhand eines chronologischen Handlungsablaufes im Ministerium ab März 1984 dar, daß Ponting lange für eine weitgehende Geheimhaltung plädiert habe. Später habe er seinen Standpunkt geändert, ohne dies seinen Vorgesetzten mitzuteilen, *sondern einem Oppositions*politiker. Dies sei ein gravierender Vertrauensbruch.

Daß auch heute noch nicht alle Einzelheiten der militärischen Kriegseinsätze veröffentlicht werden können, begründete *Heseltine mit* der naheliegenden Möglichkeit, daß Argentinien daraus Rückschlüsse auf die Verteidigungsstrategie Großbritanniens für die Falkland-Inseln und auf die „sensitiven" Informationsquellen der Briten während des Krieges ziehen könnte.

Nach Auffassung des verteidigungspolitischen Sprechers der Labour Party, Denzil Davies, hat die Regierung das Parlament irregeführt, um sich selbst zu schützen. Es bliebe die Frage, warum behauptet wurde, die „Belgrano" sei auf dem Weg in die Sperrzone gewesen, wobei sie sich von ihr *entfernte*, wer *den Befehl zur* Versenkung durch das U-Boot Conqueror gab, und wann London von dem peruanischen Vermittlungsvorschlag erfuhr, vor oder nach der Torpedierung.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Schröder tritt für Entsorgung in Gorleben ein

PETER PHILIPPS, Bonn

Der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat, Gerhard Schröder, hat sich jetzt in die Auseinandersetzung um die Lagerung und Wiederaufarbeitung von Kernbrennstäben eingeschaltet und dabei sowohl Kritik am Ministerpräsidenten Ernst Albrecht geübt als auch Distanz zu Teilen der SPD wie zu den Grünen erkennen lassen. In Lüchow-Dannenberg betonte er, daß sich „niemand auf die SPD berufen kann, wenn er Widerstand gegen das Zwischenlager" für Kernbrennstäbe „in Gorleben leistet, solange es keine begründeten Sicherheitsbedenken gibt". Im Gegensatz zu anderslautenden Äußerungen aus den Reihen der Sozialdemokraten wie der Grünen, denen er im Falle eines entsprechenden SPD-Erfolgs eine Koalition nach der Landtagswahl 1986 angeboten hat, sagte Schröder, „daß wir mittelfristig mit der Kernenergie leben müssen". Sie sei eine „Übergangstechnologie". Deshalb dürften sich die Verantwortlichen auch nicht „um eine Lösung der Entsorgungsfrage drücken" oder „sich darauf verlassen, daß andere unsere Probleme lösen". Es sei „unverantwortlich, eine nationale Lösung nicht ins Auge zu fassen".

Dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht *warf er* in diesem Zusammenhang „taktische Spielereien" vor: Wenn in einem „offenen Verfahren" nach „vorher formulierten Sicherheitskriterien" ein „sicherer Standort" gefunden werde, dann werde die SPD „ihn auch durchsetzen". Damit bezog sich Schröder auch auf frühere Äußerungen Albrechts, daß ein Endlagerungs-Standort Gorleben „derzeit politisch nicht durchsetzbar" sei.

Die Vorstellung, die Nutzung der Kernenergie könne kurzfristig beendet werden, ist nach Ansicht des SPD-Politikers „irreal". Denn „solange alternative Energieträger keine Versorgungssicherheit garantieren können, wird die Kernenergie eine Rolle spielen – und das für längere Zeit, als die einen hoffen und die anderen fürchten". Die Brütertechnologie sei zwar nach seiner Meinung „ökonomisch unsinnig und umweltpolitisch gefährlich", auch die Wiederaufarbeitung lehne er ab, aber die Möglichkeiten einer Endlagerung beispielsweise in Gorleben müßten „weiter untersucht werden. Stellt sich heraus, daß Verfahren und Standort geeignet sind, dann muß die Endlagerung dort gemacht werden". Eine „Politik nach dem Sankt-Florians-Prinzip" lehne die SPD ab.

# Rabin lehnt überhasteten Rückzug ab

AP, Jerusalem

Israel wird nach den Worten seines Verteidigungsministers Yitzhak Rabin den Beginn der zweiten Phase des Rückzugs seiner Besatzungstruppen aus Südlibanon vom Verhalten Syriens abhängig machen. Rabin versicherte jedoch in einer Rede vor Mitgliedern des Weltrates der Synagogen, daß der Kabinettsbeschluß über den Rückzug auf jeden Fall eingehalten werden solle.

In einem von der Zeitung „Haaretz" veröffentlichen Interview lehnte Rabin dennoch jeden „hastigen" Rückzug ab und fügte hinzu: „Wir wollen erst einmal sehen, was sich in dem Terrain tut und wie sich die Syrer verhalten, bevor wir den nächsten Schritt im Kabinett zur Sprache und zur Abstimmung bringen." In der zweiten der drei Phasen sollen sich die israelischen Truppen aus dem östlichen Teil Libanons zurückziehen, wo sie von den im Bekaa-Tal stationierten syrischen Streitkräften unmittelbar bedroht sind. Die erste Phase, der Rückzug aus dem Bereich Sidon auf eine 40 Kilometer südlich gelegene Linie, war am Samstag vollzogen worden. Rabins Äußerungen schienen sich gegen Mutmaßungen zu richten, daß der gesamte Abzug der israelischen Truppen binnen drei Wochen abgeschlossen sein könnte.

Rabin kündigte an, Israel werde militärische Schläge gegen die libanesischen Guerrillas führen, falls sie im Grenzland ähnliche Artilleriepositionen einrichten sollten, wie sie früher die palästinensischen Kampfgruppen hatten. Israel werde jede Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Lage, wie sie vor dem Juni 1982 in Libanon geherrscht habe, zunichte machen.

## Übertragungsfehler

DW. Bonn

In dem Aufsatz von Lothar Rühl „Pro: Tun wir nichts, haben wir 1994 das älteste Offizierskorps im Bündnis" (WELT v. 18. 2.) hat es einen Übertragungsfehler gegeben. Der erste Satz im zweiten Absatz muß heißen: „Die Bundeswehr hat schon heute die ältesten Bataillonskommandeure und Einheitsführer der NATO-Streitkräfte. So nimmt sie eine Entwicklung, die der Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsbereitschaft ernsten Schaden zufügen kann."

Die verstümmelte Zeile hieß: „Die Bundeswehr hat und Einheitsführer. So nimmt sie eine Entwicklung. . ."

# „Zivildienst kann man nicht wählen"

**Neues Recht „ein wichtiger Beitrag zum inneren Frieden" / WELT-Gespräch mit Peter Hintze**

ULRICH REITZ, Bonn

Die Novelle zum Wehrdienstverweigerungsrecht hat zu einer deutlichen *Verbesserung des Verhältnisses* der Wehrdienstverweigerer zum Staat geführt. Und das, obwohl die Kriegsdienstverweigerer nun einen um ein Drittel längeren Zivildienst ableisten müssen. Diesen Erfolg führt der Bundesbeauftragte für den Zivildienst Peter Hintze in erster Linie auf den Wegfall der mündlichen Gewissensprüfung für die ungedienten Erstantragsteller zurück.

An diesem positiven Eindruck könne, so Hintze in einem Gespräch mit der WELT, auch der Anstieg der Anträge auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer um 2,8 Prozent im Januar im Vergleich zum Januar 1983 nichts ändern. Der Januar sei auch in den vergangenen Jahren ein „starker Monat" gewesen. Davon auf eine Trendumkehr – 1984 waren die Anträge um ein Viertel zurückgegangen – zu schließen, hält der ehemalige evangelische Pfarrer für verfrüht. Für dieses Jahr erwartet Hintze „eine Spitze von etwa 50 000 Zivildienstleistenden". Ihnen stünden rund 65 000 Plätze zur Verfügung. „Damit ist klar, daß ein anerkannter Antrag auch tatsächlich den Zivildienst als Dienstpflicht zur Folge hat", erklärte Hintze weiter.

Wenig Verständnis zeigt der Bundesbeauftragte für die Verfassungsklage der SPD gegen die Novelle. „Selbstverständlich halte ich die jetzige gesetzliche Regelung für verfassungskonform", stellte er klar, „ohne jedoch damit dem Urteil der Karlsruher Verfassungsrichter vorgreifen zu wollen." Dem Vorwurf der Sozialdemokraten, ein um fünf Monate längerer Zivildienst als der Wehrdienst verstoße gegen die verfassungsmäßige Gleichrangigkeit von Wehr- und Ersatzdienst, widerspreche die Rechtsprechung der Verfassungsrichter aus dem Jahr 1978. Damals hatte Karlsruhe *eine Zivildienstdauer von* bis zu 24 Monaten für verfassungskonform erklärt.

Die Kritik der Opposition, die Gewissensprüfung sei in Wirklichkeit nicht abgeschafft, widerlegt Hintze mit der tatsächlichen Abwicklung der Anträge: „Für den Zeitraum vom 1. Januar 1984 bis zum 15. Februar 1985 hatten wir beim Bundesamt für den Zivildienst über 27 000 Anerkennungen. Dem standen 68 Ablehnungen gegenüber. Zwei Fälle sind an den Ausschuß überwiesen worden." Diese Zahlen (95 Prozent aller Anträge) machten deutlich, daß jeder, der sich bei seinem Antrag auf grundgesetzlich geschützte Gründe berufe, auch tatsächlich anerkannt werde.

Abgelehnt würden nur die, die den Zivildienst als gleichrangige Option neben dem Wehrdienst mißverstünden. „Es gibt aber kein Wahlrecht zwischen Wehr- und Ersatzdienst", erklärte Hintze.

Bis zum Ende dieses Jahres wird die Bundesregierung dem Parlament einen Erfahrungsbericht über das Gesetz vorlegen und – schneller als geplant – auch einen Gesetzentwurf für eine endgültige Fassung der bis 1986 befristeten Regelung. Bereits heute steht jedoch für Hintze fest, daß das Gesetz „einen wichtigen Beitrag zum inneren Frieden in der Bundesrepublik *Deutschland*, besonders im Verhältnis der betroffenen Jugendlichen zum Staat, geleistet hat". Das alte Anerkennungsverfahren und die oft erste Begegnung mit dem Staat sei für viele Jugendliche eine „starke seelische Belastung" gewesen, die das neue Verfahren, in dem die Dauer des Zivildienstes die Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung sei, verhindere. Die Akzeptanz des Gesetzes bei den Jugendlichen sei „außerordentlich groß".

Die Anträge werden nun in zwei Monaten bearbeitet. „Einen Anerkennungsstau wird es nicht mehr geben", versprach Hintze. Das Gesetz sei „die bestmögliche Regelung, die gefunden werden konnte".

## Geht Atommüll in die Sowjetunion?

AP, Wien

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz *hat das sowjetische* Angebot, österreichischen Atommüll in der Sowjetunion endzulagern, grundsätzlich begrüßt. Vor dem Hintergrund der von ihm ausgelösten Diskussion über die Inbetriebnahme des nach einer Volksabstimmung seit *1978* „eingemotteten" einzigen österreichischen Kernkraftwerks in Zwentendorf sagte Sinowatz gestern in Wien, es handele sich um ein „seriöses Angebot", das an keinerlei Bedingungen geknüpft sei. Außenminister Andrej Gromyko hatte Österreich das Angebot schriftlich unterbreitet. Allerdings müsse noch konkret verhandelt werden, sagte Sinowatz. Aus der Volksrepublik China liege ein weiteres Angebot vor.

Sinowatz hat eine neue Volksabstimmung über das Kernkraftwerk angeregt. Er hofft auf Stimmen aus der oppositionellen Volkspartei (ÖVP) für die Öffnung Zwentendorfs, nachdem sich eine Lösung des Problems der Endlagerung abzuzeichnen scheint.

## Schweden rügt „DDR"-Visapraxis

DW. Stockholm

Schweden erwartet von der „DDR" Maßnahmen gegen den ständig wachsenden und unkontrollierten Strom von Flüchtlingen aus Drittländern, die mit einem „DDR"-Transitvisum Asyl in Schweden suchen. Der Staatssekretär im Außenministerium, Pierre Schori, hat den „DDR"-Botschafter in Stockholm, Manfred Schmidt, zu sich gerufen und mündlich gegen die Untätigkeit der „DDR"-Behörden protestiert. Schori habe seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß die „DDR" Flüchtlingen, unter anderem aus Iran und Irak, Transitvisa aushändige, ohne vorher kontrolliert zu haben, ob diese ein schwedisches Einreisevisum vorweisen können, bestätigte ein Sprecher des Außenministeriums. Im vergangenen Jahr seien 2400 Asylsuchende über die „DDR" nach Schweden gekommen, von denen 900 keinen gültigen Paß gehabt hätten. In den ersten Wochen dieses Jahres seien die Vorjahresziffern schon fast erreicht worden. Diese Situation sei nach Worten Schoris unakzeptabel.

## Die FDP soll „mutiger werden"

hey. Bonn

Die FDP muß nach den Worten *ihres stellvertretenden Vorsitzenden* Gerhart R. Baum „mutiger werden" und eine größere Themenpalette abdecken. Sie dürfe sich nicht nur als „Wirtschaftspartei" präsentieren. Vier Tage vor dem Parteitag zeigt er sich zufrieden, daß das „Profil" der *Liberalen* „geschärft worden" sei. Dies sei auch durch Angriffe der CDU/CSU in der Innen- und Rechtspolitik geschehen. Er befürchtet, daß es kaum noch in der Koaliton unstrittige Themen gibt.

Als Leiter des FDP-Bundesfachausschusses Innen und Recht kritisierte er erneut, daß der von den Rechtsexperten der Koalition vereinbarte Kompromiß zum Demonstrationsstrafrecht von der Union zurückgewiesen wird. Solche Beratungen würden an Wert verlieren, wenn die Ergebnisse hinterher abgelehnt würden. Beim Asylrecht wolle er mit Ausnahme einer Verfassungsänderung über jeden Änderungsvorschlag sprechen. Anlaß zur Überprüfung seien die gestiegenen Bewerberzahlen.

# Klassenfahrt endete nun doch mit „Denkzettel"

**Schulverein: Fluchthilfe gefährdete die Begleiter**

BERND HUMMEL, Eschwege

Statt Anerkennung gab es Ärger, anstelle einer Belobigung ist nun eine Bestrafung vorgesehen: 13 Schülerinnen und Schüler der Marburger Privatschule „Steinmühle", die am 28. Dezember vergangenen Jahres bei der Rückfahrt von einer Klassenfahrt in die „DDR" einen jungen Deutschen von den „DDR"-Grenzposten unbemerkt in die Bundesrepublik Deutschland brachten, sollen dafür einen „Denkzettel" erhalten. Dies nicht etwa auf Betreiben der Schulleitung, die die beteiligten Jugendlichen zunächst unter massiven Druck gesetzt hatte, sondern nun nach dem Willen des Schulvereins des privaten Landschulheims.

*Der* Vorsitzende dieses Gremiums, Gerhard Paetzold, erklärte, der durch die Schüleraktion entstandene interne Konflikt sei im Interesse aller Beteiligten gelöst worden, man sei sich einig, „daß weitere Auseinandersetzungen gleich welcher Art für Schüler, Eltern und *Lehrer* nur belastend und damit schädlich sind". Vor diesem Hintergrund erscheine es konsequent, daß auf die Disziplinarstrafen, die nach einer tribunalartigen Anhörung der betroffenen Schülerinnen und Schüler ausgesprochen wurden, nun doch verzichtet werden soll. Doch ganz ohne Bestrafung, meint der Schulverein, könne es nicht abgehen.

Zwar teilte der Vorsitzende des Schulvereins im Anschluß daran der Öffentlichkeit in einer Erklärung mit, die Schüler seien nicht mehr mit der Androhung des Schulverweises belegt, der zweithöchsten Disziplinarstrafe, die überhaupt möglich ist. Aufgehoben sei auch die von der Schulleitung ausgesprochene Empfehlung *an die Eltern, ihre Kinder von der* Schule zu nehmen.

## Strafe: 16 Stunden Arbeit

Aber: Dafür müßten die Schüler außerhalb der Schule 16 Stunden in einer sozialen Einrichtung arbeiten. Derlei Auflagen – das weiß man beim Schulverein – sprechen Jugendrichter üblicherweise im Rahmen der Jugendgerichtsbarkeit aus. Nicht wegen „des Tatbestands der Fluchthilfe, sondern wegen der Gefährdung der Mitschüler, Lehrer und Begleiter" hätten sich Eltern, Schulverein und Schule für diese Maßnahme entschieden. Paetzold glaubt, dies hätten die beteiligten Schüler erkennen müssen. Wörtlich: „Eine Disziplinlosigkeit, denn wären die Schüler im eigenen Pkw gefahren und hätten jemand mitgebracht, dann hätte niemand dazu etwas gesagt."

Daß es nun doch zu einer Bestrafung für eine Tat kommt, die in der *Rechtsprechung der Bundesrepublik* Deutschland nicht strafbar ist – nur die „DDR" ahndet die sogenannte Fluchthilfe –, hat für den Vorsitzenden des Schulvereins damit einen erzieherischen Hintergrund. Paetzold: „Pädagogische Gründe".

## „Respekt vor der Tat"

Auf der Rückfahrt von Weimar hatten 13 der insgesamt 39 Jungen und Mädchen der Klasse 11 der „Steinmühle"-Schule einen 25jährigen aus der „DDR" im Omnibus versteckt und waren trotz strenger Grenzkontrollen unbehelligt mit ihm in den Westen gelangt. Im nachhinein hatte sich dann die Schulleitung über die Gefährdung von Lehrern, Begleitpersonal und Schülern empört. Und einer der Lehrer verkündete gar per Aushang am „Schwarzen Brett", daß er sich so lange weigere, die Klasse zu unterrichten, wie in ihr „Fluchthelfer" seien.

Einzig die CDU-Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf setzte sich öffentlich für die Schüler ein, und wollte am Wochenende im Rahmen einer großen Anfrage vom Kreisausschuß wissen, wie es denn um die politisch-moralische Wertung des Falles stehe. Das, was sich die Fraktion durch ihre Anfrage vorgenommen hatte, nämlich, zu einer umfassenden Würdigung des Sachverhalts beizutragen, gelang. Freilich: Es waren vor allem Sprecher der CDU-Fraktion, die zu einer anerkennenden Wertung des Falles kamen. Der Kreistagsabgeordnete und CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Bohl wörtlich: „Trotz der Gefahr, die für alle Beteiligten bestand, war dies eine Tat, die unser aller Respekt verdient." Und Kreistagsvorsitzender Walter Troelsch (CDU) wandte sich an den jungen Mann aus Weimar: „Ich wünsche Ihnen von Herzen ein gutes Leben bei uns."

Was den 25jährigen „DDR"-Flüchtling, den die Debatte um seine Flucht in den vergangenen Wochen wohl eher verwirrt hatte, veranlaßte, ganz gegen das Reglement von der Zuhörerbank im Kreistag das Wort zu ergreifen. Der junge Mann sagte nur ein Wort: „Danke".

# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Medizinerinnen nach 1933*

**„Vom Amte verbannt, zur Arbeit verpflichtet"; Geistige WELT vom 9. Februar**

„Die freie Ausübung des Arztberufes wurde ihnen (den Frauen) untersagt. Ab 1935 galt das Berufsverbot auch für Zahnärztinnen." Woher nimmt Frau Professor Thalmann ihre „wissenschaftlich fundierte Gesamtschau"?

Meine Frau, Abitur Ostern 1939, konnte ohne Behinderung ihr Medizinstudium beginnen; ich selbst erinnere mich aus meiner Studienzeit an Scharen von Kommilitoninnen, auch älterer Semester, deren Studium vor dem Krieg lag. Hat man diese Damen Studienplätze belegen lassen, um ihnen nachher Berufsverbot zu verordnen?

Es mag sein, daß im Zusammenhang mit der (bis 1960!) limitierten Zulassung zur Kassenpraxis und weltwirtschaftskrisenbedingten Bestimmungen gegen sogenanntes „Doppelverdienen" (die es auch in *anderen Ländern gab*) Ärztinnen zeitweilig nicht zur Kassenpraxis zugelassen wurden.

Hitlers kleinbürgerliche Einstellung zur emanzipierten Frau steht hier nicht zur Diskussion und auch nicht der Katalog seiner bösen Ab*sichten. Was immer Hitlers Absichten* waren, die Fakten erzwangen oft eine andere Wirklichkeit. In einer historisch fundierten Gesamtschau sollte die Wirklichkeit nicht zu kurz kommen.

Ein Nachgeborener muß aus dem *oben zitierten Satz herauslesen, daß* im Dritten Reich der Arztberuf für Frauen verboten war. So darf man mit Tatsachen nicht umgehen.

Das gilt vielleicht nur für den Text der Rezension und nicht für den Text der Autorin. Immerhin.

*Dr. F. Macha, Ratingen*

*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

leider enthält der Artikel gravierende Irrtümer – ob von der Autorin des besprochenen Buches, Frau Prof. Rita Thalmann, oder von der Rezensentin, Esther Knorr-Anders, zu verantworten, kann ich nicht beurteilen.

Ich habe von 1934 bis 1939 an den Universitäten Hamburg und München studiert und promoviert und kann aus eigener Kenntnis versichern, daß während dieser Zeit und später Ärztinnen und Lehrerinnen in großer Zahl ausgebildet wurden und danach selbstverständlich praktizieren bzw. unterrichten konnten. An der Universität Hamburg lehrte zu meiner Zeit Frau Prof. Marie Schütt, eine Anglistin. Ich selbst wurde bis in die Nachkriegszeit hinein von einer *älteren Zahnärztin, die auch vor 1945* keinerlei Beschränkungen unterlag, behandelt.

Wahrscheinlich ist hier etwas verwechselt worden. Ein Beispiel: Wegen schwerer finanzieller Notlage und wachsender Arbeitslosigkeit wurde *1929* in Sachsen ein Personalabbaugesetz erlassen, wonach Mann und Frau nicht mehr gleichzeitig als Beamte beschäftigt werden durften. So wurde Frau Dr. Else Ulich-Beil, die Gattin des Ministerialrats und Professors an der Technischen Hochschule Dresden, Dr. Robert Ulich, als Regierungsrätin im Sächsischen Innenministerium mit einer einmaligen Abfindung aus dem Staatsdienst entlassen – 1929, lange vor 1933 also! Man sprach damals von „Doppelverdienern", von denen die Frau zugunsten eines oder einer Arbeitslosen verzichten sollte.

Richtig ist dagegen, daß 1933 nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten vielfach Frauen aus leitenden Stellungen entfernt, etwa Schulleiterinnen in Hamburg durch männliche Kollegen ersetzt wurden, allerdings als Lehrerinnen weiterhin unterrichten durften.

*Mit freundlichem Gruß*
*Dr. Ilse Westphalen, Oberstudienrätin i. R. Hamburg 76*

## *Dünn besiedelt*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in der WELT war kürzlich zu lesen, daß die Bevölkerungszahl von Frankreich im Wachsen begriffen sei und sich der der Bundesrepublik nähere.

Hier darf man keine Vergleiche anstellen, da dadurch ein völlig falsches Bild entstehen würde: Frankreich ist nach Rußland das flächenmäßig *größte Land Europas und hat* (lt. *Fi*scher-Weltalmanach 1984) eine Bevölkerungsdichte von 99 Menschen je Quadratkilometer – die Bundesrepublik jedoch 248 Menschen je Quadratkilometer – ist also im Vergleich zu uns nur dünn besiedelt.

Hieraus ergeben sich auch völlig getrennte Einstellungen zu den verschiedenen Umweltfragen.

*Mit freundlichen Grüßen*
*D. Stieler, Freiamt*

## *Steuerreform*

**„Steuerreform für 90er Jahre geplant"; WELT vom 30. Januar**

*Sehr geehrte Redaktion,*

die Senkung des Steuersatzes von 56 Prozent auf eventuell 36 Prozent ist nichts anderes, als jetzt schon das Fundament zu legen, 1987 wiedergewählt zu werden.

Glaubwürdig wird eine Steuerreform nur dann, wenn wir an der bewährten Progression schon festhalten wollen, falls diese an den Lebensindex angeschlossen wird. Dies bedeutet, daß vor allen Dingen der kleine Mann eine Steuerentlastung erfährt und damit eine höhere Leistungsbereitschaft der Gesellschaft anbietet. Dem, der in den Spitzensteuersatz von 56 Prozent kommt, tut es nicht so weh, die hohen Steuern zu bezahlen, wie dem Mann, der 24 000 Mark im Jahr als Junggeselle oder 48 000 Mark als Verheirateter verdient. In diesem Bereich muß Entlastung eintreten, und dies kann nur auf die ehrliche Weise geschehen, daß die Einstiegsprogression an den Lebensindex angeschlossen wird.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Ch. Weidlich, Berlin 62*

## *Wucherungen*

**„Immer wieder Beitragserhöhung gegen den Infarkt"; WELT vom 6. Februar**

Das Rentensystem und die gesetzliche Krankenversicherung sind das Herz unserer demokratischen Gesellschaft. Versagen sie, so *bedeutet das* für sie den Infarkt, wie Sie richtig sagen. Das sollte als Motto wochenlang über den Überschriften unserer Zeitungen stehen und als tödliche Diagnose jede Stunde vom Fernsehen und Rundfunk gesendet werden.

Um bei der Medizin zu bleiben: In Wirklichkeit handelt es sich um Wucherungen, die beseitigt werden können, allerdings durch Schnitte, für die uns die Chirurgen fehlen. In der Renten- und Krankenversicherung herrscht die bequeme Gefälligkeitsroutine, die das Taschenfüllungssystem (keine Korruption) für Kuraufenthalte, Kurheime, Ärzte, Apotheker, chemische Industrie usw. am Laufen hält. Wenn die Rentenversicherung bei 160 Milliarden Ausgaben und die Krankenversicherung bei Ausgaben von 100 Milliarden je 3 Milliarden Defizit haben, so können beide nach Verwaltungserfahrung dieses Defizit und mehr einsparen, wenn sie den Mut dazu haben und die Männer, die bereit sind, überall anzuecken. Aber diese gibt es nicht. Es gibt nur Funktionäre, die darauf bedacht sind, sich Freunde und keine Feinde zu verschaffen.

Die Bundesregierung muß daher durch Gesetz einen parteilosen Sparkommissar bestellen, der befugt ist, zu kontrollieren – es wird Erstaunliches dabei herauskommen –, zu brandmarken und Abhilfe zu schaffen. Seine Maßnahmen können nur von einem Bundesgericht aufgehoben werden.

*W. Haegert, Berlin 41*

## Wort des Tages

„Der Vorteil der Klugheit besteht darin, daß man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwieriger."

Kurt Tucholsky; deutscher Autor (1890–1935)

## *Verkehrsgewerbe*

**„Auf alten Wegen"; WELT vom 28. Januar**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

der Verfasser dieses Artikels, der mit Mk. zeichnet, begrüßt, daß der Zu- und Ablauf zu den deutschen Seehäfen durch das Straßenverkehrsgewerbe in Zukunft tarifbegünstigt werden soll. Hiermit sei auch der Bundesverkehrsminister einverstanden.

In seinem Artikel schreibt der Verfasser weiter, daß nicht die Tarife für das Gewerbe, sondern die Erhaltung des Ordnungsrahmens entscheidend gewesen sei. Diese Tatsache soll nicht bestritten werden, denn ohne den geltenden Ordnungsrahmen würde der ganze Straßenverkehr in ein Chaos münden.

Nachdem der Bundesbahn *sowieso* schon von der Bundesregierung aus mehr grünes Licht für teilweise freie Tarife gegeben wurde, hat das Straßenverkehrsgewerbe Mühe und Not, über die Runden zu kommen, d. h. zu den jetzt geltenden Tarifen und den ständig steigenden Kosten – man denke nur an den Dieselpreis – überhaupt noch eine Rentabilität zu erzielen.

Dieses mittelständische Gewerbe braucht einen staatlichen Schutz, da es *sonst einfach nicht* existieren kann. Aber können Sie sich, verehrter Verfasser dieses Artikels, eine florierende bundesdeutsche Wirtschaft ohne Straßenverkehr vorstellen?

*G. A. Vrancken, Krefeld*

## *„Unterhaltselend"*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

die Aufforderung der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Däubler-Gmelin zu einer Briefaktion sowie die von Frau Dr. Wiegmann zum „Unterhaltselend" geschiedener Frauen gelieferten Zahlen sind in Wahrheit eine Bankrotterklärung. Schließlich war das umstrittene Ehescheidungsgesetz des Jahres 1977 eine Schöpfung der SPD/FDP-Koalition. Warnende Stimmen gab es damals genug.

Es war ja unschwer vorauszusehen, daß nur eine ganz dünne Oberschicht die Halbierung von Einkommen und *erworbenem Vermögen bei einer* Scheidung verkraften würde.

Das „Sonderangebot" Sorgerecht/Unterhalt – auch bei Fehlverhalten und Konkubinat – war für schwache Charaktere einfach verlokkend. An das Wohl der Kinder und an deren mögliche seelische Schädigung wurde kaum gedacht. Die Vermarktung der Kinder – das ist die eigentliche Tragödie. Schutzlos mußten viele gegen ihren Willen den Weg in die vaterlose Gesellschaft antreten. Die Gleichberechtigung der Männer und der Schutz der Kinder – im Grundgesetz garantiert – standen offensichtlich nur auf dem Papier.

Verbissen hält nun die SPD an dem Gesetz fest. Völlig ignoriert wird dabei offensichtlich das Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 14. 7. 1981 (1 BvL 28/77 u. a., Seiten 31–35), worin ausführlich dargelegt wird, daß Fehlverhalten in der Ehe, worunter auch die Mitnahme von Kindern und Zuwendung zu einem anderen Partner verstanden wird, nicht prämiert werden darf.

*Mit freundlichem Gruß*
*Irene Reimann, Waldkraiburg*

## *Unkenntnis*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in einer Reihe von Artikeln in der deutschen Presse sowie im 1. und 2. Fernsehen betreffend die Oder-Neiße-Grenze zeigt es sich, daß zahlreiche Reporter hinsichtlich des Problems der Oder-Neiße-Linie gänzlich unorientiert sind. Von der völkerrechtlichen Situation, welche die Alliierten seinerzeit festlegten, nämlich daß über die Gebiete östlich von Oder und Neiße erst in einem Friedensvertrag *entschieden werden könne* – vorher stünden dieselben unter polnischer Verwaltung –, wissen die meisten Reporter überhaupt nichts.

*Mit freundlichen Grüßen*
*W. Koch-Heintzeler, Stuttgart 1*

# Personalien

## GEBURTSTAG

Der Begründer der Kanada- und Mittelmeerforschung am Geographischen Institut der Universität Marburg, Professor Dr. **Carl Schott**, feierte in Marburg seinen 80. Geburtstag. Der Wissenschaftler, der nach einer Lehrtätigkeit an der Universität Breslau von 1955 bis zu seiner Emeritierung 1970 den Lehrstuhl für Geographie an der Marburger Universität innegehabt hat, gilt als einer der herausragenden deutschen Geographen seiner Generation. Noch als Student hat Carl Schott an der berühmten Spitzbergen-Expedition des Glazialgeologen (Glaziologie: die Wissenschaft von der Entstehung und Wirkung des Eises und der Gletscher; die Redaktion) **Gripp** teilgenommen.

## AUSWÄRTIGES AMT

Der bisherige Generalkonsul in Atlanta, **Harald Norbert Nestroy**, geht als neuer deutscher Botschafter nach Costa Rica. Der Diplomat, *Jahrgang 1938, Jurist, gehört seit* 1964 dem Auswärtigen Dienst an. Er war in Neu-Delhi eingesetzt, in Bogota und leitete die Botschaft in Brazzaville. Seit 1982 war er Generalkonsul für die Südstaaten der USA in Atlanta im Staate Georgia.

## AUSZEICHNUNGEN

Professor Dr. **Alfred Klose**, langjähriger Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Bundeswirtschaftskammer Wien, wurde mit dem Dr. Hermann Lindrath-Preis ausgezeichnet. Vergeben wird der Preis von der Hermann Lindrath-Gesellschaft in Hannover der „Internationalen Vereinigung für Gesellschaftspolitik und Vermögensbildung". Zur Preisverleihung im Hotel Sacher in Wien hatte der Vorsitzende der Gesellschaft, **Carl Doehring**, auch die beiden früheren Präsidenten der österreichischen Nationalbank, Professor Dr. **Reinhard Kamitz** und Dr. **Wolfgang Schmitz**, *eingeladen.*

*

Das Bundesverdienstkreuz am Bande erhielt Pater **Erich Rommerskirch**, Ehrenvorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Marburg. Dr. **Christa Czempiel**, Bevollmächtigte des Landes Hessen in Bonn, hat dem 81jährigen Pater den Orden überreicht. Sie würdigte hierbei das Wirken des Geistlichen um die christlich-jüdische Verständigung und erinnerte an sein Engagement für die Menschen in Marburg-Waldtal. Besondere Verdienste hat sich Pater Erich Rommerskirch um den Aufbau der katholischen Kirchengemeinde Liebfrauen in Marburg erworben.

## KIRCHE

Schwester **Anna Franziska Salesia Kloos** ist zur neuen Äbtissin des Benediktinerklosters St. Walburg in Eichstätt gewählt worden. Die 44jährige *Lehrerin, die aus* Leutkirch im Allgäu stammt, ist die fünftjüngste Schwester des Konvents, dem sie seit 1966 angehört. Sie tritt als 59. Äbtissin die Nachfolge von **Maria Anna Augustina Weihermüller** OSB an, die vor einem Monat *im Alter von 84 Jahren* ihr Amt niederlegte. Anfang Mai soll die neue Äbtissin die Weihe erhalten.

## WAHL

Die Delegierten der Landesversammlung der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde Hessen haben ihren langjährigen Vorsitzenden **Richard Hackenberg** zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Nachfolger Hackenbergs und neuer Landesvorsitzender wurde der 48jährige Landtagsabgeordnete **Rudolf Friedrich**.

## VERANSTALTUNG

*Beim Jahresempfang der Deut*schen Angestellen-Gewerkschaft (DAG) begrüßte Bundesvorsitzender **Hermann Brandt** rund 100 Gäste im Hamburger Anglo-German-Club. An dem traditionellen Treffen von Vertretern von Politik und Wirtschaft nahmen unter anderem Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** (SPD), Bürgerschaftsvizepräsident **Rolf Kruse** (CDU), der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Volker Rühe**, Kultursenatorin **Helga Schuchardt**, **Elsbeth Weichmann**, der Schriftsteller **Gabriel Laub**, Kammerspielintendantin **Ida Ehre**, der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor **Dieter Klauß**, sowie der Hamburger Universitätspräsident **Peter Fischer-Appelt**, die ehemaligen Hamburg-Vertreter beim Bund, **Jürgen Steinert** und **Günter Apel**, sowie der Hamburger SPD-Vorsitzende **Ortwin Runde** teil.



## Signale für Amerika

**ed.** – Die Bundesbank skizziert in ihrem Monatsbericht ein Konjunkturbild – kräftiges Wirtschaftswachstum ohne inflationäre Spannungen trotz des hohen Dollarkurses – das fast einem Idealzustand nahekommt, gäbe es nicht nach wie vor eine Arbeitslosigkeit, die sich allerdings auch bei mehr Wachstum nicht unter die Schmerzgrenze reduzieren läßt und hinterließe nicht der Winter Bremsspuren, die sich allerdings mit dem Abziehen des Frostes wieder verwischen werden.

Auffallend ist, wie sehr die Bundesbank in ihrem Monatsbericht die starke Dynamik der deutschen Wirtschaft – 3,5 Prozent Pro-Kopf-Wachstum des Bruttosozialprodukts und damit mehr als die gebräuchliche Statistik aussagt – herausstellt. Dies geschieht, wie man vermuten darf, nicht ohne eine bestimmte Absicht. Zielrichtung dieser Passagen sind die Vereinigten Staaten, deren Politiker nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch anderen Ländern unverblümt die Schuld am hohen Dollarkurs – oder nach Washingtoner Lesart, an der Schwäche anderer Währungen – zuschieben, weil sie nicht genügend für Wirtschaftswachstum sorgten, das die übrigen Industriestaaten zu ebenso interessanten Anlageländern macht, wie die USA. Dem entsprechenden Drängen der Amerikaner will die Bundesbank mit dem Hinweis auf das jüngste starke deutsche Wirtschaftswachstum, das dem inzwischen verlangsamten der USA kaum noch nachsteht, einen Pflock entgegensetzen. Zu ergänzen wäre nur noch, daß eine forcierte Ankurbelung der Wirtschaft bei uns letztlich zu Lasten der Preisstabilität und damit auch zu Lasten des DM-Wechselkurses ginge.

## In einem Boot

**J. G.** – Knurrend macht die Bundesregierung mit und wird dieser Tage im Bundesanzeiger verkünden: Auch Stahlhändler mit weniger als 6000 Jahrestonnen Absatz unterliegen ab 1. März, wie ihre größeren Kollegen schon seit 1981, der EG-Pflicht zur Aufstellung von Preislisten, an die sie sich bei allen Verkäufen zu halten haben. Anders als die Regierung, die da einen Rückschritt beim löblichen Streben nach Bürokratieabbau wittert, begrüßt der Bundesverband Deutscher Stahlhandel dieses von der EG-Kommission nun für alle Stahlhändler verfügte Preis-Diskriminierungsverbot. Denn schließlich sitze die gesamte Stahlbranche bei wahrer Würdigung der Interessenlage im gleichen Boot: Die Stahlpreise müssen sich weiter erholen. Dafür gibt es, auch beim Blick auf die höheren Preisniveaus in Japan und USA, genug volkswirtschaftlich guter Argumente. Zudem heißt Diskriminierungsverbot beileibe nicht, daß auch die Konkurrenz mit unterschiedlichen Preislisten verboten wäre.

KONJUNKTUR / Der harte Winter unterbricht den Aufschwung nur vorübergehend

## Bundesbank gibt sehr optimistische Prognose der Wirtschaftsentwicklung

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Der harte Winter hat den kräftigen Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik nach Auffassung der Bundesbank lediglich vorübergehend unterbrochen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar sei witterungsbedingt und weise keinesfalls auf eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums hin, das 1984 viel stärker gewesen sei als es die Statistik erkennen lasse und das mit jeweils drei Prozent in den letzten beiden Jahren auch im internationalen Vergleich durchaus beachtlich sei.

Die Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs, so schreibt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht, wird erst richtig sichtbar, wenn man berücksichtigt, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht unbeträchtlich sinkt, allein im letzten Jahr um schätzungsweise 0,5 Prozent.

Je Kopf der Bevölkerung gerechnet, sei das reale Bruttosozialprodukt demnach während des letzten Jahres um 3,5 Prozent gewachsen. In der vom Statistischen Bundesamt für 1984 errechneten Wachstumsrate von 2,5 Prozent zeigten sich noch die Auswirkungen des harten Arbeitskampfes, dessen Auswirkungen auf Produktion und Einkommen nur teilweise ausgeglichen werden konnten.

Nach dem Urteil der Bundesbank hat die kräftige Produktionssteigerung, die das reale Bruttosozialprodukt vom dritten zum vierten Quartal 1984 um 1,5 Prozent wachsen ließ, auch den Arbeitsmarkt entlastet. Im vierten Quartal seien mehr Arbeitnehmer eingestellt als entlassen worden; diese Entwicklung sei infolge des langen Frostwetters lediglich unterbrochen worden.

Die Bundesbank schätzt die Aussichten für die künftige Wirtschaftsentwicklung weiterhin günstig ein. Besonders starke Auftriebskräfte gingen von der Auslandsnachfrage aus, die den deutschen Exportfirmen im vierten Quartal 14 Prozent mehr Auslandsaufträge brachte als vor einem Jahr. Diese beträchtlichen Erfolge in fast allen Teilen der Welt machten deutlich, daß deutsche Exporteure durch günstige Preis- und Kostenbedingungen gegenüber ihrer Auslandskonkurrenz erheblich an Boden gewonnen haben; zusätzlich hätten sie vom Dollar-Höhenflug profitiert.

Als zweite wichtige Stütze der Konjunktur bezeichnet die Bundesbank die unternehmerischen Investitionen. Bei den Investitionsgüterproduzenten seien im vierten Quartal 1984 aus dem Inland sechs Prozent und aus dem Ausland sogar zwölf Prozent mehr Bestellungen eingegangen als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Investitionsneigung sei besonders dort gewachsen, wo der Absatz florierte und hohe Erträge erwirtschaftet werden konnten. Die Bundesbank schätzt die Zunahme der Betriebsergebnisse 1984 auf elf Prozent. Auch der zunehmende Innovationsdruck habe die Investitionsbereitschaft verstärkt.

Vom privaten Verbrauch, der im vierten Quartal um knapp ein Prozent höher war als im Vorquartal und um drei Prozent höher als vor einem Jahr, erhielt die Konjunktur kaum Impulse, obwohl die verfügbaren Einkommen vom dritten zum vierten Quartal recht kräftig um 1,5 Prozent zunahmen.

Ein verhältnismäßig großer Teil der zusätzlichen Einkommen sei gespart worden, wobei, wie die Bundesbank vermutet, wahrscheinlich eine Rolle gespielt habe, daß sich viele private Haushalte wegen der Katalysator-Diskussion beim Autokauf auffällig zurückgehalten haben. Der dadurch entstandene Nachfragestau könnte die weitere Wirtschaftsentwicklung zeitweilig dämpfen, wenn die Unsicherheit nicht bald durch Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens beseitigt werde. Gebremst wurde die Binnenkonjunktur nach wie vor durch die schwache Wohnungsbaunachfrage, die sich so rasch nicht bessern werde. Auch nicht durch gezielte staatliche Maßnahmen.

Der Wirtschaftsaufschwung vollzog sich, wie die Bundesbank betont, ohne inflationäre Spannungen. Infolge der Dollar-Hausse sei der Preistrend bei importierten Waren und im verarbeitenden Gewerbe allerdings ungünstiger als auf der Verbraucherstufe.

VERKEHRSPOLITIK

## Verbände nennen Bonner Bericht vage und lückenhaft

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Kritisch mit dem Verkehrsbericht der Bundesregierung haben sich jetzt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) auseinandergesetzt. Fazit beider Stellungnahmen: Der Bericht, in dem auch die Leitlinien für diese Legislaturperiode festgeschrieben werden sollen, bleibt vage und lückenhaft.

So heißt es beim VÖV: „Die Genugtuung über einige klare Aussagen zu elementaren Fragen wird stark beeinträchtigt dadurch, daß Aussagen zu anderen, ebenso elementaren Fragen der Branche vermißt werden." Weder sei die Wiedereinführung der als existenznotwendig angesehenen Befreiung von der Mineralölsteuer angesprochen, noch erfolge eine Bewertung öffentlicher Verkehrsmittel für den aktiven Umweltschutz.

Der Verband begrüßt die Ansicht des Ministers, daß bei der Umstellung aufkommensschwacher Schienenverkehre der Bundesbahn auf Busbedienung im Einzelfall zu prüfen ist, welches Verkehrsunternehmen am ehesten in der Lage ist, solche Linien zu übernehmen. Daß dies nicht immer die Bundesbahn sein könne, sollte, so der Verband, auch vom Bundesunternehmen eingesehen und auch praktiziert werden.

Bei dem Brief des DIHT an die Bundesminister für Verkehr und Wirtschaft geht es vor allem um die ordnungspolitischen Absichtserklärungen. So wird im Verkehrsbericht angekündigt, daß kleinere Fahrzeuge bis zu einer Nutzlast von vier Tonnen im gewerblichen Güterfernverkehr schrittweise von der Kontingentierung freigestellt werden sollen. Im bilateralen Verkehr sollten die Kontingente für den Straßengüterverkehr der Entwicklung des Außenhandels so angepaßt werden, daß Engpaßsituationen nicht mehr entstehen. Bei diesen und bei anderen Ankündigungen fragt der DIHT, wann sie in die Tat umgesetzt werden sollen.

Überdies müßten sie unter dem Gesichtspunkt der angestrebten „Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens" beurteilt werden: „Das ist nicht in jedem Fall klar, weil zu einigen Punkten Aussagen getroffen werden, die wenig verbindlich wirken oder auch unterschiedliche Interpretationen erlauben", heißt es in dem im Gegensatz zu früheren Zeiten sehr zurückhaltenden Brief, in dem die Kritik in Fragen verpackt ist.

So möchte der DIHT wissen: Welches Konzept legt die Bundesregierung ihrer Absicht zugrunde, im nationalen wie im EWG-Verkehr auf eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen hinzuwirken? Was ist im Güterverkehr Auftrag oder Unternehmenszweck der Bundesbahn? Welche Funktionen soll die Kontingentierung des gewerblichen Güterfernverkehrs zukünftig erfüllen? Da der Bericht auf diese Fragen keine Antworten gibt, wertet der DIHT ihn als Anstoß, die ordnungspolitische Diskussion fortzusetzen.

## Rendite muß sein

Von Heinz Stüwe

Für junge, dynamische Unternehmen mit guten Ideen und wenig Kapital biete die Bundesrepublik schlechtere Entwicklungsmöglichkeiten als andere Länder, lautet eine weit verbreitete Meinung. Tatsächlich ist Ansätzen einer Wagnisfinanzierung bisher der durchgreifende Erfolg versagt geblieben.

Gleiches gilt für die schon seit längerem bestehenden Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die vor allem von Banken und einzelnen Bundesländern getragen werden. Als Kapitalsammelstelle für den Mittelstand gedacht, haben sie ihr ohnehin recht bescheidenes Portefeuille oft nicht einmal voll investiert. Fehlt es in der Bundesrepublik an geeigneten Projekten oder mangelt es, wie einige Experten meinen, an dem Know-how für eine Wagnisfinanzierung nach amerikanischem Vorbild? Gibt es also schlicht zu wenig qualifizierte Kräfte, die sowohl ein Gespür für die Auswahl zukunftsträchtiger Beteiligungsunternehmen haben, als auch in der Lage sind, ein junges Unternehmen in der Aufbauphase beratend zu begleiten? Oder liegt es daran, daß sich der deutsche Mittelständler gegen eine Fremdbeteiligung sperrt und zunächst versucht, allein zurecht zu kommen? Fragen, die sich auch die Experten im Bonner Finanzministerium stellen müssen, die mit einer Gesetzesinitiatvie Bewegung in den Markt bringen wollen.

Der Entwurf eines Gesetzes über Kapitalbeteiligungsgesellschaften, der jetzt mit den anderen Ressorts abgestimmt wird, entspringt der Überzeugung, daß es genug anlagebereites Kapital gibt, das nur in die richtigen Kanäle gelenkt werden müsse. Dabei haben die Initiatoren vor allem die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand im Blick, die sich heute noch allzu sehr auf Konten- und Bausparen konzentriert.

Vor allzu hohen Erwartungen ist jedoch zu warnen. Gewiß wird das Anlageverhalten von neuen attraktiven Angeboten beeinflußt. Doch ist es eine Illusion, zu glauben, daß die Masse der Arbeitnehmer rasch zu Anlagen in Produktivkapital überwechseln werde. Obendrein wäre es nicht einmal wünschenswert. Denn auch die indirekte Beteiligung an einem Unternehmen ist eine riskante Geldanlage. Kursverluste aber könnten viele Zögernde verschrecken und der ganzen Sache schaden. Zweifellos ließe sich diese Gefahr durch intensive Aufklärung und Beratung vermeiden. Daß jedoch mit dem neuen Organisationsgesetz die Kapitalbeteiligungsgesellschaften mit Gewalt für die Vermögensbildung zurecht getrimmt werden, ist dennoch nicht einzusehen. Wieso muß es zwingend vorgeschrieben werden, daß innerhalb von acht Jahren nach der Gründung mindestens 75 Prozent der Aktien dem Publikum angeboten werden müssen. Es sollte auch möglich sein, daß etwa ein Kreditinstitut sich in größerem Maße auf Dauer in der Förderung junger Unternehmen engagieren kann, zumal die Höhe der Beteiligung auf 20 Prozent des Eigenkapitals des Partners beschränkt wird.

Bis auf diesem Weg die Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen spürbar verbreitert werden kann, ist ein längerer Umdenkungsprozeß erforderlich. Denn die psychologischen Hemmnisse sind noch stark. Offen zutage tritt die unterschwellige Abneigung, sich Kapitalgebern von außen zu öffnen, bei den Bemühungen, mehr mittelständische Gesellschaften an die Börse zu bringen. Die einen sehen darin auch für kleine Firmen realistische Perspektiven, andere warnen vor der Zerschlagung der Familienunternehmen und fürchten die Publizität sowie die Mitspracherechte der Aktionäre. Diese Einwände sind ernst zu nehmen. Schließlich ist die andere Seite des „Herr-im-Haus-Standpunktes" eine hohe Identifikation des Eigentümers mit seinem Unternehmen. Ein Faktor, der für den Geschäftserfolg gar nicht überschätzt werden kann.

Dennoch bleibt unbestritten, daß viele Unternehmen – und gerade solche auf den schnellebigen Hochtechnologiemärkten – ihre Wachstumschancen nur dann wahrnehmen können, wenn sie Zugang zum Kapitalmarkt finden. Dabei kann auch der indirekte Weg über eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft der richtige sein. Die Initiative der Bundesregierung wird deshalb auch von der Wirtschaft begrüßt.

Bei der Diskussion über organisatorische Regelungen darf jedoch das wichtigere Anliegen nicht aus dem Auge verloren werden: die Stärkung der Ertragskraft, die Bildung von Eigenkapital im Unternehmen selbst. Leider fühlen sich auch Politiker, die sich einer marktwirtschaftlichen Linie verschrieben haben, unter dem Druck, Aktivitäten und Erfolge nachweisen zu müssen und sind so schnell in der Versuchung, einzelne kleine Schritte überzubetonen. Der Abbau von Hürden für Kapitalbeteiligungen kann aber keine Reform des Steuersystems überflüssig machen. Denn die einfachste Art, Kapital an die richtige Stelle zu lenken, ist immer noch die Aussicht auf eine gute Rendite.

## AUF EIN WORT

» Wer bereit ist, sich für ein Eigenheim krummzulegen, ist noch lange nicht bereit, das auch für andere Zielsetzungen zu tun. «

Walter Englert, Geschäftsführer der Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigsburg FOTO: WOLF P. PRANGE

## „Hoffnung auf das Frühjahr"

AP, **Bonn**

Angesichts der anhaltenden Frostperiode rechnet das Bundeswirtschaftsministerium nicht damit, daß die Rekordzahl der Arbeitslosen vom Januar bereits im Februar deutlich zurückgeht. Das Ministerium betonte aber in seinem jüngsten Konjunkturbericht, mit Beginn des Frühjahrs werde sich der jahreszeitlich bedingte Teil der Arbeitslosigkeit rasch zurückbilden. Durch die extremen Witterungsbedingungen seien die Ansätze einer allmählichen Besserung überdeckt worden. Weiterhin aufwärts gerichtet sei die Grundtendenz von Nachfrage und Produktion. Die Bestelltätigkeit war auch zum Jahresende lebhaft. Tragende Säule der gesamtwirtschaftlichen Dynamik bleibe das Exportgeschäft.

WOHNUNGSBAU-FÖRDERUNG

## Von 1987 an sind bis zu 15 000 Mark absetzbar

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Finanzministerium hat jetzt den Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums" verschickt. Der Gesetzentwurf dürfte voraussichtlich in der zweiten März-Hälfte im Kabinett verabschiedet werden, nachdem zuvor am 12. und 13. März Vertreter der Verbände, der Bundesländer und der Bonner Ministerien gehört worden sind.

Wie beim Koalitionsgespräch am 6. Februar endgültig vereinbart, soll die Neuregelung am 1. Januar 1987 in Kraft treten. Der neu eingefügte Paragraph 10 e Einkommensteuergesetz (der den Paragraphen 7 b ersetzt) sieht vor, daß im Jahr der Fertigstellung und in den folgenden sieben Jahren (Abzugszeitraum) jeweils fünf Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten „wie Sonderausgaben" vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden können.

Da zugleich die Höchstgrenze auf 300 000 Mark angehoben wird, ergibt sich ein jährlicher Höchstsatz von 15 000 Mark. Wird die Wohnung nur teilweise zu eigenen Wohnzwecken genutzt, so gelten die fünf Prozent nur für diesen Teil.

Die sogenannte Kinderkomponente von 600 Mark je Kind und Jahr wird von der Steuerschuld abgezogen (diese Bestimmung gilt auch für das erste Kind). Eine entsprechende Elternkomponente, für die sich Familienminister Heiner Geißler einsetzt, ist im Entwurf nicht vorgesehen.

Ebenso fehlt bisher jede Bestimmung über Steuererleichterungen für Modernisierung, Energieeinsparung, Stadtsanierung, Baudenkmäler und Schutzräume, die bisher in Paragraph 82 Einkommensteuerdurchführungsverordnung geregelt sind. Jedoch wird damit gerechnet, daß die Koalitionsfraktionen im parlamentarischen Verfahren eine entsprechende Ergänzung beantragen. Sie dürfte als Sonderausgabenregelung in das Gesetz aufgenommen werden.

EG

## Bonn will Haushaltsmittel nicht vorzeitig aufstocken

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Auf einsamem Posten stand die Bundesregierung gestern im EG-Ministerrat mit ihrem Widerstand gegen eine vorgezogene Aufstockung der Mehrwertsteuereinnahmen der Gemeinschaft. Trotzdem blieb Außenminister Hans-Dietrich Genscher hart: Es sei Zeitverschwendung, über das Thema weiter zu diskutieren, weil Bonn sich in dieser Frage gegenüber dem Bundestag gebunden habe.

Während die Bundesregierung – gestützt auf einen Beschluß des EG-Gipfels von Fontainebleau – auf ihrem Junktim zwischen der Erhöhung des Brüsseler Finanzplafonds und der Erweiterung der EG durch Spanien und Portugal beharrte, traten alle übrigen Mitgliedsstaaten für eine vom italienischen Außenminister Giulio Andreotti vorgelegte Kompromißformel ein. Sie würden einen zeitlichen Vorgriff auf die für den 1. Januar 1986 geplante Einnahmeerhöhung gestatten, falls der Ministerrat dies im weiteren Verlauf des Jahres einstimmig befürwortet.

Dagegen hält Bonn als einzigen Weg die Ausarbeitung von zwei intergouvernementalen Vereinbarungen über rückzahlbare Vorauszahlungen auf die künftigen Eigenmittel für möglich. Mit der einen soll der diesjährige Fehlbetrag im EG-Haushalt gedeckt werden, wobei die Schätzungen über den zusätzlichen Finanzbedarf gegenwärtig zwischen 2,9 Milliarden und 4,5 Milliarden DM schwanken. Mit dem anderen Übereinkommen soll die Finanzierung der britischen Beitragsentlastung gesichert werden. In Fontainebleau war Premierministerin Margaret Thatcher für 1985 ein Betrag von rund 2,23 Milliarden DM versprochen worden, er konnte bei den Haushaltsansätzen noch nicht berücksichtigt werden.

London fürchtet, daß diese Zusage gefährdet wäre, wenn die Beitragsentlastung von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muß. Widerstände werden vor allem in Frankreich erwartet, wo die Sonderbehandlung der Briten stets kritisiert worden ist.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Bundesbank-Gewinn höher als erwartet

**Bonn** (HH) – Die Bundesregierung erwartet eine Gewinnüberweisung der Deutschen Bundesbank in Höhe von 12,9 Milliarden Mark. Das sind 400 Millionen Mark mehr als im Haushalt 1985 angesetzt. Wie das Finanzministerium gestern mitteilte, sei mit der Bundesbank eine Überweisung ab April in mehreren Raten vereinbart worden. Der Mehreinnahme stünden auf der Ausgabenseite des Haushalts Mehrbelastungen gegenüber, unter anderem ein bis zu 1,5 Milliarden Mark höherer Zuschuß an die Rentenversicherung. „Damit ergibt sich kein Spielraum für neue Ausgabenwünsche", heißt es.

### Mehrwertsteuer enthalten

**München** (dpa/VWD) – Ein bei Kaufverträgen vereinbarter und betragsmäßig genau bestimmter Kaufpreis umfaßt grundsätzlich bereits die Mehrwertsteuer, wenn nichts anderes vereinbart wurde oder sich in bestimmten Branchen ein abweichender Handelsbrauch entwickelt hat. Dies entschied jetzt der 3. Zivilsenat des Oberlandesgerichts München zum Verkauf eines Lokals in einer oberbayerischen Gemeinde.

### Monopol mißbraucht

**Brüssel** (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat die griechische Fluggesellschaft Olympic Airways aufgefordert, sich innerhalb von vier Wochen zu einer Beschwerde des Dachverbandes der europäischen Fluggesellschaften ACE zu äußern, wonach sie durch eine 50prozentige Tariferhöhung bei der Bodenabfertigung von Großflugzeugen ihre Monopolstellung mißbraucht haben soll.

### Weniger Tankstellen

**Osnabrück** (dpa/VWD) – Die Zahl der Tankstellen in der Bundesrepublik ist nach Angaben des Bundesverbandes des deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes in Osnabrück um 1757 auf 19 019 zurückgegangen. Von ihnen waren 15 307 (85,9 Prozent) SB-Tankstellen.

### Gegen Fährverbindung

**Hamburg** (dpa/VWD) – Der Verband Deutscher Reeder (VDR), Hamburg, lehnt eine Eisenbahnfährverbindung über die Ostsee zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik ab. Der VDR fürchtet eine erhebliche Ausweitung des Einzugsbereichs der Transsibirischen und der Baikal-Amur Eisenbahn, die in Konkurrenz zur Fernost- Linienschiffahrt stehen.

### Dollar steigt weiter

**Frankfurt** (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar näherte sich gestern 3,32 DM. Der amtliche Mittelkurs wurde in Frankfurt ohne offizielle Mitwirkung der Deutschen Bundesbank mit 3,3162 (Montag: 3,2788) DM festgestellt. Außerbörsliche Dollarverkäufe der Bundesbank konnten den Kursanstieg nur zeitweilig stoppen.

### Weniger Motorräder

**Bad Soden** (dpa/VWD) – Der Motorradmarkt in der Bundesrepublik ist 1984 gegenüber 1983 stark geschrumpft. Insgesamt wurden mit 179 256 motorisierten Zweirädern (ohne Mofas, Mokicks und Mopeds) 30,2 Prozent weniger neu zugelassen als im Vorjahr, schreibt der Verband der Fahrrad- und Motorradindustrie.

### Anzeigengeschäft erhöht

**Hamburg** (dpa/VWD) – Die 50 führenden deutschen Zeitschriften haben 1984 ihren Umsatz im Anzeigengeschäft um sieben Prozent auf 3,2 Mrd. DM ausgeweitet. Dies geht aus einer Analyse des Brancheninformationsdienstes „Der Kontakter" hervor. Auf den ersten zehn Plätzen rangieren wie auch in den vergangenen Jahren die wöchentlichen Publikationen („Stern", „Spiegel", „Bunte", „BamS" und „Quick"), die Programmzeitschriften „Hörzu", „TV Hören + Sehen") und die Frauenzeitschriften „Brigitte", „Freundin" und „Für Sie"). Sie erzielten 1984 mit 1,97 Mrd. DM rund zwei Drittel des Anzeigenumsatzes.

### Großer Energieproduzent

**Hamburg** (dpa/VWD) – China liegt in der Rangliste der weltgrößten Energieproduzenten auf einem der ersten Plätze. Nach Angaben des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, ist China – bezogen auf die Zahlen von 1983 – der drittgrößte Kohleproduzent der Welt und rangiert mit rund 100 Millionen Tonnen Jahresproduktion unter den zehn größten Erdölproduzenten. Die Vorkommen an Energierohstoffen sind nach Meinung des Instituts umfangreich genug, um den zukünftigen inländischen Bedarf auf Jahrzehnte hinaus decken. Außer den riesigen Kohlevorkommen werden Erdölreserven von 30 bis 60 Milliarden Tonnen vermutet.

KAKAO-ABKOMMEN

# Diskussion um den Mindestpreis

dpa/VWD, Hamburg

Vertreter der 72 im Internationalen Kakao-Abkommen zusammengeschlossenen Rohkakao-Hersteller und -Abnehmer haben gestern mit einer neuen Verhandlungsrunde begonnen. Im Mittelpunkt der Beratungen in Genf steht – wie bereits bei der gescheiterten Konferenz im Oktober 1984 – die Verteidigung des Mindestpreises für Rohkakao. Ursprünglich galten 106 Cent je englisches Pfund (453 Gramm) Kakao. Derzeit liegt der Fünf-Tage-Durchschnittspreis der Internationalen Kakao-Organisation bei 103 Cent je Pfund. Die Erzeugerländer fordern jedoch ein Entgelt zwischen 110 Cent als Mindest- und 160 Cent als Höchstpreis. Große Verbraucherländer wie die Bundesrepublik argumentieren hingegen, daß die in US-Währung gehandelte Ware sich für die Importeure aufgrund des hohen Dollarkurses ohnehin erheblich verteuert hat.

KOLUMBIEN / Lücken in der Zahlungsbilanz und im Budget – Kohle und Erdölfunde lassen für die Zukunft hoffen

# Lösungsversuch für private Auslandsschulden

KAREN SÖHLER, Bonn

*Die kolumbianische Privatwirtschaft ist mit rund vier Milliarden Dollar im Ausland verschuldet. Viele Unternehmen kämpfen mit Zahlungsschwierigkeiten. Um Firmenzusammenbrüche zu verhindern, bietet die Regierung eine Lösung an:* In Höhe der Auslandsverbindlichkeiten einschließlich der damit verbundenen Zinszahlungen gewährt die kolumbianische Zentralbank dem einzelnen Unternehmen einen Kredit in der Landeswährung (Peso). Gleichzeitig erhält das Unternehmen Papiere, die es berechtigen, Dollar im Wert des Pesokredites von der Zentralbank abzufordern. Gerechnet wird mit dem Wechselkurs, der am Tage des Geschäftsabschlusses gilt. Die Dollar-Bezugsscheine dienen freilich der Schuldentilgung.

Durch die sukzessiven Abwertungen des Peso gegenüber dem Dollar (jährlich 28 Prozent) verschlechtert sich jedoch der Wechselkurs zu Lasten des Peso; die Dollarkredite verteuern sich. Diese im Laufe der Jahre *voraussichtlich entstehenden* Mehrkosten (in Peso) sollen zusammengefaßt und erst in den drei Jahren im Anschluß an die Tilgung des „ursprünglichen Schuldenbetrages" zurückgezahlt werden. Überstiege dieser Differenzbetrag 50 Prozent des Pesowertes, den der Dollarkredit ursprünglich besaß, trüge die Zentralbank den verbleibenden Teil.

Ein Unternehmen kann das Angebot der Zentralbank jedoch erst ausnutzen, wenn es mit seinen Gläubigerbanken vorher eine Umschuldung ausgehandelt hat. Voraussetzung ist, daß die Kredite mindestens sechs Jahre laufen und daß in den ersten drei Jahren kein Schuldendienst geleistet zu werden braucht.

Bis jetzt hat erst eine Zementfabrik in Kolumbien mit diesem System ihre akuten Liquiditätsschwierigkeiten gelöst. Weitere Verhandlungen sind im Gange. Allerdings: Auch wenn auf diese Weise das Verschuldungsproblem der Privaten behoben würde: die Regierung des seit über zwei Jahren *amtierenden* Präsidenten Belisario Betancur steht vor zahlreichen anderen Schwierigkeiten.

In der Zahlungsbilanz klafft eine Lücke. Kolumbiens Ausfuhren – vor allem Kaffee und Textilwaren – erreichten in den letzten Jahren nie den Wert der Importe. Die (legalen) Kapitalzuflüsse aus dem Ausland schwächten sich ab. Die Auslandsverschuldung hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren von sechs auf elf Milliarden Dollar erhöht. Die knapp sieben Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten des Staates bereiten zwar noch kein Kopfzerbrechen; sie sind langfristig und zu günstigen Konditionen aufgenommen. Sorgen bereitet jedoch die plötzliche Zunahme; zumal sie einhergeht mit dem Schrumpfen der Devisenreserven: von fünf Milliarden auf nur noch 1,79 Milliarden Dollar in den letzten zweieinhalb Jahren. Außerdem klafft im Budget eine Lücke von rund zwei Milliarden Dollar.

Wesentliche Ursache für die schlechte finanzielle Situation sind die ehrgeizigen Projekte der Regierung, die dem südamerikanischen Land Ende dieses Jahrzehnts einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung bescheren *sollen. Die Kohleexporte von* der El Cerrejon-Mine sollen in ein paar Jahren die Gewinne aus der traditionellen Kaffeewirtschaft übertreffen. Parallel dazu läuft jetzt der Abbau von Nickelerzen in der Nordprovinz Cordoba. Schrittweise werden Wasserkraftwerke fertiggestellt, um genügend Energie zur Verfügung stellen zu können. Die neuen Erdölfunde könnten ermöglichen, daß Kolumbien in zwei Jahren auf Einfuhren nicht mehr angewiesen ist.

Die Zeit, bis die Investitionen Früchte tragen, muß jedoch überbrückt werden. In New York laufen Gespräche mit zahlreichen Banken. Doch sie sind zäh, weil Betancur eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Wärhungsfonds ablehnt.

BERUFSGENOSSENSCHAFT ELEKTROTECHNIK

# Unfallverhütung spart Geld

HANS BAUMANN, Essen

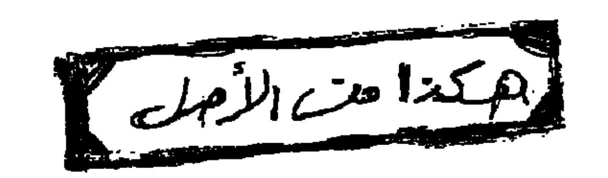
Die Kostenwelle des Gesundheitswesens muß sich nicht automatisch immer höher türmen. Den Beweis dafür liefert jetzt der Jahresbericht der Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik, mit 60 000 Betrieben und rund zwei Millionen Beschäftigten die größte deutsche Berufsgenossenschaft. Zum erstenmal, so heißt es in dem Bericht für 1984, nach *dem Nachkriegsaufschwung*, gehe das Haushaltsvolumen der Berufsgenossenschaft mit 739 Mill. Mark um ein Prozent zurück.

Diese Konsolidierung sei erreicht worden, obwohl die Kostenflut im Gesundheitswesen kaum gebremst sei. Die gesetzlichen Krankenkassen hätten 1983 zum erstenmal mehr als 100 Mrd. Mark ausgegeben. 1984 kämen noch einmal fast 7 Prozent hinzu. Die größte Berufsgenossenschaft habe mit ihrem Abschluß für 1984 bewiesen, daß Vorbeugen Kosten spare.

Mit umfassenden Maßnahmen zur Unfallverhütung seien die Unfallquoten der Berufsgenossenschaft seit Anfang der sechziger Jahre bis zu 65 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der schweren Unfälle habe sich fast halbiert. Bisher seien die verhüteten Ausgaben durch Verteuerung der Heilbehandlung und der Renten aufgezehrt worden. Jetzt schlügen die Erfolge der Unfallsenkung zum erstenmal auf den Haushalt durch. Konstatiert die Berufsgenossenschaft: Die Kostenentwicklung ist durch die Prophylaxe beherrschbar.

Von der Zahl der schweren Unfälle von 2539 in 1984 waren 840 Verkehrsunfälle, in die die Mitglieder auf dem Arbeitsweg verwickelt waren. 1970 noch waren es von insgesamt 4552 schweren Unfällen 1632, die sich auf dem Arbeitsweg ereigneten.

Besonders hoch ist der Anteil der Verkehrstoten an den tödlichen Unfällen insgesamt. Im Berichtsjahr kamen 129 Mitglieder der Berufsgenossenschaft ums Leben, davon allein 88 auf den Straßen.





VICTORIA / Sondereinflüsse bremsten das Wachstum

## Dividenden werden gehalten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Vorstände von Victoria Lebensversicherung AG und Victoria Feuerversicherung AG, Berlin/Düsseldorf, sind sicher, ihren Aktionären für 1984 die bisherigen Dividenden (Leben: 16 DM und Feuer 18 DM je 100-DM-Aktie) zu zahlen und darüber hinaus die Eigenmittel beider Gesellschaften „angemessen" zu verstärken.

In einem Aktionärsbrief wird die Gesamtprämieneinnahme der Gruppe mit 3,8 (3,64) Mrd. DM, einschließlich der ausländischen Tochtergesellschaften mit 4 Mrd. DM angeben. Die Lebensversicherung buchte für 1984 Beiträge einschließlich der Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 1,63 (1,51) Mrd. DM. Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich die im selben Jahr eingeführte Direktgutschrift mit 118 Mill. DM beitragsmindernd ausgewirkt hat. Auf der anderen Seite sind in den Beiträgen aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung diesmal Beträge aus zwei Bonuszuteilungen enthalten, die um ein Jahr vorgezogen worden sind. Ohne diese beiden entgegensetzt wirkenden Einflüsse wäre die Beitragseinnahme um 2 (11,2) Prozent auf 1,54 Mrd. DM gewachsen.

Das eingelöste Neugeschäft fiel erwartungsgemäß nach dem sehr hohen Plus durch Übernahme der Vorsorge in den Victoria-Bestand 1984 mit 4,14 Mrd. DM um 10,3 Prozent niedriger aus. Der Gesamtbestand erreichte 36,1 (34,2) Mrd. DM Versicherungssumme.

Die Kapitalanlagen betrugen am Jahresende 11,3 (10,3) Mrd. DM, aus denen an laufenden Erträgen 915 (824) Mill. DM flossen. Trotzdem wird der Bruttoüberschuß niedriger als 1983 ausfallen, da im Vorjahr hohe einmalige Erträge aus der Vorsorgeübernahme enthalten waren und nach Einführung der Direktgutschrift Teile des Überschusses nicht mehr durch die Erfolgsrechnung geleitet, sondern den Versicherten unmittelbar gutgeschrieben werden.

Die Victoria Feuer steigerte ihre Beitragseinahmen um 5 (4,6) Prozent auf 1,17 Mrd. DM, wobei nahezu alle Sparten am Zuwachs beteiligt waren. Der Schadenverlauf war „im allgemeinen zufriedenstellend".

DIEBOLD / Die Datenverarbeitung wird die betriebliche Organisation tiefgreifend verändern – Zwei Beispiele

## Die Informationsinseln sollen verbunden werden

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Gerhard Adler, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Diebold Deutschland GmbH in Frankfurt, sieht mit dem immer tieferen Eindringen der Datenverarbeitung in alle Teile der betrieblichen Organisation einen tiefgreifenden Wandel auf die Wirtschaft zukommen: „Die Informationstechnik verändert die Spielregeln für alle Partner im Markt." Dabei wird vor allem die Schnelligkeit der Informationsbeschaffung, -verarbeitung und -weitergabe zur Trumpfkarte im Wettbewerb: „Die Geschwindigkeit des Agierens am Markt ist das Maß für die strategische Fitneß eines Unternehmens." Für die Umsetzung dieser These in die Praxis gibt es schon vereinzelte Beispiele.

So hat ein britischer Warenhauskonzern versuchsweise seine Zulieferer von Herrenoberbekleidung direkt an die Kassenterminals der Kaufhausabteilung angeschlossen. Wird beispielsweise ein Anzug bestimmter Größe und Ausführung verkauft, so erhält der Hersteller umgehend Meldung. Er kann seine Produktion unmittelbar am Absatz orientieren und das Risiko zu großer Läger oder Ladenhüter minimieren. Für das Kaufhaus reduzieren sich darüber hinaus noch die Bestellzeiten.

Ein anderes Beispiel für schnelles Agieren am Markt bietet der Frankenthaler Pumpenbauer KSB. Wer hier nach einer Pumpe für einen bestimmten Verwendungszweck fragt, kann in wenigen Stunden – manchmal noch am selben Tage – ein umfassendes Telex-Angebot mit drei verschiedenen Lösungsmöglichkeiten in Händen halten. Mit den dazu notwendigen Berechnungen und der Auswahl aus vielen hundert Typen war früher ein Ingenieur manchmal tagelang beschäftigt.

Beide Exempel illustrieren die Möglichkeiten, zeigen aber auch den aktuellen Entwicklungsstand: Noch handelt es sich meist um die punktuelle Problemlösung, die noch keineswegs in ein übergeordnetes Gesamtkonzept eingebunden ist. Da gibt es die computergestützte Konstruktion, die computergestützte Ablaufsteuerung, die Kalkulation und das Rechnungswesen per EDV, alles säuberlich voneinander getrennt und wegen allzu großer Hard- und Software-Unterschiede so ohne weiteres auch gar nicht zusammenzubringen.

Hier sehen die Diebold-Leute denn auch den großen Nachholbedarf. Die Zielsetzung sind Systeme, die unter dem englichen Kürzel CIM (für computer-integrated manufacturing, also computerintegrierte Fertigung) zusammengefaßt werden. In solchen Super-Systemen sollen alle Informationsgänge von der Anfrage über die Produktentwicklung bis zum Versand des Fertigprodukts über dieselbe Datenbasis abgewickelt werden. Bis auf weiteres wird das CIM freilich noch Organisatoren-Traum bleiben. Denn: „Es gibt noch kein Unternehmen, das ein klares Konzept in dieser Richtung hat", muß Intzegrations-Experte Wolfgang Dernbach festellen. Auch die Computerbauer hätten durchweg noch keine Gesamtlösungen zu bieten.

Um aber den Status der Informations-Inseln innerhalb der Betriebe nicht für immer zu zementieren, sollten die Verantwortlichen beizeiten den großen Rahmen abstecken, innerhalb dessen die Teilsysteme später zu integrieren sind. Das scheint um so empfehlenswerter, als eine neue Welle der Computerisierung laut Diebold-Voraussage schon vor der Tür steht: die Marketing-Automation, die Unterstützung von Vertrieb, Kundendienst und anderen marktorientierten Aktivitäten durch die EDV. Schon heute sei mit acht bis neun Millionen der gut 25 Millionen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik wenigstens jeder Dritte auf einem vertriebs- oder serviceorientierten Posten. Ihnen stünden derzeit 282 000 der 885 000 Computerterminals in deutschen Betrieben zur Verfügung. Hier sehen die EDV-Berater noch erhebliche Wachstumschancen.

So soll allein im Kreditgewerbe die Zahl der Terminals von 55 000 (Anfang 1984) bis 1989 auf 75 000 steigen. Hinzu kommen die Geldausgabe-Automaten, sozusagen Spezialterminals: Von 44 000 deutschen Bankfilialen waren zu Jahresbeginn erst 1900 damit ausgerüstet. Auch im Einzelhandel geht es munter weiter. Die Zahl der Kassenterminals soll von heute 75 000 bis Ende des Jahrzents auf 150 000 steigen.

RWI

## US-Arbeitsmarkt anpassungsfähig

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Anpassungsfähigkeit des US-Arbeitsmarktes erweist sich, gemessen an den Schwankungen des Arbeitskräfteeinsatzes im verarbeitenden Gewerbe, aber auch an der Mobilität der Erwerbstätigen, als bemerkenswert hoch und in einigen Bereichen dem der Bundesrepublik überlegen. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), die beide Beschäftigungssysteme analysiert hat.

Danach sind nicht allein traditionelle Faktoren wie Unterschiede in der Produktivitäts- und Arbeitskostenentwicklung dafür maßgebend, daß in den USA seit 1970 die Beschäftigtenzahl um mehr als 20 Millionen zugenommen hat, in Europa jedoch tendenziell zurückgeht.

Die RWI-Studie belegt auch, daß etwa ein Drittel der Arbeitslosen schon nach weniger als einem Monat wieder einen neuen Job hat. In der Bundesrepublik sind es nur neun Prozent. Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, daß im verarbeitenden Gewerbe kräftige Produktionsschwankungen auftreten, also die Beschäftigungsvariationen aus zeitweisen Entlassungen und Wiedereinstellungen resultieren und damit Kurzarbeits-Charakter haben. Die Übertragung des US-Systems „Job statt Ausbildung" auf die Bundesrepublik wird jedoch vom RWI sehr kritisch beurteilt.

ARGENTINIEN / Schwierigkeiten mit IWF-Auflagen

## Grinspun zurückgetreten

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Die Rücktritte des argentinischen Wirtschaftsministers Bernardo Grinspun und des Zentralbankpräsidenten Enrique Garcia Vazquez haben in Buenos Aires Überraschung, Konfusion und Besorgnis ausgelöst. Diese Entwicklung wurde von der Presse als Beweis für die immer schwierigere Situation der Alfonsin-Regierung gewertet.

Die beiden wichtigsten Wirtschaftsberater des Präsidenten sind nach Ansicht vieler Kommentatoren ein Opfer des im Oktober vergangenen Jahres geschlossenen IWF-Abkommens geworden. In den letzten Wochen hatte sich herausgestellt, daß Argentinien einige der Vereinbarungen mit Sicherheit nicht einhalten kann. Zudem gerieten die geplanten Austeritäts-Maßnahmen unter massive Kritik der Gewerkschaften. Selbst die Führung der regierenden radikalen Bürgerunion äußerte Bedenken.

Der Währungsfonds wünscht eine Senkung der Inflationsrate auf 300 Prozent bis September. Zur Zeit steigen die Lebenshaltungskosten jedoch um 750 Prozent (Jahresrate). Im Januar wurden allein 25 Prozent verzeichnet. Auch in diesem Monat rechnet die Regierung mit einer zweistelligen Ziffer: 20 Prozent.

Argentinien wartet auf die erste Tranche eines Standby-Kredites des Währungfonds von 1,4 Mrd. Dollar und muß mit den Gläubigerbanken noch eine endgültige Einigung über ein Darlehen von 4,2 Mrd. Dollar erzielen. Die Auslandsschulden der Nation betragen zur Zeit 45 Mrd. Dollar.

Die Alfonsin-Regierung hatte sich gegenüber dem IWF auch verpflichtet, das Defizit und die Zahl der staatlichen Gehaltsempfänger zu reduzieren. Die Gewerkschaften protestierten jedoch energisch gegen die beabsichtigten Entlassungen. Die meisten Beobachter der Wirtschaftsszene meinen jedoch, daß viele Privatfirmen bald gezwungen sein werden, Personal abzubauen. Anfang des Monats vereinbarten die Gewerkschaften und die Industrie einen 30tägigen Burgfrieden. Die Gewerkschaften wollten nicht streiken, die Industrie keine Entlassungen vornehmen. Das Streikmoratorium hielt nicht lange.

Raul Alfonsin ernannte Alfredo Concepcion, den bisherigen Chef der Behörde für Binnenhandel, zum neuen Zentralbankpräsidenten. Nachfolger von Bernardo Grinspun, der seit Alfonsins Amtsantritt im Dezember 1983 die argentinische Wirtschaftspolitik steuerte, wurde der Planungs-Staatssekretär Juan Sourrouille (44). (SAD)

WERBERAT / Selbstdisziplin der Wirtschaft festgestellt

## Beschwerden nehmen ab

DW. Bonn

Im vergangenen Jahr haben weniger Verbraucher die Werbung der Wirtschaft in allen Medien der Bundesrepublik Deutschland beanstandet. Darauf weist der deutsche Werberat hin, die zentrale Beschwerdestelle für Wirtschaftswerbung. 1984 behandelte er insgesamt 197 Fälle, gegenüber 205 Beschwerden im Jahr zuvor. Mit rund elf Prozent sämtlicher Beschwerden wurde Werbung des Dienstleistungssektors – zum Beispiel von Heilpraktikern, Fahrschulen oder Ehevermittlungen – am häufigsten vom Konsumenten beanstandet.

Es folgten, so der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), Bonn, in der Arbeitsbilanz 1984, Werbemaßnahmen des Kraftfahrzeug-Bereichs und der Textilproduzenten mit neun Prozent, der Arzneimittel- und Heilgeräte-Hersteller mit sechs Prozent sowie des Lebensmittelsektors und der Hersteller alkoholischer Getränke mit jeweils fünf Prozent.

Allerdings hat der Werberat nur 53 Verbraucherbeanstandungen als begründet angesehen. In diesen Fällen konnte das Gremium bei den Firmen entweder die Einstellung der Werbung (83 Prozent) oder ihre Änderung (17 Prozent) erreichen. Hier zeige sich die ausgeprägte Bereitschaft der Wirtschaft zur Selbstdisziplin in der Werbearbeit, heißt es beim ZAW, zumal es sich um überwiegend rechtlich zulässige Werbung handele. Seit der Arbeitsaufnahme der Beschwerdestelle im Jahr 1972 hat der Werberat mehr als 2000 Fälle abschließend behandelt und davon etwa ein Viertel als gerechtfertigt anerkannt.

AMK / Berliner Messegesellschaft erweitert Aktivitäten

## Drei Projekte in China

PETER WEERTZ, Berlin

Die AMK – Ausstellungs-Messe-Kongreß GmbH Berlin will ihre Aktivitäten im Ausland ausweiten. Wie Geschäftsführer Manfred Busche erläuterte, ist es der Messegesellschaft gelungen, drei Projekte in der Volksrepublik China einzuleiten. Bereits im vergangenen Jahr hat die AMK die Akquisition in europäischen Ländern für die internationale Fachmesse für Oberflächentechnik übernommen, die in Peking vom 28. Mai bis 2. Juni 1985 veranstaltet wird.

Jetzt hat die AMK Berlin von der Volksrepublik China den Auftrag für zwei weitere Messen erhalten: die China Graphics (4. bis 9. Oktober 1985 in Peking) und die erste Internationale Fachmesse für Lebensmitteltechnologie und Verpackung (vom 27. 3. bis 2. 4. 1986 in Wuhan).

Die Computergrafik-Messe ist mit einem Symposium über die Anwendung bei Entwicklung, Planung und Konstruktion verbunden. Auf dieser Messe sollen 60 Unternehmen aus der Bundesrepublik, Europa, USA und Übersee moderne Anwendungsbereiche in der Computergrafik demonstrieren. Vertragspartner ist das „China Council for the Promotion of International Trade" und das Pekinger Institute of Technology.

Den Nachholbedarf in der Lebensmittel-Technologie bezeichnet die AMK als erheblich. Die Schwerpunkte der „Foodtech '86" sind daher Anlagenbau, Lagerhaltung, Förder- und Transportanlagen, Veredlung von Lebensmitteln, Fleischverarbeitung, Verpackungsfragen, Qualitätskontrolle sowie Brauerei- und Weinbautechnologie.

## NAMEN

**Herbert Heyder**, Bankdirektor, ehemaliger Börsenchef der Dresdner Bank, feiert heute den 80. Geburtstag.

**Udo-Wolfgang Zapfe**, Vorstandsmitglied der Albingia Lebensversicherungs-AG, wurde auch zum Vorstandsmitglied der Albingia Versicherungs-AG bestellt. **Wilfried Boysen** und **Dr. Joachim Strauß**, Vorstandsmitglieder der Albingia Versicherungs-AG, wurden auch zu Vorstandsmitgliedern der Albingia Lebensversicherungs-AG berufen.

MÜNCHNER KAPITALANLAGE AG

## Erfolgreiche Rentenfonds

DANKWARD SEITZ, München

Weiterhin positiv beurteilt die Münchner Kapitalanlage AG (MK) die Aussichten an der Börse. Die anhaltende Konjunkturbelebung, der nachlassende Inflationsdruck und eine deutliche Qualitätsverbesserung der Unternehmensgewinne schaffen nach Ansicht von MK-Vorstandsmitglied Winfried Pradel zusätzlichen Zinssenkungsspielraum und Chancen auf ein attraktives Kurspotential.

Besonders profitieren konnte die MK seinen Worten zufolge schon 1984, ihrem 10. Geschäftsjahr, vom anhaltenden Zinssenkungstrend. Mit einem Wertzuwachs von jeweils 13 Prozent konnten die beiden in deutsche Rentenwerte anlegenden Fonds Rentak und Rentex im Branchenvergleich sogar überdurchschnittlich gut abschneiden. Der Alfakapital (deutsche Aktien) kam auf eine Wertsteigerung von 7,8 Prozent.

Von den beiden in internationalen Aktien engagierten Fonds kam der Investors Fonds noch auf ein Plus von 0,9 Prozent, während der Analytik ein Minus von 3,5 Prozent hinnehmen mußte. Das von der MK verwaltete Fondsvolumen belief sich Ende 1984 auf 253,3 (240,2) Mill. DM. Die größten Zuwachsraten verzeichneten mit 26,0 bzw. 23,3 Prozent Rentak und Alfakapital vor Rentex mit 4,2 Prozent. Analytik und Investors Fonds verzeichenten Einbußen von 4,5 und 6,7 Prozent. In ähnlichen Bahnen verlief der Fondsabsatz. So konnten der Alfakapital und der Rentak einen Mittelzufluß von 3,5 Mill. und 5,6 Mill. DM verbuchen, während sich bei den übrigen Abflüsse von 0,4 Mill. (Rentex) bis 4,1 Mill. DM (Investors Fonds) ergaben.

Für den Rentex wurde die Ausschüttung auf 6,50 (7,30) DM je Anteil zurückgenommen. Mit unverändert 0,35 DM werden die Investors-Anteile bedient; hierfür stehen nur die vereinnahmten Zinsen und Dividenden zur Verfügung. Die Körperschaftssteuergutschrift für die thesaurierenden Alfakapital und Analytik beläuft sich auf 0,16 (0,14) DM bzw. 0,05 (0,03) DM.

## Jockey-Umsatz litt unter Witterung

INGE ADHAM, Frankfurt

Nicht ganz so wie geplant lief die Umsatzentwicklung bei der Volma Wirkwaren GmbH, Hechingen, (Marke: Jockey), im vergangenen Jahr. Denn Verzögerungen und Ausfälle in der Fertigung als Folge neuer Produktionseinrichtungen und der neuen EDV-Anlage ließen den Umsatz bei 71,5 (i. V. 71) Mill. DM stagnieren.

Volma ist, als deutsche Lizenznehmerin der internationalen Marke Jockey, übrigens ausschließlich auf den Inlandsmarkt angewiesen. Anders als geplant verlief auch das Geschäft mit Polohemden, das im Vorjahr kräftig expandierte. Der kalte Sommer stoppte die Verkäufe.

Jockey-Geschäftsführer Gerd Hauschild sieht die Umsatzstagnation des vergangenen Jahres allenfalls als kleine Delle. Für dieses Jahr sind mit unverändert gut 2000 Facheinzelhandelskunden wieder drei Prozent Umsatzplus eingeplant. Das Auftragspolster für Frühjahr und Sommer sichere die volle Auslastung der Kapazitäten bei erhöhtem Personalbestand.

Bei den Investitionen hat Jockey nach dem 9 Mill.-DM-Kraftakt für eine neue Strickerei im vergangenen Jahr kürzer getreten, sie sollen in diesem Jahr aber wieder über die Abschreibungen steigen. Die Pflege der Marke durch Werbung und Verkaufsförderung will sich das Unternehmen in diesem Jahr 3,6 Mill. DM kosten lassen, dazu gehört auch der gerade eröffnete erste „Jockey-Show-Room" in Düsseldorf.



## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Dividende bei Pfaff

**Kaiserslautern** (dpa/VWD) – Der Maschinenbaukonzern G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern, bei dem Anfang Februar Unregelmäßigkeiten bei der brasilianischen Tochter aufgedeckt wurden, wird auch für 1984 eine Dividende zahlen. Einer Firmenmitteilung zufolge werde – nach dem vorläufigen Prüfungsbericht – die aus den Vorfällen in Brasilien auf Pfaff zukommende Belastung des Jahresergebnisses 1984 wieder eine Dividende zulassen. Zuletzt waren sechs DM je Aktie gezahlt worden.

### DIT-Ausschüttungen

**Frankfurt** (cd.) – Der Deutsche Investment-Trust erhöht die Barausschüttungen für Concentra (0,90 nach 0,80 DM), Interglobal (4,60 nach 4,50 DM) und den Internationalen Rentenfonds (7,60 nach 7,40 DM) und ermäßigt die Ausschüttungen für Industria (1,40 nach 1,50 DM), Transatlanta (0,80 nach 1,00 DM), Vermögensbildungsfonds (2,60 nach 2,90 DM) VAF (1,80 nach 2,50 DM) sowie VEF (6,20 nach 6,50 DM). Erstmals werden Erträge einschließlich der im Rumpfgeschäftsjahr angefallenen Einkünfte für die Ende Juli 1983 aufgelegten Fonds gezahlt, und zwar für Pazifikfonds (2,50 DM), Rohstoffonds (5,00 DM), Technologiefonds (1,00 DM) und Fonds für Wandel- und Optionsanleihen (6,30 DM). Hinzu kommen Körperschaftssteuergutschriften bei Concentra (0,25 DM), Industria (0,10 DM), Interglobal (0,12 DM), Rohstoffonds (0,01 DM), Vermögensbildungsfonds (0,18 DM) und VAF (0,30 DM).

### Strukturanpassung

**Hannover** (dpa/VWD) – Der Vorstand der Gildemeister AG, Bielefeld, hat dem Aufsichtsrat eine mittelfristige Strukturplanung für die beiden letzten noch nicht konsolidierten Unternehmensbereiche Automatische Drehmaschinen in Bielefeld und NC-Drehmaschinen Max Müller in Hannover vorgetragen. Bis 1986 sollen die beiden Bereiche auf eine wirtschaftlich sichere Basis gestellt werden, wobei in Bielefeld 80 und in Hannover 50 Arbeitsplätze abgebaut werden.

### Iveco modernisiert

**Ulm** (dpa/VWD) – Der zum Fiat-Konzern gehörende Nutzfahrzeughersteller Iveco-Magirus AG, Ulm, will bis Mitte 1986 die in Ulm angesiedelte Achsen-Fertigung mit einem Investitionsaufwand von 20 Mill. DM auf den neuesten Stand der Technik bringen. Es ist nach Vorstandsangaben das größte Einzelprojekt des Unternehmens im laufenden Jahr und Teil eines Investitionsprogramms, das von 1985 bis 1987 insgesamt etwa 70 Mill. DM Sachinvestitionen vorsieht. Das Konzept diene nicht nur der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern solle auch Arbeitsplätze sichern.

### Kürschner: Frost zu spät

**Frankfurt** (dpa/VWD) – Für die Bilanz 1984 des Kürschnerhandwerks ist der Frost dieses Winters zu spät gekommen. Mit rund 1,3 Mrd. DM haben die 1991 Kürschnerbetriebe im vergangenen Jahr 3,4 Prozent weniger umgesetzt als 1983. Nach Angaben des Verbands der Deutschen Rauchwaren- und Pelzwirtschaft, Frankfurt, hatten die Betriebe bis zum Oktober gegenüber der gleichen Vorjahreszeit noch ein Umsatzplus verzeichnet. Die milde Witterung in den sonst stärksten Monaten November und Dezember habe dann für Rückgänge gesorgt.

# Käufer sprangen auf den BMW-Zug

## Große Umsätze in Autowerten und Farbennachfolgern

**DW. – An der um eine Stunde vorgezogenen Faschingsbörse gab die BMW-Aktie den Ton an. Der als hervorragend empfundene Vorbericht über das Jahr 1984 hat die Anleger aus der Reserve gelockt. *Dieser Kaufschub riß den ganzen Automarkt mit.* Daneben blieben die Vortagsfavoriten, die Farbennachfolger, im Mittelpunkt des Interesses. An den übrigen Märkten gab es zwar auch einige Glanzlichter, doch war das Geschäft merklich ruhiger. Der *Kursaufschwung vollzieht sich eben vor allem bei ausgewählten Werten.***

BMW bis an den Rand der Kapazität ausgelastet – diese Nachricht ließ den Kurs in der Spitze bis auf 388 DM (plus 19) hochschnellen. Daimler-Benz wurden unter wesentlicher Beteiligung ausländischer Käufer bis auf 659,50 DM (*plus 15,50*) *hochgezogen.* Und selbst die dividendenlosen VW zogen um 2,50 DM auf 195 DM mit. Am Farbenmarkt wurden wieder BASF mit einem Tagesgewinn von rund 3 DM am stärksten beachtet. Bayer erreichten die 200-DM-Marke. Abgeflaut die Nachfrage nach Hoesch am Stahlmarkt. Der Hoesch-Kurs änderte sich kaum. *Lebhafter* dagegen auch weiter das Thyssen-Geschäft, wobei der Kurs um knapp 2 DM anzog. Siemens litten mit knapp behaupteten Notierungen noch weiter unter Tauschoperationen in Farbenwerte und nun wohl auch in Autoaktien. Nur mehr oder weniger behauptet auch die Technologie-Aktien wie Nixdorf und PKI, etwas höher dagegen SEL. Beliebt die Nachfrage nach Warenhäusern, vor allem nach Karstadt.

**Düsseldorf:** Audi NSU konnten sich um 17 DM auf 438 DM befestigen, *Dt. Atlanten erhöhten sich* um 8 DM auf 448 DM und Gehe zogen um 4 DM auf 113 DM an. Gerresheimer Glas gaben um 2,50 DM auf 158 DM nach, Mauser sanken um 2,50 DM auf 97,50 DM und Stinnes verminderten sich um 5 DM.

**Frankfurt:** Asko schlossen mit einem Plus von 20 DM auf 850 DM ab, Braun Vz. wurden um 20 DM auf *560 DM* höher taxiert und Mercedes stiegen um 12,50 DM auf 581,50 DM. Kupferberg büßten 20 DM auf 815 DM ein.

**Hamburg:** Beiersdorf tendierten mit 455 DM um 5 DM fester. HEW gaen weiter auf 95 DM minus 1,50 DM nach, whrend sich NWK Vz. bei 169,50 DM plus 0,50 DM gut behaupten konnten. Phoenix Gummi wurden mit 123 DM minus 1 DM bezahlt.

**München:** Aigner erhöhten sich um 1 DM auf 231 DM, Deckel AG veresserten sich um 4,40 DM auf 175 DM und Heilitt befestigten sich um 5 DM auf 270 DM. Dywidag sanken um 1 DM auf 140 DM und Großkraft Franken erlitten eine Einbuße von 5 DM auf 231 DM.

**Berlin:** Rheinmetall zogen um 9 DM und Kempinski um 8 DM an. Bergmann, Deutsche Hypobank Berlin, Lehmann und Schering konnten je *1 DM* zulegen. Berliner Elektro büßten 5 DM und Orenstein 3 DM ein.

**Nachbörse: freundlich**

**WELT-Aktienindex: 171,4 (170,7)**
**WELT-Umsatzindex: 3240 (1770)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

## Aktien-Umsätze

## Inlandszertifikate

## Inland

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Ausländische DM-Anleihen

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausland

### New York

### Toronto

### London

### Mailand

### Amsterdam

### Tokio

### Wien

### Kopenhagen

| | 19. 2. | 18. 2. |
|---|---|---|
| Den Danske Bank | 293 | 272 |
| Jyske Bank | 550 | 545 |
| Kopenh. Handelsbk. | 295 | 294 |
| Novo Industri | 355 | 356 |
| Privatbanken | 258 | 258 |
| Ostasiat. Komp. | 167 | 166 |
| Dan. Sukkerfabr. | 550 | 550 |
| För. Bryggerier St. | 835 | 825 |
| Kgl. Porc. Fabr. | 235 | 235 |

### Zürich

### Brüssel

| | 19. 2. | 18. 2. |
|---|---|---|
| Arbed | 1750 | 1725 |
| Brux. Lambert | 2060 | 2050 |
| Cockerill Ougrée | 275 | 265 |
| Ebes | 2835 | 2800 |
| Gevaert | 3700 | 3745 |
| Kredietbank | 7860 | 7820 |
| Pétrofina | 6920 | 6920 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 1880 | 1830 |
| Sofina | 7400 | 7330 |
| Solvay | 4080 | 4070 |
| UCB | 4880 | 4860 |
| Index | 21178,5 | – |

### Madrid

### Hongkong

### Singapur

| | 19. 2. |
|---|---|
| Cycle + Car. | 3,00 |
| Cold Storage | 2,68 |
| Dev. Bk. of Sing. | 5,85 |
| Fraser + Neave | 5,15 |
| Kl. Kepong | 2,37 |
| Mal. Banking | 6,00 |
| Nat. Iron | 3,24 |
| OCBC | 9,15 |
| Sime Darby | 1,94 |
| Singapur Land | 2,87 |
| Un. Overs. Bank | 4,46 |

### Paris

### Sydney

| | 19. 2. | 18. 2. |
|---|---|---|
| CSR (Theiss) | 2,96 | 2,93 |
| Metals Expl. | 0,48 | 0,50 |
| MIM-Holdings | 2,40 | 2,63 |
| Myer Emporium | 1,90 | 1,90 |
| North Broken Hill | 2,25 | 2,22 |
| Oakbridge | 0,70 | 0,70 |
| Peko Wallsend | 4,50 | 4,40 |
| Poseidon | 3,00 | 2,85 |
| Thomas Nat. Tr | 2,08 | 2,10 |
| Waltons Bond | 0,37 | 0,38 |
| Western Mining | 3,44 | 3,40 |
| Woodside Petr. | 0,86 | 0,85 |
| Index | 795,10 | 790,50 |

## Optionshandel

**Frankfurt: 19. 02. 85**

1154 Optionen = 53 400 (64 200) Aktien,

davon 179 Verkaufsoptionen = 8850 Aktien

**Kaufoptionen:** AEG 4-120/2, 7-110/10,1, 7-120/5,5, 10-110/12,9, 10-120/7,6, Agiv 10-290/3,15, **BASF** 4-159,65/31, 4-169,65/20, 4-170/21, 4-179,65/12, 4-181/12, 4-189,65/4,4, 4-190/5, 7-170/23,8, 7-179,65/15, 7-180/15,4, 7-189,65/9,9, 7-190/10,6, 7-200/6,35, 10-190/13, 10-200/9, **Bayer** 4-170/30, 4-190/10,6, 7-200/6,35, 4-210/3, 7-170/30, 7-190/18,5, 7-180/20, 4-190/10, 4-200/5,5, 4-210/3, 7-170/30, 7-190/18,5, 7-200/12, 7-210/5,9, 10-200/13, 10-210/10, **Commerzbk.** 4-170/3, 4-180/1,5, 7-180/8, 7-190/2,4, 10-180/7,9, **Deutsche Bk.** 4-400/14,8, 7-400/29,8, **Degussa** 7-380/7, **Dresdner Bk.** 4-180/17, 4-190/7,9, 4-200/3,4, 7-190/17,9, 7-200/8,5, 7-210/3,6, 10-190/18,6, 10-210/6,5, **Hoechst** 4-170/23, 4-180/12, 4-190/5,5, 4-200/2,4, 7-190/13, 7-200/7,5, 7-210/3, 10-180/20,5, 10-190/15,6, 10-210/7, **Hoesch** 4-95/17,3, 4-100/12,4, 4-110/4, 7-100/14, 7-120/3,5, 10-100/15,6, 10-110/9,5, 10-120/6, **Karstadt** 7-210/30, **Klöckner** 4-60/20,8, 4-80/3, 4,58/1,6, 7-80/6,9, 7-85/3,7, 7-90/3, 10-80/8,55, 10-85/6,4, 10-90/3,9, 10-95/3,4, **Lufthansa Vz.** 4-160/25, 4-180/8,5, **Mercedes** 4-550/33, **Metallges.** 7-250/18, **Mannesmann** 4-140/18, 4-150/8,8, 4-180/3,3, 7-150/15,6, 7-160/7,4, 7-170/3,2, 10-170/5, **Preussag** 7-270/12,5, **RWE St.** 10-170/5,1, **Siemens** 4-450/98, 4-470/77, 4-480/68, 4-500/48, 4-510/41, 7-470/80, 7-520/48, 7-530/40,5, 10-540/43, 10-600/12, **Thyssen** 4-80/22,7, 4-85/17,6, 4-90/15,1, 4-95/8, 4-100/6, 7-80/25,8, 7-85/21,4, 7-90/18,5, 7-95/11,5, 7-100/8,4, 7-110/4,4, 10-95/14,7, 10-100/12, 10-110/6,8, **Veba** 7-180/3,9, **VW** 4-190/10,6, 4-210/2, 7-200/11,5, 10-220/8, 10-240/26, **Alcan** 7-110/4,5, 10-100/10, **IBM** 7-430/30, 7-450/25, **Norsk Hydro** 7-40/3,5, **Philips** 4-50/4,4, 10-50/7,6, **Royal Dutch** 4-160/20,2.

**Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/1, 4-110/2, 7-110/4, 10-110/6, **BASF** 7-190/4, 10-180/2,3, **Bayer** 7-200/5,5, **Bay. Hypo** 7-320/7,4, **BMW** 4-350/3, 4-360/7, 4-370/8,2, 7-340/3,6, 7-360/11,4, 10-340/5,55, 10-350/9, 10-380/12,8, **Commerzbk.** 10-160/2,6, 10-170/6,5, **Conti** 4-120/2,4, 7-120/4,3, 10-110/1,8, 10-120/3,1, **Daimler** 7-600/5, **Deutsche Bk.** 4-380/2,7, 10-380/6,7, 10-400/15, **Dresdner Bk.** 10-180/2,4, **GHH ST.** 10-160/3,5, **Hoechst** 7-190/3, **Hoesch** 10-100/2,5, **Klöckner** 7-80/4, **Lufthansa St.** 7-190/7,4, **Lufthansa Vz.** 7-170/2,1, **Linde** 7-390/2, **Mercedes** 7-550/14, **Schering** 7-460/3,4, 10-440/5,6, 10-450/6, **Kali + Salz** 10-250/3,5, **Siemens** 4-520/2,1, 7-490/1, 7-500/2,1, 7-510/3,9, 7-520/4,4, 10-470/2, 10-480/3,2, 10-500/2, **Thyssen** 7-95/1,5, 7-100/3,95, **Veba** 10-170/3,9, **VW** 4-200/7,6, **IBM** 4-420/6, 4-430/8, 10-420/14,6, **Royal Dutch** 10-160/3.

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 8½– 8¾ | 5⅝–5⅞ | 5½–5¾ |
| 3 Monate | 8⅞– 9¼ | 5⅞–6⅛ | 5⅝–5⅞ |
| 6 Monate | 9⅛– 9⅝ | 6¼–6½ | 5¾–6 |
| 12 Monate | 10 –10¼ | 6⅜–6⅝ | 5⅞–6⅛ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1590,00 | 1995,00 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1275,00 | 1540,80 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 530,00 | 718,20 |
| 1 £ Sovereign alt | 229,00 | 283,86 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II. | 227,50 | 282,15 |
| 20 belgische Franken | 176,75 | 229,99 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 237,75 | 298,39 |
| 2 südafrikanische Rand | 334,75 | 277,87 |
| Krüger Rand, neu | 1014,25 | 1196,14 |
| Maple Leaf | 1014,25 | 1196,14 |
| Platin Noble Man | 932,00 | 1102,38 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen*)** | | |
| 20 Goldmark | 248,75 | 312,07 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 180,00 | 233,70 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 178,00 | 231,42 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 937,25 | 1132,30 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 188,50 | 235,41 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 97,25 | 127,96 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 436,25 | 531,52 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 102,75 | 139,93 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 19. 02. 85 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York³) | 3,3122 | 3,3202 | 3,2791 | 3,25 | 3,34 |
| London¹) | 3,607 | 3,621 | 3,543 | 3,47 | 3,62 |
| Dublin¹) | 3,109 | 3,123 | 3,053 | 3,54 | 3,69 |
| Montreal³) | 2,4610 | 2,4690 | 2,4371 | 2,40 | 2,50 |
| Amsterd. | 88,235 | 88,455 | 88,11 | 87,50 | 89,50 |
| Zürich | 117,700 | 117,900 | 117,69 | 116,25 | 119,00 |
| Brüssel | 4,965 | 4,985 | 4,911 | 4,88 | 5,08 |
| Paris | 32,620 | 32,780 | 32,38 | 31,75 | 33,50 |
| Kopenh. | 27,865 | 28,025 | 27,56 | 27,10 | 28,85 |
| Oslo | 34,870 | 34,990 | 34,295 | 34,00 | 35,75 |
| Stockh.**) | 35,400 | 35,560 | 34,665 | 34,50 | 36,25 |
| Mailand²) **) | 1,614 | 1,634 | 1,582 | 1,57 | 1,69 |
| Wien | 14,216 | 14,256 | 14,205 | 14,14 | 14,38 |
| Madrid**) | 1,810 | 1,820 | 1,781 | 1,75 | 1,89 |
| Lissabon**) | 1,830 | 1,850 | 1,713 | 1,43 | 2,25 |
| Tokio | 1,2675 | 1,2705 | – | 1,22 | 1,28 |
| Helsinki | 48,120 | 48,320 | 47,225 | 47,00 | 48,75 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 4,00 |
| Rio | – | – | – | 0,08 | 0,18 |
| Athen*) **) | 2,436 | 2,49 | – | 1,90 | 2,80 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,3205 | 2,3085 | – | 2,32 | 2,42 |
| Johannesbg.*) | 1,6915 | 1,7005 | – | 1,50 | 1,75 |

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Devisenmärkte

Am Devisenmarkt herrschten am 19. 2. Turbulenzen. Einer zu Beginn des Handels kräftigen Dollar-Nachfrage trat die Bundesbank mit Verkäufen entgegen und es gelang ihr, den Kurs von 3,3180 auf 3,2850 zu drücken. Das Volumen der Verkäufe dürfte 100 Millionen Dollar nicht überschritten haben. Zur amtlichen Notiz war dies allerdings vergessen, denn man errechnete eine Notierung von 3,3162, nachdem sich die Bundesbank zurückgezogen hatte. Der Dollar notierte letztmals höher am 23. November 1971. Für die übrigen amtlich notierten Währungen ergaben sich meist Kurserhöhungen. Im Freiverkehr erlitt der australische Dollar einen scharfen Einbruch mit einem Rückgang über 3,5 Prozent.

**Die Europäische Währungseinheit (ECU)** am 19. Februar: In D-Mark 2,22691 (Parität 2,24184); in Dollar 0,670917 (12. März 1979: 1,35444).

**Ostmarkkurs** am 19. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

## Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen wurden am 19. Februar Dollar/DM- und Pfund/DM-Abschläge leicht erhöht gehandelt.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,80/0,70 | 2,48/2,38 | 5,08/4,88 |
| Pfund/Dollar | 0,48/0,45 | 1,27/1,23 | 1,81/1,74 |
| Pfund/DM | 3,00/ 1,60 | 7,40/ 6,00 | 12,00/10,60 |
| FF/DM | 20/04 | 49/33 | 86/70 |

## Geldmarktsätze

*Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 2.:* Tagesgeld 5,50–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,6[illegible] Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,10 Prozent.

**Privatdiskontsätze** am 19. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz der Bundesbank** am 19. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

**Bundesschatzbriefe** (Zinslauf vom 1. März 1985 an Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,05)–8,50 (7,25) Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49 – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53 **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,84. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,50, Rendite 7,37.

# Rentenkäufer warteten weiter ab

**Der stark schwankende Dollar, der am Dienstagmorgen bis auf 3,31 DM hochgezogen worden war und dann wieder bis auf 3,28 DM zurückfiel, sowie die Unsicherheit über die Konditionen der neuen Bundesanleihe (am Freitag ist Konsortialsitzung) lähmten die Kaufneigung an den Rentenmärkten. Öffentliche Anleihen änderten sich bis um etwa 0,2 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Bundesobligationen wurden eher um einen Viertelpunkt zurückgenommen, DM-Auslandsanleihen sogar bis um einen halben Punkt. Auch der Pfandbriefmarkt verkehrte abwartend.**

| | 19. 2. | 18. 2. |
|---|---|---|
| M 7 dgl. Pf 20 | 98G | 98G |
| B 5 Berl. Pfandb. Pf 7 | 99,75 | 99,75 |
| 7 dgl. Pf 31 | 101G | 101G |
| 6 dgl. Pf 34 | 98,25G | 98,25G |
| 6½ dgl. Pf 37 | 99,5G | 99,5G |
| 8 dgl. Pf 51 | 100G | 100G |
| Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1 | 118G | 118G |
| 7 dgl. Pf 80 | 91,5G | 91,5G |
| 7½ dgl. Pf 87 | 96,75G | 96,75G |
| 6 dgl. KS 29 | 83,25G | 83,25G |
| 7 dgl. KS 30 | 89,95G | 89,95G |
| D 5 Dt.Centbod. Pf 44 | 120,5G | 120,5G |
| 5 dgl. Pf 54 | 116G | 116G |
| 6 dgl. Pf 109 | 83,5G | 83,5G |

| | 19. 2. | 18. 2. |
|---|---|---|
| D 5 RW Bodencr Pf C | 121,5G | 121,5G |
| 5½ dgl K | 107G | 107G |
| 4 dgl. Pf 18 | 104G | 104G |
| 6 dgl Pf 28 | 97G | 97G |
| 6½ dgl. Pf 67 | 88G | 88G |
| 5½ dgl. KO J+E | 120G | 120G |
| 7½ dgl. KO 77 | 100G | 100G |
| S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59 | 110G | 110G |
| 5½ dgl. Pf 109 | 72,5G | 72,5G |
| 7 dgl. Pf 125 | 100G | 100G |
| 7 dgl. Pf 128 | 93G | 93G |
| 8 dgl. Pf 177 | 101,75G | 101,75G |
| 6 dgl. KS 77 | 81,5G | 81,5G |
| 8½ dgl. KS 110 | 100G | 100G |

## Industrieanleihen

| | 19. 2. | 18. 2. |
|---|---|---|
| F 6 Badenwerk 78 | 97,5G | 97,5G |
| F 8 Chem. Hüls 71 | 100,75G | 101 |
| 7¾ Cont. Gum. 71 | 100,4T | 100,4T |
| 5¾ HEW 62 | – | – |
| 7½ dgl 71 | – | – |
| 4½ Harpen 59 | 2250G | 2250G |
| 7½ Hoesch 71 | 100,3G | 100,3G |
| 7½ Karstadt 71 | 100,3 | 100,25 |
| 7½ Kaufhof 71 | 100,75T | 100,6T |
| 7¾ dgl 71 | 100,3G | 100,5G |
| 7½ dgl 78 | 100,75T | 100,75T |
| 7½ Klöckner W 71 | 100,25 | 100,25 |

## Bundesbahn

| | | | |
|---|---|---|---|
| 8 dgl. 84 S.45 | 3/89 | 102,3 | 102,45 |
| 7½ dgl. 84 S.46 | 4/89 | 100,65 | 100,7 |
| 7¾ dgl. 84 S 47 | 7/89 | 101,5 | 101,5 |
| 7¾ dgl. 84 S.48 | 9/89 | 101,5 | 101,55 |
| 7½ dgl 84 S.49 | 10/89 | 100,55 | 100,65 |
| 7¼ dgl. 84 S.50 | 11/89 | 99,65 | 99,7 |
| 7 dgl. 84 S.51 | 12/89 | 98,7 | 98,8 |
| 7 dgl. 77 | 2/87 | 100,25 | 100,25 |
| 6 dgl. 77 | 9/87 | 97,9G | 97,95 |
| 6 dgl 78 II | 7/88 | 96,8 | 96,9 |
| 6½ dgl. 77 | 5/89 | 97,8 | 97,9G |

| | | |
|---|---|---|
| 6 dgl. KO Pf 50 | 100G | 100G |
| 6½ dgl. Pf 10 | 84,75G | 84,75bG |
| 6 dgl. KS 1 | 99,96 G | 99,96 G |
| M 6 Ldz. Aufb IS 15 | 98,8G | 98,8G |
| 6 dgl. IS 16 | 98,2G | 98,2G |
| 6 dgl. IS 17 | 97,35G | 97,35G |
| 8½ dgl. KO 49 | 100,75G | 100,75G |
| 8½ dgl. KO 45 | 100,75G | 100,75G |
| M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103 | 100,75G | 100,75G |
| 9½ dgl. IS 726 | 100bG | 100bG |
| M 5 Bayer. Verbk. Pf 11 | 121G | 121G |
| 6 dgl. Pf 4 | 94bG | 94bG |
| 6½ dgl. Pf 3 | 89G | 89G |
| 8½ dgl. Pf 12 | 88,5G | 88,5G |

11½ dgl. IS 96
M 6½ Münch Hypo Pf 100
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24
6½ dgl. Pf 42
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1
7½ dgl. Pf 4
Hn8 dgl. Pf 10
9 dgl. KO 53
7½ dgl. IS 8
10 dgl. IS 37
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48
6 dgl. Pf 58
6 dgl. Pf 95
7 dgl. Pf 114

## Ausländische Aktien in DM

# Warenpreise – Termine

**Etwas fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee uneinheitlich notierte, konnte sich Kakao leicht befestigen.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 15. 2. | 14. 2. |
|---|---|---|
| März | 346,75 | 346,00 |
| Mai | 339,00 | 338,50 |
| Juli | 332,25 | 332,00 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) | 15. 2. | 14. 2. |
|---|---|---|
| Wheat Board cif. | | |
| St. Lawrence I CW | 255,68 | 256,21 |

| Kakao New York ($/t) | 15. 2. | 14. 2. |
|---|---|---|
| Terminkontr. März | 2113 | 2100 |
| Mai | 2149 | 2142 |
| Juli | 2142 | 2135 |
| Umsatz | 4351 | 6747 |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 März | 4,13 | 3,85 |
| Mai | 4,43 | 4,16 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

## Genußmittel

| Palmöl | | |
|---|---|---|
| Rotterdam ($/lgt) | | |
| Sumatra cif | 615,00 | 615,00 |
| Sojaöl | | |
| Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk | 251,00 | 250,00 |
| Kokosöl | | |
| Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif | 875,00 | 820,00 |
| Leinsaat | | |
| Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif | | |
| Rotterdam | 302,00 | 302,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| | 18. 2. | 15. 2. |
|---|---|---|
| East African 3 long | 680,00 | 680,00 |
| undergraded | 570,00 | 570,00 |
| Seide Yokoh. (Y/kg) | | |
| AAA, ab Lager | | |
| Febr. | 12 130 | 12 100 |
| März | 12 216 | 12 195 |
| Kautschuk London (p/kg) | | |
| Nr. 1 RSS loco | 65,00-70,00 | 65,00-70,00 |
| März | 63,00-69,00 | 63,00-69,00 |
| Apr | 64,00-70,00 | 64,00-70,00 |
| Mai | 65,00-71,00 | 65,00-71,00 |
| Tendenz: ruhig | | |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

## Westdeutsche Metallnotierungen

| | | |
|---|---|---|
| Blei in Kabeln | 130,50-131,50 | geschl. |
| Aluminium für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 455,00-458,50 | 455,00-458,50 |
| Vorziehdraht | 464,00-464,50 | 464,00-464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

## NE-Metalle

## Messingnotierungen

| | 18. 2. | 15. 2. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 440-448 | 434-442 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 477 | 472-474 |
| MS 63 | 479-484 | 473-479 |

## Zinn-Preis Penang

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Edelmetalle

| | | |
|---|---|---|
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 98 100 | 97 950 |
| Silber (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 569,95 | 569,20 |
| 3 Monate | 588,80 | 587,40 |
| 6 Monate | 605,40 | 604,90 |
| 12 Monate | 639,75 | 637,60 |
| Platin (£-Feinunze) | 18. 2. | 15. 2. |
| London fr Markt | 253,45 | 251,75 |
| Palladium (£-Feinunze) | | |
| London f Händlerpr | 118,60 | 117,35 |

## Internationale Edelmetalle

## New Yorker Metallbörse

## Londoner Metallbörse

| | | |
|---|---|---|
| Zink (£/t) Kasse | 803,00-810,00 | 790,00-791,00 |
| 3 Monate | 788,50-795,00 | 775,75-779,00 |
| Zinn (£/t) Kasse | 10 043-10 045 | 10 030-10 035 |
| 3 Monate | 10 042-10 045 | 10 035-10 037 |
| Quecksilber ($-Fl.) | – | 295-305 |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | – | 72-77 |

# NACHRICHTEN

### Aufgebot für Hallen-EM

**Darmstadt** (dpa) – Der Deutsche Leichtathletik-Verband hat ein 32köpfiges Aufgebot für die 16. Hallen-Europameisterschaften benannt, die am 2. und 3. März im griechischen Piräus ausgetragen werden. Nur elf der 21 Deutschen Hallenmeister von Dortmund gehören dazu.

### Verstärkung für Witten

**Witten** (dpa) – Die beiden polnischen Weltklasse-Ringer Jan Falandys und Adam Sandurski haben sich dem sechsmaligen Deutschen Meister KSV Witten 07 angeschlossen. Beide Freistil-Spezialisten werden aber erst am 10. Oktober für die Bundesliga-Kämpfe startberechtigt.

### Punktspiel geht vor

**Hamburg** (sid) – Der norwegische Fußball-Nationalspieler Erik Soler hat von seinem Klub, dem Hamburger SV, keine Freigabe für das Länderspiel der Norweger gegen Wales am 26. Februar erhalten. Die Hamburger bestreiten einen Tag später ein Bundesliga-Punktspiel gegen den VfL Bochum.

### Ehrung für Louganis

**Indianapolis** (dpa/UPI) – Greg Louganis, Olympiasieger im Kunst- und Turmspringen, ist mit dem Sullivan-Preis als bester US-Amateursportler des Jahres 1984 ausgezeichnet worden.

### *Ritterschlag für Fußballer*

**Paris** (sid) – Acht Mitglieder der französischen Fußball-Nationalmannschaft, die 1984 die Europameisterschaft gewann, sind in Paris zum Ritter des Nationalen Verdienstordens geschlagen worden.

### Westphal in Runde zwei

**La Quinta** (dpa) – Der Neusser Michael Westphal hat beim mit 375 000 *Dollar* dotierten *Tennis-Turnier* von La Quinta in Kalifornien die zweite Runde erreicht. Der Ranglisten-Sechste des Deutschen Tennis-Bundes besiegte den Amerikaner Jay Lapidus 6:4 und 6:4.

### Polizisten verletzt

**Krefeld** (dpa) – Fünf Polizisten wurden verletzt, gegen drei Essener wurde Strafanzeige wegen Körperverletzung und Widerstandes erstattet – so lautet die Polizei-Bilanz des Spielabbruches beim Eishockey-Aufstiegsspiel zur ersten Bundesliga, Krefelder EV – EHC Essen-West, vom letzten Freitag.

FUSSBALL / Europameisterschaft 1988 in Deutschland, aber nicht in Berlin, Hamburg, Bochum und Dortmund

# Neuberger fühlt sich jetzt „stolz und glücklich" und für Hamburg versprach er ein Trostpflaster

sid/dpa, **Alvor/Bern**

14 Jahre nach der Fußball-Weltmeisterschaft findet erneut ein Fußball-Großereignis in der Bundesrepublik Deutschland statt. Das Organisationskomitee der Europäischen Fußball-Union (UEFA) vergab gestern in Bern die Europameisterschaft 1988 an den Deutschen Fußball-Bund (DFB). Dreimal zuvor war der DFB mit seinem Antrag gescheitert – 1976 an Jugoslawien, 1980 an Italien und 1984 an Frankreich. Der noch notwendige endgültige Beschluß durch das Exekutivkomitee der UEFA fällt am 15. März in Lissabon, er ist nur noch Formsache.

„Ich bin stolz und glücklich zugleich", kommentierte DFB-Präsident Hermann Neuberger die Nachricht aus Bern in Alvor, wo sich die deutsche Nationalmannschaft auf das WM-Qualifikationsspiel gegen Portugal (Sonntag) vorbereitet. Die Entscheidung fiel mit 5:1-Stimmen. Ein Russe, ein Bulgare, ein Tschechoslowake, ein Franzose und ein Schweizer stimmten für die Bundesrepublik – aber nur unter der Bedingung, daß kein Spiel in Berlin stattfinden würde. Islands Vertreter votierte für den skandinavischen Zusammenschluß von Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen. England, in den letzten Tagen als größter Konkurrent des DFB angesehen, erhielt keine Stimme, trotz einer groß angelegten Werbekampagne, bei der unter anderem ein Reingewinn von 18,5 Millionen Schweizer Franken versprochen wurde. Neuberger: „Diese Unterlagen waren unrealistisch."



**Den Spielplan schon ausgearbeitet: Hermann Neuberger**
FOTO: HARTUNG

Der Spielplan für die Europameisterschaft 1988 steht schon zu 99 Prozent fest. Gespielt wird in zwei Gruppen. Das Eröffnungsspiel bestreitet die automatisch qualifizierte deutsche Mannschaft am 10. Juni in Düsseldorf und reist dann zu den weiteren Gruppenspielen nach Hannover und München. Gruppe zwei spielt in Gelsenkirchen, Köln, Frankfurt und Stuttgart, die beiden Halbfinalspiele finden in Düsseldorf und Stuttgart, das Finale (25. Juni) in Stuttgart statt.

So stolz und glücklich Neuberger auch sein mag – der Ärger ist programmiert – nicht nur, weil der DFB Berlin aus politischen Gründen geopfert hat. Auch Dortmund, Bochum und Hamburg fielen aus dem Kreis der ursprünglich elf Austragungsstädte heraus. Neuberger dazu: „Im Hamburger Volksparkstadion müßte noch einiges getan werden, um modernsten Ansprüchen gerecht zu werden. Köln erhielt bei gleichem Fassungsvermögen den Vorzug, weil das Müngersdorfer Stadion mehr Sitzplätze hat und damit wirtschaftlicher ist. Die beiden Ruhrgebietsstädte blieben wegen des geringeren Fassungsvermögens außen vor, obwohl *die Fußballer dort sicher gern zu Gast* wären. Wir mußten in Bern den entscheidenden Wert auf den wirtschaftlichen Bereich legen. Wir mußten uns gegen den Mitbewerber England wehren, der der UEFA hohe Einnahmen versprach."

Der Fall Hamburg, so Neuberger, tue ihm besonders leid, „und vielleicht ist in dieser Hinsicht noch nicht das letzte Wort gesprochen". Der DFB werde jedoch vorbereitende Länderspiele gegen Gegner wie Brasilien, Italien und England in die jetzt nicht berücksichtigten Stadien vergeben. Neuberger: „Vielleicht machen wir ein großes Turnier."

In einer Hochrechnung geht der DFB davon aus, daß die drei Spiele der deutschen Mannschaft, die beiden Halbfinals und das Endspiel ausverkauft sein werden und die Auslastung der übrigen Spiele bei 70 Prozent liegt. Um gut besetzte Stadien zu erreichen, soll es möglichst niedrige Eintrittspreise geben. Neuberger: „Bei den Endrunden in Belgien, Jugoslawien und besonders 1980 in Italien wurde vor leeren Tribünen gespielt. Das war furchtbar und das wollen wir verhindern. Deshalb bleiben wir im Stehplatzbereich bei zehn Mark. Die Engländer dagegen setzten in ihren Kalkulationen 30 Mark für den Stehplatz ein." Das Votum von Bern wurde von Neuberger auch aus sportlichen Gründen begrüßt: „Unsere Mannschaft kann sich ohne Qualifikation und den damit verbundenen Druck vorbereiten. Das war 1984 ein entscheidender Vorteil der Franzosen." Team-Chef Franz Beckenbauer auf die Frage, ob er nun nicht auf alle Fälle bis 1988 im Amt bleiben wolle: „Darüber mache ich mir erst Gedanken, wenn wir die Qualifikation für die WM 1986 in Mexiko geschafft haben. *Schaffen wir die nicht, höre ich* auf jeden Fall auf."

In England herrscht derweil große Enttäuschung über die Ablehnung der eigenen Bewerbung. Der Verbands-Vorsitzende Bert Millichip führt das Nein vor allem auf den schlechten Ruf der britischen Fußballfans zurück: „Das Rowdytum wird als britische Seuche bezeichnet. *Leider haben uns die jüngsten* Ausschreitungen unserer sogenannten Fans im Ausland die Austragung dieses prestigeträchtigen Wettbewerbs gekostet. Den Fans soll auch klar gemacht werden, daß, falls sie sich in Deutschland daneben benehmen, unsere Nationalmannschaft aus dem Turnier ausgeschlossen wird." Die Engländer hatten sich auch deshalb Chancen ausgerechnet, weil sie 1988 den 125. Geburtstag ihres Verbandes und das 100jährige Jubiläum ihrer Liga feiern.

# Spieler sind isoliert wie unter einer Käseglocke

ULRICH DOST, **Alvor**

Es war beim letzten Länderspiel am 16. Dezember 1984 auf Malta, als Teamchef Franz Beckenbauer einen weiteren Zopf eingefahrener Verhaltensweisen beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) abschnitt. Er polterte los: „Hier geht es ja zu wie bei einem Betriebsausflug und nicht wie bei einer Vorbereitung auf ein Länderspiel. Das wird ab sofort abgestellt."

Fans, Funktionäre und auch Journalisten sollten zwar auch weiterhin zu ihrem Recht kommen, aber eben schön geordnet und alles zu seiner Zeit. Gesagt, getan: Beim Trainingslager vor dem WM-Qualifikationsspiel am Sonntag in Lissabon gegen Portugal suchte und fand Beckenbauer mit seinen Spielern die Isolation.

Im luxuriösen Hotel Alvor an der Algarveküste in Alvor bewohnen sie ganz allein für sich einen separaten Trakt. *Hier schlafen und essen sie*, hier reden sie ganz unter sich, unbeobachtet wie unter einer Käseglocke.

Daß diese Isolation auch seltsame Blüten treiben kann, wurde gleich gestern deutlich, als die Mannschaft nach dem Frühstück zum Training fahren wollte. Da konnten sie nämlich nicht raus aus ihrem Häuschen, und DFB-Präsident Hermann Neuberger schlug wie wild gegen die verschlossene gläserne Tür. Es dauerte eine Zeitlang, bis ein Sicherheitsbeamter kam, der die Türe aufschließen konnte.

Beckenbauer wollte diese Isolation, jetzt läuft im Umfeld alles so, wie er es sich wünschte. Und in der Mannschaft? Endlich müssen auch einmal die beiden Stürmer Karl-Heinz Rummenigge und Rudi Völler den Beweis antreten, daß sie tatsächlich das beste Stürmerduo in Europa sind, so wie es Beckenbauer schon behauptete, als er noch nicht Teamchef war. Zusammen haben beide unter Beckenbauer in vier Spielen aber erst ein Tor erzielt (Rummenigge beim 2:0 gegen Schweden).

Noch zeigt sich Beckenbauer geduldig wie nach dem Ungarn-Spiel, als er direkt versicherte, die beiden würden auch gegen die Portugiesen stürmen, obwohl sie jeweils nur einmal *aufs Tor geschossen haben. Bei* dem Bremer Rudi Völler liegt der Fall noch nicht einmal so problematisch. Völler ist eben kein Typ, der auf rutschigem Untergrund zurechtkommt. Bei ihm besteht die berechtigte Hoffnung, daß er auf dem grünen Rasen in Lissabon zu gewohnter Stärke zurückfindet.

Aber was ist mit Karl-Heinz Rummenigge? Seine derzeitige Form bleibt weiterhin verschleiert. Die ersten beiden Trainingseinheiten konnte der Kapitän der Nationalmannschaft nicht mitmachen, weil er mit 37,5 Grad Fieber im Bett bleiben mußte. Die leichte Grippe hatte der Star von Inter Mailand aus Italien mitgebracht. Gerade der frühere *Münchner will aber einmal mehr* den Beweis antreten, daß er auch noch in der Nationalmannschaft unentbehrlich ist. Geradezu hämisch hatte der freiwillig zurückgetretene frühere Nationalspieler Bernd Schuster aus Barcelona über das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" nachfragen lassen, daß er sich an das letzte gute Länderspiel Rummenigges nicht erinnern könne. Man muß tatsächlich schon weit zurückblättern. Wahrscheinlich war es im Oktober 1982 in London, dem ersten Länderspiel nach der verkorksten Weltmeisterschaft in Spanien. Die Engländer wurden 2:1 besiegt, und zweimal hieß der *Torschütze Rummenigge*.

Bei seinem Club Inter Mailand läuft es nicht für ihn besser, nachdem er die für ihn enttäuschende Europameisterschaft so abgetan hatte: „Irgendwie bin ich kein mannschaftsdienlicher Spieler. Ich muß egoistisch spielen." Die Lobeshymnen, die aus Italien rüberkommen, aber passen nicht zu dem, was er in den Länderspielen zeigt. So sagte Bekkkckenbauer *nach dem 1:0 im* Europapokal gegen den HSV in Mailand: „Er ist besser als zu seiner Münchner Zeit. Derzeit ist er wohl der beste Stürmer der Welt." Maradona aus Neapel sagt über Rummenigge: „Er ist der kompletteste Fußballer, den es zur Zeit gibt. Balltechnik, Geistesgegenwart, Schnelligkeit, Schußkraft, Mannschaftsdienlichkeit – das alles findet man vereint."

Nur die deutschen Fans, die Rummenigge zumeist jetzt nur bei Länderspielen sehen, wollen daran nicht so glauben. Rummenigge weiß, daß er einiges schuldig ist. Er sagt: „Die Nationalmannschaft ist wie eine Oase *für mich. Hier fühle ich mich wieder* wohl." Das Umfeld stimmt also. Dennoch ist er allein von sich abhängig. Er sei ein Instinktfußballer, meinte er, so wie Klaus Allofs und Rudi Völler auch. Bei ihnen wisse man nie, was letztlich herauskommt.

## STAND ● PUNKT / *Der Lockruf einer neuen Werbegesellschaft*

Die Werbegesellschaft nennt sich „KNS". Das ist nicht etwa die Abkürzung für „Krisensicheres No*ten-Scheffeln", was vielleicht einige* erfolgreiche deutsche Athleten hoffen könnten, wenn sie sich zwecks Vermarktung unter die Fittiche dieser GmbH begeben. Das „K" steht für Heinz Krecek, dem Westentaschen-*McCormack* des *Deutschen* Ski-Verbandes (DSV), als Wirtschaftsreferent für den Pool zuständig, in den Ausrüsterfirmen einzahlen. Das „N" hat Christian Neureuther eingebracht, der sich „Dalli-Dalli" ganz gut vermarktet hat, auch beim gemeinsamen Weihnachtslieder-Singen mit Ehefrau Rosi Mitter*maier. Das „S" schließlich gehört zu* Robert Schwan, der durchaus erfolgreich sein Konto erhöht hat, indem er hauptsächlich Franz Beckenbauers Vermögen mehrte.

„KNS" trägt das Prädikat „vom *DSV empfohlen", diesem Werberuf* der Werbegesellschaft sind bisher die Weltmeister Markus Wasmaier (Riesenslalom), Hermann Weinbuch, Hubert Schwarz und Thomas Müller (Nordische Kombination) gefolgt. Sie hoffen auf die Schußfahrt ins große Geld, aber niemand kann ihnen sagen, wie sie tatächlich zustande kom*men könnte. Da überschneidet sich* einiges, was zu Interessenkonflikten führen muß.

Die Firmen, die im Ski-Pool vertreten sind, besitzen ohnehin Werbemöglichkeiten mit den Athleten. *Würde Wasmaier für eine Skibrille* Reklame machen, wäre eine andere Firma verprellt, die vielleicht schon Geld in den Pool zahlt. Die Sporthilfe, die eine eigene Werbegesellschaft anbietet, ist schließlich auch noch da. Da steht kein Slalom mehr an, da droht ein Eiertanz.

Denn: Ein für alle Beteiligten überzeugendes Konzept dafür, wie die Stars ohne Interessenkonflikt zwischen Ski-Pool, Verband und Sporthilfe Geld verdienen sollen, gibt es noch nicht. „KNS" steht bisher eher *für „Konfusion im Nebel der Schon*färberei". Hat es Heinz Krecek schon erkannt? Er sagte: „Die Skistars sind keine Beckenbauers." Das klingt wie Rückzug von Hoffnungen und Versprechungen.

DW.

Schon immer früh eine Nase für Neues: P.I.T.-Moderator Peter Illmann

# Ein Typ, der sich nicht verwalten läßt

Die buntgescheckte Meute klappert nicht mehr mit den Wimpern und starrt wie bezahlt in die Gummilinsen des Mediums. Das aus verrosteten Varieté-Tagen überkomene Nummernprogramm haben die Showschneider in Los Angeles oder auf der legendären Tin Pan Alley Manhattans längst begraben. Es lebe der Videoclip, heißt es jetzt: die exotisch schönstimmigen Typen von Culture Club oder klangzerfasernden Boys von Frankie Goes To Hollywood werden in einem schnittigen *Drei- bis Vier-Minuten-Kurzfilm* vorgeführt – der jeweilige Hit kommt akustisch komplett: über die Rampe, aber visualisiert. Und wie: Hollywood hat mit dem Videoclip die optische Dimension des Hits erfunden.

Peter Illmann, Dortmunder mit Domizil an der Isar, hat diese über Nacht auftauchende Spezies der Clips namens der ARD sendefähig gemacht. Zwei Jahre lang führte Illmann (26) diese smarten Show-Strips auf der dritten Schiene der ARD vor und hatte damit flugs Einschaltquoten geschafft, von denen Pop-Moderatoren auf den weniger attraktiven dritten Programmplätzen für ein jugendliches Freak-Publikum nur träumen können. Zwei Jahre zog Illmann durchschnittlich sechs Millionen Zuschauer vor den Bildschirm – einige Male kam er bis auf 10 und elf Millionen Fans, die sich der Pop-Parade Illmanns vergewissern wollten. Illmann hatte früh eine Nase für Neues in jenem sich rasch wandelnden Modegeschäft: heute leise, morgen laut. Nur wer in seinem musischen Vorderhirn blitztelegraphisch Schaltungen an- und auszuknipsen weiß, gleichsam digitalisiert in Bits empfindet, *konnte aus jenem Semi-Under*ground des Paperla-Pops auftauchen, um zu ARD-Gnaden zu kommen. Illmann, der in Dortmund sein Abi machte und nach dem Zivildienst in München etwas mit Jura und Psychoanalyse zu dilettieren anfing, roch bald den Pop-Braten, der in der Metropole der neogermanischen Show-Schickeria brutzelte. Er hatte den Clip schon ganz klar ausgemacht, als die Oldies des Gewerbes noch immer brav und bieder Stück für Stück und Stimme für Stimme aufsagten, als ob sie einen Rosenkranz herunterzubeten hätten.

**P.I.T. – Peter Illmann Treff, ZDF 19.30**

Bald wurde Peter Illmanns Pop-Periodikum namens „Formel 1" zur beliebtesten Musiksendung für Teenies – *selbst Thomas Gottschalk* und Kollegen erkannten das neidlos an.

Aber wie so oft beim Ersten, die Herren ARD-Funktionäre wollten den unverhofften Erfolg verwalten. Sie redeten Illmann zunehmend ins Musikgeschäft, von dem sie wenig verstanden. In den Konferenzen, die über die Bestückung der „Formel-1"-Folgen befanden, hatte Illmann zwar auch eine Stimme – aber nur eine unter sechs. Illmann fühlte sich bevormundet, mißverstanden, eben verwaltet. Und damit bohrten die *ARDler Peters Gehörgang via Mainz* auf. Dort hatte Unterhaltungschef Penk längst die Güte Peters erkannt, zumal Gottschalk dem ZDFler den Typ „wie heiße Würstchen einredete", so Penk. Und ehe sich's die Kollegen von der *Konkurrenz* versahen, machte es Peng bei Penk – und Illmann unterschrieb beim ZDF.

Die ARD reagierte mit einem tödlich beleidigten Fernschreiben über den Abgang – sie hatte einen ihrer besten Nachwuchsleute wortwörtlich zerredet. Mit P. I. T. – Peter Illmanns Treff, heute zum 2. Mal zu sehen, springt er in die Sendelücke, die das abgesetzte „flashlights" gerissen hat. *Peter Illmanns Tapetenwechsel zeigt* zweierlei: Mainz setzt auf junge Leute, die aus der Radioszene kommen – Illmann startete in München bei Dampfradio durch. Schon bei Elstner einst, Gottschalk später und Worms *kürzlich läßt das ZDF* erkennen: Neue Sendeformen für Teenies macht man eben nicht mit den ergrauten Apparatschicks der öffentlich-rechtichen Fernsehbüros.

REGINALD RUDORF

# *Böse, wenn auch bunte Langeweile*

**cuch** – In Bayern geht man, wie es heißt, am Aschermittwoch ans Wasser und spült seine Geldbörse aus. Offenbar ist Aschermittwoch der Tag, bis zu dem man sich völlig verausgabt hat. Wann soll man den Beutel schließlich waschen, als wie, wenn er leer ist und die Gulden nicht in den Bach fallen dabei. Das ist vielleicht nur symbolisch, aber eigentlich ist es pragmatisch, wie jede Bayernseele pragmatisch ist.

Nun aber das Fernsehen. Die Börse des Fernsehens ist der Bildschirm. Analog zu den bajuwari*schen Stammesriten müßte es im* Fernsehen zu dem besagten Mittwoch so etwas wie eine Bildschirm-Ganzwäsche geben. Oh je, würde bei diesem Gedanken unser aller Karl Valentin stöhnen, und sein böhmischer Bruder im Geist, Schwejk, sagte wohl nur resignierend: Das ist aber gelungen. Leider nämlich kennt unser Fernsehen, das aus Mainz und das aus den Landen, weder einen Bußtag noch ein moralisches Ultimo, weder einen Aschermittwoch noch überhaupt irgendeinen Zeitpunkt oder Ort der Zerknirschung. Das Fernsehen, das wir so gerne und pünktlich mit unserer flüssigen Habe alimentieren, kennt keinen Zahltag. Es nimmt auf Heller und Pfennig genau. Geben indes, geben tut's nur nach Lust und Laune. Und wann hat schon eine Anstalt voller Lebenslänglicher Lust und Laune! Das ist ja unser Frust, daß wir nie die Chance erhalten, abzurechnen, denen das alles abzuziehen von der Zeche, was sie versalzen, verdorben haben, was sie anbacken ließen oder vergammeln.

Dabei wäre der Aschermittwoch so geeignet für eine reichliche Bilanzierung. Denn so lieblos und dummerhaftig wie sie uns in der Faschingszeit traktiert haben, die Fernsehmenschen, so aus tiefster Menschenverachtung heraus, immer schön „dem Affen Zucker geben", das pegelt die Einschaltziffern hoch. Eine Kamera hier und eine dort und dazwischen die sogenannten Narren, bis die böse, wenn auch bunte Langeweile über den Schirm schwappt – übergetitelt, wie jedes Jahr: The same procedure as every year, M'am.

Die Faschingstage im Fernsehen sind, als säße das ganze Jahr in der Nußschale. So sind sie immer, nur besser kaschiert. Sagten Sie Tradition, Herr Leser? Was sagt der gescheite Lec dazu: „Tradition ist der Erbadel des Plagiats." Das Schlimme ist nur, daß sie Jahr um Jahr ihre eigene Unfähigkeit plagiieren. Sie zehren gewissermaßen von ihrem eigenen Defizit.

## ARD

## ZDF

### ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00 Tagesschau und Tagesthemen**
**10.25 Wer den Schaden hat ...**
**11.55 Umschau**
**12.10 Panorama**
**12.55 Presseschau**
**13.00 Tagesschau**

### ARD

**16.00 Tagesschau**
**16.10 Schrot und Korn**
Chemiefrei produzierte Nahrung befindet sich auf dem Vormarsch. *Naturkost und Bioläden haben* Hochkonjunktur und sprießen allerorts aus dem Boden. Doch in diesem Boom mischen zunehmend kapitalstarke Geschäftemacher mit, die wohl auch wegen der Unkontrollierbarkeit von Qualität und Herkunft der Waren ein relativ leichtes Spiel haben.
**16.55 Lemmi und die Schmöker**
Die siebente Reise
**17.25 Kein Tag wie jeder andere**
Vater und Sohn Rauth planen mit ihren Pferden „Lady", „Coco" und „Winnetou" eine Reise von Kirchberg im Hunsrück Richtung „Nordost". Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich haben die beiden mit der Kamera begleitet und erzählen heute zunächst von den Vorbereitungen zu diesem großen Unternehmen.
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Das Gespinst**
Fernsehspiel von Karl Heinz Willschrei
Der Astrophysiker und Astronaut *Dr. Ulrich Kirchner hat aus dem* Space Shuttle ein unbekanntes, leuchtendes Gebilde im Kreuz des Südens fotografiert. Sein Vater, der in den chilenischen Anden eines der größten Observatorien der Welt leitet, steht der Entdekckung seines Sohnes zunächst skeptisch gegenüber, doch genauere Auswertungen lassen schließlich Schlimmstes befürchten ...
**21.45 Brennpunkt**
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Ohne Filter**
Musik pur
Moderation: Frank Laufenberg
**0.00 Tagesschau**

### ZDF

**16.00 heute**
**16.04 Anderland**
Manuel und die verheimlichte Freundschaft
*Anschl. heute-Schlagzeilen*
**16.35 Der Waschbär Rascal**
Robby geht ganz und gar in der Pflege des kleinen Waschbären auf und bringt ihm schließlich sogar bei, Milch durch einen Strohhalm zu trinken.
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Ein Heim für Tiere**
Dr. Bayer hat Masern und muß, was ihn sehr verärgert, einige Tage ruhig im Bett bleiben. Kaum wieder genesen, wartet dann auch schon ein komplizierter Fall auf ihn, denn Ally, der Hund von Kurt Heiser, ist seit einiger Zeit spurlos verschwunden ...
Dazw. heute-Schlagzeilen
**18.55 mittwochslotto – 7 aus 38**
Spiel 77
**19.00 heute**
**19.30 P. I. T. – Peter Illmann Treff**
**20.15 ZDF Magazin**
Moderation: Fritz Schenk
**21.00 Der Denver-Clan**
Ein Pferd verschwindet
**21.45 heute-journal**
**22.05 P. I. T. – Peter Illmann Treff – extra**
Mit Shakin' Stevens
**22.35 Das kleine Fernsehspiel**
Phantomjagd über Gesicht und Landschaft
Um die Geschichte der Fahndungsfotografie, *um* Verbrecheralben, Phantombilder und als jüngste Entwicklung das Projekt SIGMA geht es in diesem experimentellen Montagefilm von Volker Einrauch und Lothar Kurzawa, der außerdem einen Zusammenhang zwischen Gesicht und Landschaft herzustellen versucht.
**23.45 heute**



**Ein neuer Mann in Fallons Leben? Helmut Berger und Pamela Sue Ellen im „Denver-Clan" – ZDF, 21.00 Uhr**
FOTO: TELEBUNK

## III.

### WEST

**18.00 Telekolleg II**
*Englisch. Übung (10)*
**18.30 Sesamstraße**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Mittwochs in Düsseldorf**
Informationen und Unterhaltung
Musik und Gesang: Jeanne de Roy und Weiss's Rauschen mit seiner Band
**21.45 eff-eff**
Freizeit und Fitneß
**22.30 Eine verheiratete Frau**
Französischer Spielfilm (1964)
Mit Macha Méril, Philippe Leroy, Bernard Noel u. a.
*Buch und Regie: Jean-Luc Godard*
**0.00 Letzte Nachrichten**

### NORD

**18.30 Avanti! Avanti! (20)**
**19.00 Briefmarken – nicht nur für Sammler**
**19.15 Wir haben ja nichts zu verlieren ...**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Schaufenster**
**21.00 China – das Reich der Mitte**
**21.45 Der dreiflügelige Spiegel**
**22.30 Das Gold der Meere**
**23.40 Actualités**
**23.55 Nachrichten**

### HESSEN

**18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (4)**
**18.55 Die kleine Dampflok (4)**
**19.05 Was tun mit der Zeit!**
**19.45 Herrchen gesucht**
**20.15 Weißer Fleck**
**21.00 Blockieren Eilverfahren die Rechtsprechung?**
**21.30 Drei aktuell**
**22.00 Chronik vom Brand der Stadt Schiltach im Kinzigtal Anno 1533**
Fernsehspiel von Frank Wesel

### SÜDWEST

**18.30 Telekolleg II**
*Nur für Baden-Württemberg:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Harley Heaven**
Von Köln nach Daytona Beach der Freiheit wegen
Film von Ivan Fila
**20.15 Sammelsurium**
Aus dem Kulturleben
**21.00 Das Höllentor**
Japanischer Spielfilm (1953)
Mit Kazuo Hasegawa, Machiko Kyo, Isao Yamagata u. a.
Regie: Teinosuke Kinugasa
**22.25 Gärten in England (5)**
Bilderbuch-Paradiese
**22.55 Nachrichten**

### BAYERN

**18.15 Bilderbogen der Abendschau**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Bayern-Kini '85**
**19.45 Die Krimistunde**
**20.45 Zeitspiegel**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Z. E. N.**
**21.50 Dolie und Brenton (1)**
Australische Fernsehserie in acht Teilen
**22.40 Der besiegte Tod**
**23.25 Rundschau**
**23.30 News of the Week**

## SAT 1

**13.30 Solid Gold**
**14.00 Die Waltons**
**15.00 Indian River**
**15.30 Musicbox**
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags, Überraschungen
**16.30 Perrine**
**17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft**
Auf Nordkurs im großen Barriere-*Riff*
Schauplatz des Geschehens ist die Cape York Peninsula im Nordosten Australiens. Nicht das tropische Land interessiert Ben Cropp, sondern die Märchenwelt des Pazifiks.
**18.00 Es darf gelacht werden**
Tumult im Grand-Hotel
oder Regionalprogramm
**18.30 APF blick:**
Nachrichten und Quiz
**18.45 Zahlen und Buchstaben**
Das Konzentrationsspiel
**19.10 Sport-Karussell**
Unterhaltung rund um den Sport
Moderation: Roman Köster und Peter Glauche
**20.00 Offen gesagt**
Willy Millowitsch im Gespräch mit Ferry Ahrlé
In dieser Ausgabe wird nicht nur gefragt und geantwortet, sondern auch gezeichnet, genauer: portraitiert. Während Ferry Ahrlé Willy Millowitsch ausfragt, entsteht ein Portrait auf dem Zeichenbrett.
**20.30 Love Boat**
8. Folge
Um ein Haar wäre Julie ihren Job als Kreuzfahrtmanagerin an die ehrgeizige und hinterhältige Connie losgeworden – aber das konnte im letzten Moment verhindert werden.
**21.30 APF blick:**
*Aktuell,*
Rundblick,
Sport und Wetter
**22.15 Vier Fäuste geben Zunder**
Italienischer Spielfilm (1975)
Mit Michael Coby, Paul Smith, Dominici Barto u. a.
**0.00 APF blick:**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

**18.00 Aktion Grün**
11. Wie man aufgeschreckt wird
Merlin
11. Die Falle
**19.00 heute**
**19.30 Simon & Garfunkel**
im New Yorker Central Park
Mit Hits wie „Mrs. Robinson", „Scarborough Fair", „Bridge Over Troubled Water" oder „Sound of Silence" wurden sie in den sechziger Jahren weltberühmt: Simon & Garfunkel. Nach elfjähriger Trennung traten sie am 19. September 1981 erstmals wieder gemeinsam auf. Etwa 500 000 Zuschauer erlebten im New Yorker Central Park eines der spektakulärsten Open Air-Konzerte der letzten Jahre.
**21.00 Die Mittwochsgeschichte**
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.45 Kulturjournal**
**22.30 Aschermittwoch der Künstler**
**23.30 3SAT-Nachrichten**

## *Gefährlicher Eislauf*

H. B. – Nun ist es also soweit, daß uns der Dauerschnee dieses tiefgekühlten Winters den einzigen ökologischen Schrecken versetzt, auf den wir noch nicht gefaßt waren: Wer mag sich noch unbefangenen Auges an den romantischen Szenenbildern der Jahreszeit erfreuen? Schnee, man weiß es, ist kristallisiertes $H_2O$. Daß er sich in die Farbe der Unschuld verkleidet, soll uns nicht länger täuschen. Da sind die Umweltschützer wachsam, die zu bedenken geben, daß Wasser auch in der Maske von Eiskristallen, solange es nicht den Beweis total steriler Geruchs- und Geschmacklosigkeit antreten kann, als saurer Schnee auf die Anklagebank ökologischer Schuld gehört.

Vorbei die arglosen Zeiten beschneiter Winterpoesie! Ein angepaßter Trendist fand heraus, daß der Schnee einen tückischen Charaker hat. Schon seit zu vielen Wochen macht sich dieser nämlich auf den Ästen breit, was zur Folge hat, daß sein Gift Gelegenheit findet, sich durch die Rinde nichtsahnender Bäume zu bohren. Baum müßte man sein in dieser Zeit, die uns durch nichts so gefährlich werden kann wie durch die Erfindung der Gefahren, vor denen es uns zu schützen gilt.

Auch Willibald Fischlein, von dem wir annahmen, daß er friedlich in der winterlichen Stille hannoverscher Seen lebt, ist jetzt, stumm wie er ist, zur Protestgeneration gestoßen. Seine Winterruhe unter dem Eis, gab ein Fischerei-Experte zu bedenken, wird durch die Schlittschuhläufer gestört – mit der unausdenkbaren Konsequenz, daß er zu hektischen Schwimmbewegungen und damit zu existenzbedrohenden Sauerstoffverlusten gezwungen wird. Es war uns neu, daß den Fischen das Schwimmen nicht bekommt. Doch wir möchten nicht herzlos sein. Warum sollen in einer Zeit der ausgefransten Nerven nicht auch die Fische Anspruch auf ein wenig Hysterie haben?

Das Buch der Reklamationen, einer mißglückten Schöpfung im Namen aller präsentiert, die sich unterdrückt und von einem vermeintlichen Unrecht verfolgt fühlen, ist das Hauptbuch der Gegenwart, das nie zu Ende geschrieben wird. Keine Chance für dich, Willibald Fischlein: Wo alle als Unterdrückte auftreten, bleibt zum Schluß niemand, der die Beschwerden ernst nimmt.

Neue Tatsachen über das Verschwinden der Wikingerkultur auf Grönland

# Die Todesboten aus Thule

Grönlands Rolle als Teil Europas ist soeben mit der Entlassung aus der EG in die Selbständigkeit zu Ende gegangen. Begonnen hatte sie im Jahr 982, als die damals menschenleere Rieseninsel durch Isländer entdeckt wurde. Daß Grönland dann ein gutes halbes Jahrtausend lang von Wikinger-Bauern besiedelt war, die ein relativ üppiges Leben führten, erscheint uns heute wie ein Märchen. Denn diese Europäer verschwanden danach spurlos, und ihr Verschwinden ist immer noch ein Geheimnis der Geschichte. In jüngster Zeit häufen sich die Indizien dafür, daß die „Grönländer" – wie sie im mittelalterlichen Europa genannt wurden – von Eskimos ausgerottet wurden.

Der Entdecker Grönlands im Jahr 982, Erik der Rote, hatte die Insel überschwenglich „Das grüne Land", eben „Grönland", getauft. Viele haben ihn deshalb später als einen Flunkerer hinstellen wollen, aber wenn man den Dingen auf den Grund geht, stellt man fest, daß Erik – wenn überhaupt – nur wenig übertrieb. Gerade um das Jahr 1000 herrschte auf Grönland ein relativ mildes Klima. Vor kurzem vorgenommene vegetationskundliche Untersuchungen haben an den Tag gebracht, daß der Futterwert der grönländischen Weiden damals zweieinhalb bis drei Mal besser war als der der Weiden auf Island.

Aus der Landnahme entstand ein kleiner selbständiger Staat mit einigen tausend Einwohnern, die sich auf über 300 Bauernhöfe (sie sind fast alle bekannt) mit einem Dutzend Kirchen locker gestreut entlang den Fjorden und Tälern Westgrönlands verteilten. Die fetten grünen Wiesen an den Fjorden machten die Grönländer reich. Ihre Überschußwirtschaft erlaubte es ihnen, Steinkirchen zu bauen, deren eine als Ruine noch steht. Baumeister, Fensterglas und Kirchenglocken wurden aus Norwegen importiert.

Die Wohnhäuser waren zwar fensterlos, doch das war der nördliche Stil jener Zeit auch auf dem Kontinent. Hinter den mehr als meterdicken Wänden aus Grassoden entfaltete sich eine Wohnkultur, in der die wohlhabenden Grönlandbauern mindestens mit den Wikingern auf dem Kontinent gleichzogen: Zimmer mit getäfelten Wänden, schnitzverzierte Holzmöbel, hölzerne Betten.

1261 gab Grönland seine Unabhängigkeit auf und unterstellte sich dem norwegischen König – womit die politische Zugehörigkeit der Rieseninsel zu Dänemark (das Norwegen gewissermaßen beerbte) in die Wege geleitet wurde, die bis 1985 währte. Doch in der Zwischenzeit wechselte auf geheimnisvolle Weise der ethnische Charakter der Grönländer. Die Wikinger verschwanden spurlos, die Eskimos tauchten auf.

Der Wechsel blieb in Europa unbemerkt, weil im Spätmittelalter der Kontakt zu Grönland abbrach. Die große Pest in Norwegen war wohl *einer der Gründe für den Kontaktabbruch.* 1368 hörte die „Linienschiffahrt" durch den „Grönlandknarr" auf. Als 1585 der Engländer John Davis auf der Suche nach der „Nordwestpassage" nach China durch die Davisstraße zwischen Labrador und Grönland segelte, ging er auch dort an Land, wo um Julianehaab die größere der beiden Teilsiedlungen der Grönländer lag. Er traf nur noch Eskimos, von den Wikingern hingegen keine Spur.

Über das Schicksal der Wikinger-Grönlandbauern gibt es zahllose Hypothesen. Fridtjof Nansen stellte vor dem Ersten Weltkrieg die Theorie auf, die Grönländer hätten sich nach dem Abbruch des Europaverkehrs mit den von Norden nach Süden vordringenden Eskimos vermischt und seien in ihnen aufgegangen. Einer anderen Theorie zufolge seien die Grönländer durch Piratenangriffe der Basken oder Engländer ausgerottet worden. Auch Pest und Klimasturz werden genannt, aber die Pestzüge des 14. Jahrhunderts in Nordeuropa haben die Grönländer ja überlebt, den Klimasturz um 1300 bis 1350 – wie jüngste Klimaforschungen mit Hilfe von Eisbohrungen nachgewiesen haben – ebenfalls. Als die Grönländer wirklich verschwanden, war das Klima wieder so gut wie um das Jahr 1000.

Am wahrscheinlichsten bleibt also die Ausrottungstheorie. Schon um 1356 geht die nordwestliche Teilsiedlung der alten Grönländer (die „Österbygd", nahe der heutigen Hauptstadt Godthaab) an die Eskimos verloren, die von ihrem „Landeplatz" im Norden im Raum von Thule sich langsam nach Süden vorgeschoben haben. Daß sie „jetzt die ganze Vesterbygd" haben, darüber gibt es eine Archivquelle. Daß sie sie erobert haben, zeigen Ausgrabungsbefunde recht eindeutig.

In der zweiten Teilsiedlung Österbygd geht zwar das Leben weiter, doch hängt der Schatten der weiter südwärts vordringenden „Skraelinge" (wie die Grönländer die Eskimos nennen) unsichtbar über den Menschen. Was sich dann um das Ende des 15. Jahrhunderts oder am Beginn des 16. Jahrhunderts in der „Österbygd" abspielt, kann man nur ahnen. Fest steht nur das Resultat – daß offenbar kein Wikinger-Grönländer überlebt hat.

Die Eskimos, in den Augen Nansens von enormer Friedfertigkeit, sind von Haus aus von radikaler Rücksichtslosigkeit, wenn es ums *Überleben geht oder wenn jemand* die Gemeinschaft stört: Er wird ausgemerzt, wie ja auch die Alten mehr oder weniger freiwillig den Tod durch Erfrieren suchen, wenn sie in der Gemeinschaft überflüssig sind. Und zweifellos störten die großen Nordleute, die in der Seehundjagd mit den Eskimos konkurrierten und deren Vieh natürlich von den Eskimos als selbstverständliche Jagdbeute beansprucht wurde, enorm.

Es scheint indessen eigentlich kaum vorstellbar, daß die „jungsteinzeitlich" ausgerüsteten Eskimos mit ihren Steinmessern, Knochenpfeilen und -harpunen die mit Schwertern, Lanzen und Streitäxten bewaffneten und mit Kettenpanzern und Helmen geschützten Nordmänner in offener Feldschlacht überwältigen konnten. Doch alle taktischen Vorteile waren auf seiten der Eskimos. Sie waren als Nomaden ortsbeweglich und konnten als geschlossene Kampfgruppen auftauchen und wieder verschwinden, während die Nordländer (vor allem im Winter) an ihre Höfe und ihr Vieh gebunden blieben. Diese lagen weit über die Fjordufer gestreut – optimal für rationelle Viehzucht, doch so ungünstig wie möglich für eine Verteidigung.

Ein großer Teil des Ausrottungskampfes wird sich denn auch um die Höfe abgespielt haben, in die sich die Wikinger zurückzogen, hinter die meterdicken Rasensodenmauern. Um sie „auszuräuchern", verwandten die Eskimos ein aus einer Sage überliefertes Verfahren: Es wurde Wacholderholz gesammelt, vor die Tür und die Wände gelegt und angesteckt. Die Rasensoden begannen zu schwelen, die Eingeschlossenen brachen aus und wurden Zielscheiben der Harpunen und Pfeile. Die Sieger haben ihre toten Gegner nicht begraben, wie es scheint. Sie mögen hier und dort Frauen und Kinder lebend mitgenommen haben, doch gibt es keinerlei anthropologische Hinweise auf „Einkreuzung" in die Eskimo-Rasse. Die Grönländer bleiben verschwunden. HARALD STEINERT



Nachhutgefechte der Moderne: Die Künstlergruppe „Das junge Rheinland", wie sie Arthur Kaufmann auf seinem Gemälde „Zeitgenossen" 1925 um die Mutter Ey gruppierte, aus der Ausstellung in der Düsseldorfer Kunsthalle FOTO KATALOG

Düsseldorf: „Am Anfang: Das junge Rheinland"

# Selbst im Bilde uneins

Auf drei Etagen der Städtischen Kunsthalle Düsseldorf wurden für die Ausstellungs „Am Anfang: Das junge Rheinland", wohl zum ersten Mal in solcher Fülle, Werke Düsseldorfer Kunst aus den zwanziger bis vierziger Jahren unseres Jahrhunderts zusammengetragen. Die Zeitgeschichte spielt bei diesem von lokalem Ehrgeiz stimulierten Unternehmen, an dem sich mehrere Düsseldorfer Museen und Institute beteiligen, eine wichtige, zuweilen bestimmende Rolle.

Die Ausstellung verfolgt im nachhinein sozusagen die gleichen Absichten und Ziele wie seinerzeit die Künstlervereinigung „Das junge Rheinland", die sich nach dem Ersten Weltkrieg konstituierte, „um den jungen rheinischen Künstlern den ihnen gebührenden, schon viel zu lange vorenthaltenen Platz im deutschen Kunstschaffen zu erobern". Niemand wird jungen Künstlern die Neigung zur Selbstüberschätzung zum Vorwurf machen. Auch diese Ausstellung reklamiert nun für die rheinische, hauptsächlich die Düsseldorfer Kunst einen bislang vorenthaltenen, respektablen Platz in der jüngeren Kunstgeschichte, wo ihr allenfalls immer nur eine Ecke zugestanden wurde. In diesem Sinn haben seit Jahren schon das Düsseldorfer Stadtmuseum und die Galerie Remmert und Barth engagierte Vorarbeit geleistet.

Dabei ist immer wieder gern von der rheinischen Avantgarde die Rede. Das ist zumindest mißverständlich. Avantgardistisch war an den Bildern der „jungen Rheinländer" schon damals nichts mehr. Die entscheidenden Vorhutgefechte der modernen Kunst waren längst ausgetragen und entschieden. Was in den zwanziger Jahren am Rhein und hauptsächlich in Düsseldorf sich abspielte, war in erster Linie Reaktion auf den Krieg, auf das Kriegs- und Nachkriegserlebnis, zugleich natürlich die zwangsläufige Auseinandersetzung mit den verschiedenartigsten Kunstströmungen und -auffassungen, denen sich die Heimkehrer, wie anderwärts auch, ausgesetzt sahen. Künstlerische Impulse waren wahrscheinlich erst in zweiter Linie ausschlaggebend für die Gründung des „Jungen Rheinland"; es waren junge Leute, politische Hitzköpfe an ihrer Spitze, die die Wirklichkeit attackierten, die „Verhältnisse" verändern wollten.

Im Februar 1919 erfolgte die Gründung. Urzelle, Refugium, Galerie und Redaktionsstube war das Café der Mutter Ey in der Düsseldorfer Altstadt. Arthur Kaufmann, einer der Mitbegründer, hat den engeren Kreis der Künstlergemeinschaft in einem Gemälde porträtiert, das er „Zeitgenossen" nannte, dem man aber auch ohne falsche Bescheidenheit den Titel „Das geistige Düsseldorf" gegeben hat. Um die imposante Zentralfigur der Johanna Ey finden wir in Fotografierpose gruppiert den Dichter Herbert Eulenberg, die Maler Theo Champion, Jankel Adler, Karl Schwesig, Adalbert Trillhaase, Arthur Kaufmann selber, Walter Ophey, Otto Dix und Gert Wollheim, dazwischen die Schauspielerin Hilde Schewior im Kostüm der Heiligen Johanna. Sie nimmt den Platz ein, der dem Gründungsmitglied und Wortführer der Gruppe Adolf Uzarski zugedacht war. Aber „selbst im Bilde wollte dieser nicht neben Wollheim der Nachwelt überliefert werden" (Kaufmann). So zeigt das berühmteste Dokument des „Jungen Rheinland" zugleich dessen Zerfall. Mit dem Weggang von Wollheim und Dix (der drei Jahre in Düsseldorf zugebracht hatte) kam 1925 das Ende.

Was noch folgte, ist kaum geeignet, Düsseldorf über das provinzielle Mittelmaß anderer Kunstlandschaften hinauszuheben. Es profilierten sich eine Reihe Begabungen, spezifische Talente (Barth, Bartz, Gessner, Goller, Pankok, Pudlich), es kam nach 1933 zu Verfemungen, Verfolgungen und persönlichen Tragödien (Julo Levin und Franz Monjau kamen im KZ um, Schwesig entging nur mit Glück diesem Schicksal).

Parallel zu der großen Schau in der Kunsthalle zeigt die Galerie Remmert und Barth hundert grafische Blätter des „Jungen Rheinland". Nicht zuletzt ihre Druckgrafik verschaffte den „Jungen Rheinländern" zeitweilig eine ungewöhnliche Ausstrahlung weit über das Rheinland hinaus.

EO PLUNIEN



**Kunsthalle bis 8. April; Katalog 40 Mark. Remmert und Barth bis 24. April; Katalog 20 Mark.**

## JOURNAL

### Gegen das Auskernen und Kopieren von Bauten

dpa. Stuttgart

Die Anpassung an historische Gebäude durch Rekonstruktion oder Kopie hat nichts mit Denkmalspflege zu tun. Das erklärte Prof. August Gebeßler, der Vorsitzende der Landesdenkmalspfleger in der Bundesrepublik, in einem Interview mit dem „Deutschen Architektenblatt". Gebeßler kritisiert ein Denkmalsverständnis, das sich auf die gestalterishe Anpassung reduziere. Zu leichtfertig würden Gebäude abgerissen und als Kopie wieder aufgebaut. Auch gegen das „Auskernen" alter Gebäude, von denen dann nur die Fassade übrigbleibe, wandte er sich. Ziel der Denkmalspflege müsse es dagegen sein, sich mit dem historischen Bestand auseinanderzusetzen und ein „Weiterbauen mit unseren Gestaltungsmöglichkeiten anzustreben."

### Sienas Reiterfresko eine Fälschung?

M.v.Z. Siena

Das Fresko mit dem Reiter zwischen zwei Festungen im Rathaus von Siena, das die Signatur „Simone Martini 1328" trägt und bisher als die älteste Darstellung einer nichtbiblischen Figur und zugleich als das erste Landschaftsbild in der abendländischen Malerei galt, soll eine Fälschung des 18. Jahrhunderts sein. Diese These steht im Mittelpunkt des internationalen Kunsthistorikertages zum Thema „Die Wand des Guidoriccio in Siena", der am 26. März in Siena beginnt.

### Gala-Abend der Stars aus Osteuropa

HS. Kiel

Mit einem „Gala-Abend der osteuropäischen Stars" beginnt am 19. März in Kamen eine Tournee von Unterhaltungskünstlern aus der „DDR", der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und der Sowjetunion. Neben der Rockgruppe „Karat" umfaßt das zweistündige Programm die Gustav-Brom-Bigband, die russische Folkloregruppe „Skaz" sowie unter anderem die Sängerinnen Helena Vondračková und Zanna Bičevskaja.

### Kestner-Museum zeigt französisches Glas

dl. Hannover

Das Kestner-Museum in Hannover zeigt bis 14. April „Französisches Glas". Es handelt sich dabei um die Bestände der Sammlung Hentrich mit Beispielen von „Historismus – Jugendstil – Art Deco", die ab Mai ihre endgültige Aufstellung im neueröffneten Kunstmuseum Düsseldorf finden werden.

### *H. Chr. Blech 70*

Mit der Figur des Mannes, der unschuldig in die Mühlen der Justiz gerät, erregte er 1948 in dem Film „Affäre Blum" Aufsehen. Es war seine erste Filmrolle. Hans Christian Blech, der heute vor 70 Jahren in Darmstadt geboren wurde, hatte zuerst die Schauspielschule in seiner Heimatstadt besucht. 1947 war er nach Berlin gekommen, wo er bei Brecht und unter der Regie von Kortner spielte. Er fiel als „Woyzeck" auf und später in Dürrenmatts „Physikern". Doch bekannt wurde er vor allem durch seine Filmrollen, in „Epilog", der „08/15"-Serie, „Entscheidung vor Morgengrauen". Es gab kaum einen Soldatenfilm, in dem er nicht gefragt war. Auch an Preisen fehlte es ihm nicht. Er bekam den „Bambi" und die „Goldene Kamera". Blech, der seit Jahrzehnten keinem Ensemble angehört, ist ein Einzelgänger. Das spürt man in den Figuren, die er unverwechselbar gestaltet. Fa.

Stumme und dumme Filme: Das Forum der Berlinale

# Gut geklaut in Paris

Das Internationale Forum des Jungen Films feiert sein 15jähriges Bestehen nicht nur auf programmatische Weise. Es setzt Schwerpunkte, die diesen Namen verdienen. Es huldigt dem neuen brasilianischen Kino, den Japanern und der Dritten Welt. Es arbeitet die Naziverbrechen und Nixons Watergate noch einmal auf. Es läßt die deutsche Filmfrau gründlich walten. Und es beackert den Boden des neuen Regionalismus, der früher schlicht Heimatfilm hieß.

Dennoch ist Schwarzbrot nicht das täglich Brot des Cineasten beim Forum. Es wird auch Feingebäck gereicht, wie gleich zur Eröffnung die in Venedig bereits preisgekrönte Diebes- und Liebeskomödie „Les favoris de la lune" (Die Günstlinge des Mondes), die der Exilgeorgier Ota Iosseliani in Paris gedreht hat, pariserischer als ein Franzose es könnte. Der rote Faden einer Handlung ist in diesem Reigen sehr irdischer Geister nicht auszumachen. Doch die Täter kennt man schnell. Es treten immer wieder dieselben liebenswerten kleinen Gauner, Huren, Attentäter, Ehebrecher, Waffenschieber und Polizisten in die verwerfliche Aktion. Auch das Diebesgut bleibt stets dasselbe, ob es sich nun um eine Frau handelt oder um Sèvres-Porzellan. Iosselianis Bildwitz ist spitzfindig und originell, das Vergnügen des Zuschauers beträchtlich.

Zum Ärgernis geriet dagegen die deutsche Erstaufführung des neuen Films von Helma Sanders-Brahm „Flügel und Fesseln". Der in französischer Sprache gedrehte Streifen wurde erstmals in deutsch synchronisierter Fassung gezeigt, eine Eigenleistung der Regisseurin, die das Premierenpublikum im überfüllten Delphi-Filmpalast schier aus der Fassung zu bringen schien. Frau Sanders selbst lieh ihrer Hauptdarstellerin Brigitte Fossey die Stimme und leider auch die Worte zu einem oft hanebüchen gespreizten Dialog. „Haben Sie meinen Dank", beschließt Isabelle, ein vielbeschäftigter Filmstar, da z. B. eine schlichte Flugreservierung.

Frau Sanders machte sich an der französischen Atlantikküste ihren eigenen Reim auf Ingmar Bergmans „Herzsonate". Auch sie schildert eine verkorkste Mutter-Tochter-Beziehung. Isabelle kehrt nach Dreharbeiten in Berlin in die Strandvilla ihrer Eltern heim, die ihre kleine Tochter Emilie aufziehen und sie ihr entfremden. Am Ende reist Isabelle wieder ab. Dazwischen wird geredet und geredet. Die Oma spielt Hildegard Knef, den Opa Ivan Desny. Die Knef wirft sich mächtig ins Zeug, auch als Chansonsängerin, und wirkt dabei fast wie eine Karikatur ihrer selbst. Sie hätte ihren sprichwörtlichen Koffer in Berlin vielleicht doch lieber nicht bei Frau Sanders abstellen sollen.

Da sehnt man sich nach den guten alten Stummfilmzeiten zurück. Und auch da hat das Forum, das auf vorbildliche Weise die Filmkultur pflegt, Herausragendes zu bieten: Es führte den „Caligari"-Klassiker mit Live-Musik, gespielt vom Kammerorchester der Jungen deutschen Philharmonie, grandios wieder auf und zeigte als Uraufführung eine restaurierte, rekonstruierte Fassung von Erich von Strohheims unvollendetem Melodram „Queen Kelly" von 1928, aus dem die meisten bislang nur den Ausschnitt kannten, den Billy Wilder in dem Schwanengesang auf Gloria Swanson und Strohheim, „Sunset Boulevard", verwendet hatte.

In „Queen Kelly" ist die Swanson noch der große, wenn auch nicht sehr ausdrucksstarke Stummfilmstar, und Strohheim ein ebenso exzentrischer wie verschwenderischer und faszinierender Regisseur. Darauf muß man erst mal kommen: Auf einer Wiese eine Reiterschwadron einer Zweierreihe von spazierengeführten weißuniformierten Klosterschülerinnen begegnen zu lassen. Und was passiert? Gloria Swanson, die fröhliche Novizin, verliert das Unaussprechliche und wirft es Prinz Wolfram, dem Wilden, direkt ins Gesicht.

BERND PLAGEMANN



Zu viel Worte: Brigitte Fossey und Hermann Treusch in „Flügel und Fesseln" FOTO: SIMONEIT

Phädra bei Dr. Freud – Theaterbrief aus Mailand

# Tod in der Wohnküche

Italiens Bühnen gleichen in dieser Spielzeit immer mehr den Opernhäusern: Sie wetteifern untereinander mit den gleichen Stücken in jeweils anderer Besetzung. So waren die hier fast nie gespielten französischen Dramatiker des Grand Siècle gleichzeitig auf Mailänder Bühnen zu sehen: Corneilles „Illusion" als Gastspiel des „Théâtre de l'Europe" in Strehlers Inszenierung (s. WELT v. 8. 12. 84) und Racines „Phädra" mit dem Teatro Stabile von Turin.

Der „Phädra" fehlte einer der Hauptpfeiler der französischen Klassik, weil die Wortmusik der Alexandriner in der italienischen Übersetzung verlorenging. Dafür machte die Inszenierung Ronconis Racines größte Tragödie zu einem theatralischen Ereignis.

Phädra lebt, beladen mit der Schuld ihrer Liebe zu dem Stiefsohn Hippolyt, in einem Labyrinth, das, wie zum Hohn, zuweilen einen Ausweg vortäuscht. Auf die Meldung, ihr Gatte Theseus, aus dessen erster Ehe Hippolyt stammt, sei gestorben, fühlt sie sich der Sünde entledigt und erklärt ihre Liebe. Aber Theseus kehrt zurück. Sein Kampf mit dem Minotaurus im Labyrinth wird zur Metapher für Phädras heillos durcheinandergeratenes Unterbewußtsein.

Da war nichts mehr von den Vorlagen des Euripides und des Seneca, die Racine in ein Seelendrama voll edler Gefühle umgewandelt. Ronconi hat diese Tragödie zwischen Ibsen und Freud angesiedelt, die Personen in dunkle, voluminöse Gewänder des 19. Jahrhunderts gesteckt und Phädra mit einem Schuldkomplex beladen, der die Handlung zur Psychoanalyse werden läßt. Denn Phädras Schicksal soll als Gleichnis für den Untergang der bürgerlichen Gesellschaft verstanden werden. Das ist nicht mehr Racines Tragödie, aber es ist ein erregender Versuch, sie uns Heutigen zu erklären.

Marsha Normans Einakter „Good Night, Mother" hat solche Aktualisierungen nicht nötig. Die Handlung in einer amerikanischen Wohnküche ist so einfach wie schrecklich. Die 40jährige Tochter Jessy teilt ihrer Mutter eines Abends mit, sie werde sich in zwei Stunden umbringen, weil sie ihr Leben und die Niederlagen, eine mißglückte Ehe, den drogensüchtigen Sohn, ihre epileptischen Anfälle, satt habe. Die Mutter, deren Leben nicht weniger grau war, versucht nach dem ersten Schock, ihre Tochter von deren Vorhaben abzubringen. Mit einem guten Essen, mit Berichten ihrer eigenen Nöte, mit temperamentvollem Poltern und ungewohnter Zärtlichkeit. Zum ersten Mal im Leben sprechen Mutter und Tochter offen miteinander und verstehen sich. Nach anderthalb Stunden eines zuweilen fast heiteren Gesprächs geht die Tochter hinaus – und erschießt sich.

Das Stück, für das die Autorin 1983 den Pulitzer-Preis erhielt, steht und fällt mit seinen beiden einzigen Darstellerinnen. Und Carlo Battistoni hatte für seine Inszenierung von „Buona Notte, Mamma" am Mailänder Piccolo Teatro zwei ungewöhnliche Protagonistinnen zu Verfügung.

Lina Volonghi, die sich mit vielen Rollen, vor allem mit der „Mutter Courage", ins Herz des italienischen Publikums gespielt hat, ist eine simple, gütige alte Frau, die hilflos und ungläubig vor der Tragödie steht, die da in ihren Alltag einbricht. Giulia Lazzarini, von Mailand bis Paris als Ariel in Strehlers „Sturm"-Inszenierung bejubelt, ist eine Jessy, wie sie sich die Autorin nur träumen konnte: zerbrechlich und eisern zugleich, kalt und zärtlich, nüchtern und verzweifelt. Das kleine, schlimme Stück gehörte zu den Höhepunkten der bisherigen Spielzeit.

MONIKA von ZITZEWITZ

## KULTURNOTIZEN

**Einen Beethovenpreis** für junge Komponisten stiftete die Stadt Bonn zum 32. Internationalen Beethovenfest im September 1986.

**„Neuerwerbungen: Handschriften – Graphik – Bücher"** zeigt das Freie Deutsche Hochstift in Frankfurt in einer Kabinettausstellung bis zum 17. März.

**Dem Opernhaus Carlo Felice,** das im Krieg zerstört wurde, ist eine Ausstellung in Genua gewidmet, die auch die zahlreichen bislang nicht realisierten Entwürfe für einen Wiederaufbau zeigt.

**Das Festival des jüdischen Films** wird zum vierten Mal (vom 19. 3. bis 2. 4.) in Paris veranstaltet.

**Umberto Eco** erhält den französischen Kulturorden „des Arts et des Lettres".

**Ein Papier und Filigran-Museum** wird am 2. März im italienischen Fabriano, das seit dem 14. Jahrhundert für seine Papierproduktion berühmt ist, eröffnet.

Ton-Licht-Spektakel: „Freischütz" in Düsseldorf

# Schenks liebe Landleute

Die Düsseldorfer hatten nun mal mit ihrem „Freischütz" keine Semper-Oper zu eröffnen. Aber solchem Rückstand wirkten sie mit allerhand Teufelsblendwerk tapfer entgegen. Günther Schneider-Siemssen illuminierte die Wolfsschlucht mit einem elektronischen Lichtgewitter, vor dessen Blitzen man genervt die Augen schloß. Das extra teure Light-and-Sound-Spektakel soll schon vor der Ouvertüre sein Vorspiel im Stadtrat gehabt haben.

Nun wird dennoch keiner glauben, daß man an der Rhein-Oper der Versuchung, sich um jeden Preis interessant zu machen, komplett erlegen sei. Otto Schenks Inszenierung fiel, wenn überhaupt, eher durch das Gegenteil auf. Sie verschwieg einigermaßen vollständig, daß Weber und sein Librettist ihre Spielhandlung ans Ende des Dreißigjährigen Krieges gelegt haben wollten. Keine Kriegskrüppel auf der Bühne wie bei Regisseuren, die auf sich halten: gut und schön. Aber bloß lustiges Landleute-Treiben, das mag für heutige Regie auch etwas wenig scheinen.

Von Schenk war nicht zu erwarten, daß er über seinen Schatten springt. Er erzählte seine romantische Geschichte ohne alles kritisch draufgesetzte und klügelnde Deuten. Sein Jungfernkranz wurde um 1820 gewunden. Was so eine Braut ängstigen kann, deren Liebster sich in die verrufene Wolfsschlucht aufmacht, wo die Geister ihr Unwesen treiben. Und wie deren Erscheinungen den Max erschrecken: Schneider-Siemssen aaste mit dem Projektor in unwirklichen, wüsten Landschaften und schemenhaften Vexierbildern von Agathe und Samiel und dessen wilder Jagd.

Drumherum schwelgte der Ausstatter in deutschem Wald und ländlichen Interieurs. Das auch Schenks Meriten: Er erzählte solide, unmißverständlich, wenn auch meist mehr betulich als virtuos. Es wurde gut, aber nicht überragend gesungen. Das Handikap war Manfred Jungs ausgebuhter Max: trocken und glanzlos; schwer auszumachen, was Agathe an ihm finden sollte. Aber auch bei Csilla Zentais Agathe durfte man an die warme, innige Natürlichkeit einer Grümmer nicht denken.

Die Besetzung spielte ihre Vorzüge in der Reihe daneben aus. Peter Meven war ein bravouröser Kaspar, Melissa Evans ein gar nicht soubrettenhaftes Ännchen, was freilich schon mal die Kontrastfähigkeit zur Agathe schmälerte – dann fielen musikalischer Ausdruck und komödiantisches Spielzeug auseinander. Am Pult führte Friedemann Layer grundsolide. Die Düsseldorfer Symphoniker imponierten mit properer Hörnerromantik. Schenks Versuch, den „Freischütz" einmal wieder ganz naiv zu erzählen, fiel in Düsseldorf auf dankbaren Boden.

DIETER SCHÜREN

# Diesel-Maßstab für Mopeds und Motorräder?

ULRICH REITZ, Bonn

Ein zwei Meter langer Katalysator unter dem blinkenden *Motorblock* einer schweren Maschine? Eine Horrorvision für Motorradfans, die auf ein sportliches Äußeres ihres Gefährts Wert legen. Und dennoch: Auch die 2,2 Millionen motorisierten Zweiradfahrer sollen nach den Vorstellungen des *Bundesinnenministeriums* (BMI) dem Umweltschutz Tribut zollen.

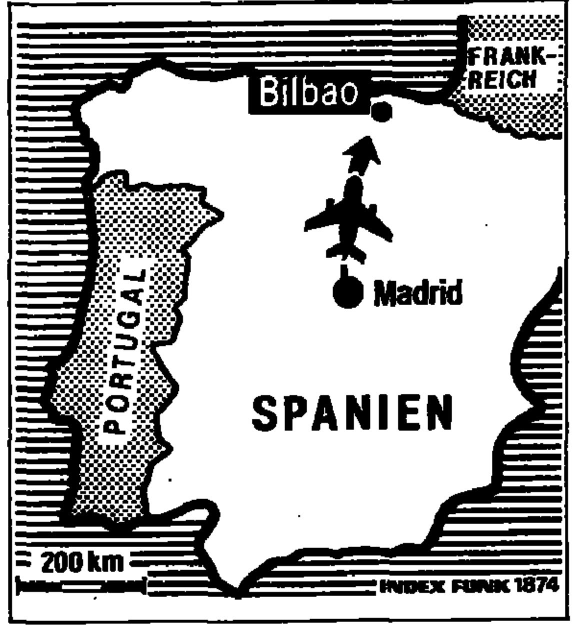
Nachdem die Bundesregierung zunächst beschlossen hat, zeitlich gestaffelt die benzinbetriebenen Autos auf die Einhaltung der Schadstoffwerte der Vereinigten Staaten zu verpflichten, sollen nun noch in diesem Jahr Regelungen für die Begrenzung der Kohlenmonoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen für Motorräder und Mopeds erlassen werden. „Damit werden zum ersten Mal überhaupt Schadstoffobergrenzen für *Krafträder festgelegt*", *erklärte* ein Sprecher des BMI.

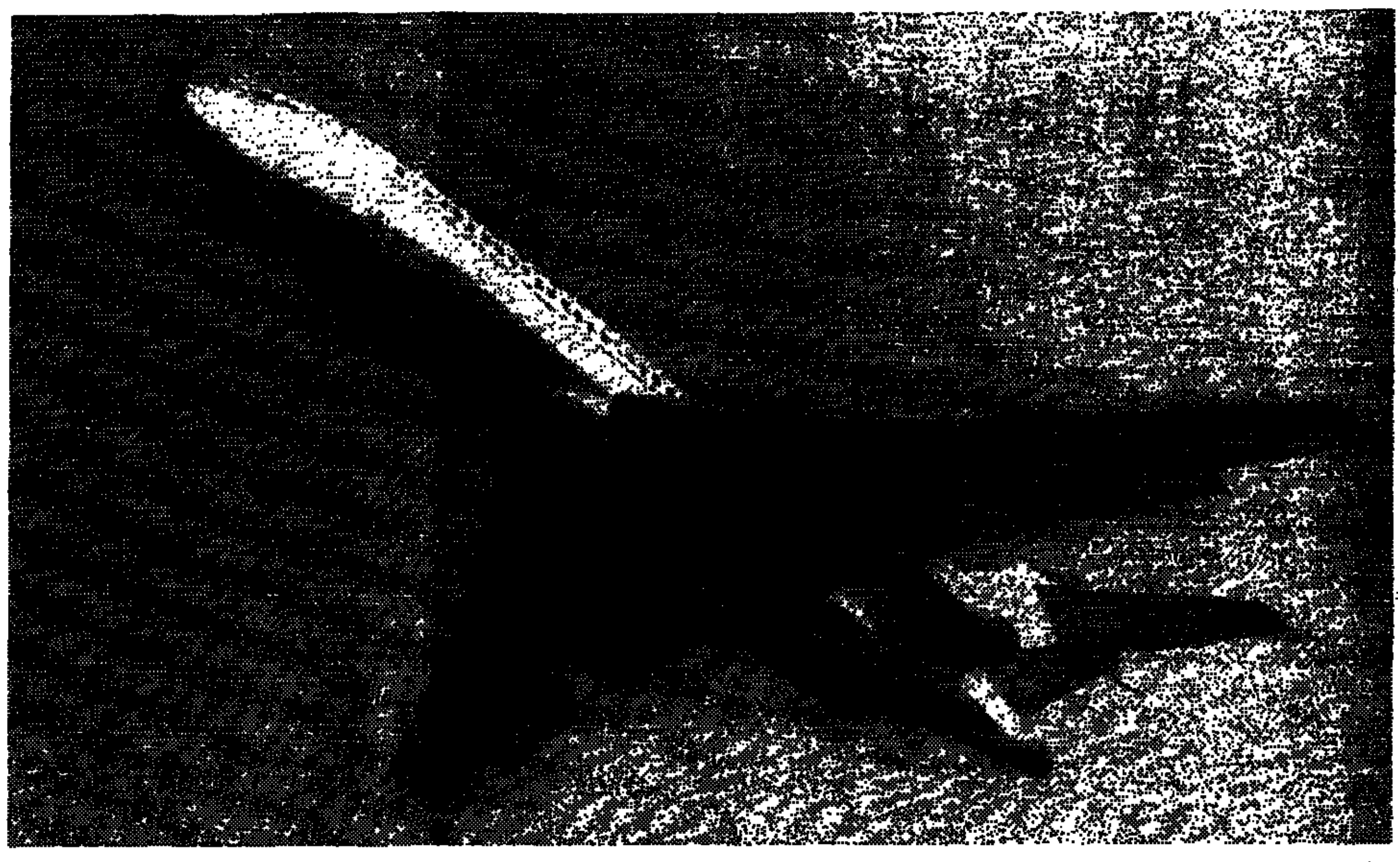
Schon vor drei Jahren hatte die ECE, die Umweltschutzorganisation der Vereinten Nationen für Europa, seinen Mitgliedsländern Richtlinien für Mopeds und Motorräder unterbreitet. Demnächst sollen sie von der Bundesregierung an die Europäische Kommission in Brüssel mit der Bitte überstellt werden, „die Sache gesamteuropäisch zu regeln", kündigte das BMI an. Damit soll die Angelegenheit jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Die Chancen für eine schnelle und einvernehmliche Regelung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft stehen gut, weil alle Mitgliedstaaten der ECE angehören. Wesentlich wichtiger ist jedoch, daß die UNO-Institution die neuen Schadstoffwerte so *hoch ansetzte, daß ihre Umsetzung* den Motorradherstellern keine Kosten verursachen wird. Damit steigen die Aussichten auf eine reibungslose Durchsetzung des Vorhabens beträchtlich. Mit dem Widerstand der Industrie ist nicht zu rechnen, versichern Verkehrs- und Innenministerium gemeinsam. Nach Erkenntnissen des Bundesverkehrsministeriums (BMV) halten sich die Produzenten bereits heute an die Richtwerte der Vereinten Nationen.

Auf eine gesetzliche Regelung will die Regierung jedoch nicht verzichten. Sie soll nach den Vorstellungen des BMI einen Ausgangspunkt für strengere Richtlinien bilden. Uneinigkeit herrscht indes zwischen Innen- und Verkehrsministerium über die konzeptionelle Ausgestaltung der neuen Gesetze. Während das BMI den Auftrag des Kabinetts vom Juli vergangenen Jahres, ein „Diesel-Konzept", das vor allem auf die Lastkraftwagen zugeschnitten sein soll, auszuarbeiten, extensiv auslegt und mit den Dieselfahrzeugen gemeinsam die Motorräder abhandeln will, sieht das Verkehrsministerium dafür „keinen Handlungsbedarf".

Das BMV verweist darauf, von dem Kabinett keinen Auftrag erhalten zu haben, Diesel- und Motorradkonzept gemeinsam in Angriff zu nehmen. Wegen der Größenordnung – die Schadstoffemissionen der Motorräder *werden auf rund ein halbes* Prozent des Gesamtaufkommens an Schadstoffen aus allen Verbrennungsmotoren geschätzt – stehe die Regelung für die zweirädrigen Gefährte vorerst hintenan.



Eine Boeing 727 (rechts ein Archivbild) zerschellte gestern beim Landeanflug auf den Flughafen Sondica bei Bilbao. Der Flughafen im Baskenland gilt wegen seiner Lage innerhalb von Bergen als schwierig anzufliegen. Noch 1983 starben bei zwei Abstürzen in Madrid 291 Menschen. FOTO: AP

# „Wir wußten: Hier ist keiner lebend davongekommen"

## Absturz einer Boeing 727 der spanischen Fluggesellschaft „Iberia" in der Nähe von Bilbao / 144 Passagiere und sieben Besatzungsmitglieder tot

ROLF GÖRTZ/DW. Madrid

Mit sechs Minuten Verspätung hob die Boeing 727 der spanischen Fluggesellschaft „Iberia" gestern morgen um 8.41 Uhr vom Madrider Flughafen Barajas zum Flug nach Bilbao ab. Als letzter war der bekannte frühere spanische Außen- und Industrieminister Gregorio Lopez Bravo an Bord gegangen. Mit ihm in der Ersten Klasse nahm der bolivianische Arbeitsminister Gonzalo Guzman Eguez Platz.

Das rund 100 Tonnen schwere Flugzeug stieg ohne Probleme in den Himmel und richtete den Bug nach Norden Richtung Bilbao. Die Funkaufsicht wurde pünktlich vom Kontrollturm Barajas an den Kontrollturm von Sondica gegeben, als um 9.45 Uhr der Kontakt abbrach. Minuten später wurde Alarm gegeben. In *der Nähe des Ortes Durango* an der Autobahn hatten Einwohner Flammen und starken Qualm die dünne Nebelschicht um den Berg Oiz durchbrechen sehen. Die Boeing war zerschellt.

Ein Jahr nach den beiden Flugzeug*katastrophen* bei *Madrid* mit *zusammen* 291 Toten, starben gestern wieder 151 Menschen, 144 Passagiere und sieben Besatzungsmitglieder einer spanischen Maschine, diesmal in den baskischen Bergen. Im Anflug auf den Flughafen Sondica bei Bilbao streifte die *Iberia-Maschine* 35 Kilometer östlich des Flughafens einen Sendemasten des baskischen Fernsehens in der Nähe Bilbao/San Sebastian. Eine Tragfläche riß auf, die Maschine verlor rasch an Höhe. Sekunden später prallte die vollbesetzte *Boeing 727 mit voller Wucht gegen* den Gipfel des Berges Oiz, Orientierungspunkt für den Anflug auf Sondica. Nicht einmal einen Alarmruf konnten Pilot oder Kopilot abgeben.

Erst zwei Stunden später konnten sich Einheiten der Guardia Civil dem Unfallort nähern. „Im Nebel und Qualm brennender Maschinenteile sahen wir zwischen Felsen Flugzeugteile und immer wieder Teile von zerrissenen Menschen, zum Teil verkohlt", berichtete ein Guardia über Sprechfunk nach Durango, dem nächsten Polizeirevier.

Drei FAR-Hubschrauber der spanischen Luftwaffe starteten, während 200 Mitglieder der Guardia Civil aus verschiedenen Standorten der Unfallstelle am Südhang des Berges Oiz kommandiert wurden. Aber sie kamen nicht weit. Durch unwegsames *Gelände zwischen Felsen, zersausten* Kiefern und vom Regen der letzten Wochen aufgeweichten Boden arbeiten sich die verschiedenen Rettungsmannschaften die letzte Strecke zum 1020 Meter hohen kahlen Gipfel vor. „Schon bald sahen wir die ersten Wrackteile. Noch während wir im Funksprechverkehr von 25 bis 30 Überlebenden hörten, wußten wir: hier ist kein Mensch lebend davongekommen." – „Schrecklich, schrecklich", rief ein Hubschrauberpilot in sein Mikrofon. „Keine Menschen – nur Teile."

Um 12 Uhr an der Unfallstelle angekommen, fanden die Polizisten im Umkreis von 200 Meter zwischen brennenden Trümmern nur noch zerrissene, verkohlte Menschenteile, „die niemand identifizieren könnte". *Ein Stabsarzt der Luftwaffe, Spezialist* in der traurigen Arbeit, Menschenreste etwa mit Hilfe ihres Gebisses zu identifizieren, ließ sich mit einem Hubschrauber in der Nähe der Unfallstelle absetzen.

Encarna Vazquez, die Frau des früheren *Außenministers Gregorio* Lopez Bravo kam vom Einkauf in ihre Madrider Wohnung zurück, als sie von einem Journalisten per Telefon gefragt wurde, ob ihr Mann nach Bilbao geflogen sei. Sein Name stünde auf der Passagierliste einer Maschine, die abgestürzt sei. Lopez Bravo gehört, so mußte die entsetzte Frau bestätigen, zu denen, deren Reste heute oder morgen in der Flugzeughalle von Sondica zusammengetragen werden. Seine Frau wird zu denen zählen, die morgen zwischen *vielen Leichenteilen suchen müssen.*

# LEUTE HEUTE

## *Zu gefährlich*

Obwohl er kein brillanter Rugby-Spieler war, behauptete er sich als manchmal rauflustiger Flügelmann. Jetzt will der erste königliche Rugby-Spieler **Prinz Edward** (20) seine Stollenschuhe an den Nagel hängen – seiner Laufbahn zuliebe: Er will nach dem Studium zu den „Royal Marines". Und die trainieren hart auf ihren Lehrgängen, auf denen auch die britischen Falkland-Kämpfer ausgebildet wurden. So hart, daß die Fußgelenk-Verletzung, die sich Edward beim Rugby zuzog, den Erfolg des Trainings gefährden könnte.

## *Steuer-„Mann"*

Das erste Mädchen, das jemals in einem Cambridge-Achter den Steuermann machte, muß ein Zugeständnis an die von Männern geprägte Ge*schichte ihrer Uni machen: Die acht* Kommilitonen, die sich von **Henrietta Shaw** (22) steuern lassen, nennen sie „Henry". Am Ostersonntag tritt der Uni-Achter im berühmten Rennen auf der Themse gegen Oxford an.

# WETTER: Im Norden Schneefall

**Wetterlage:** An der Nordflanke des wetterbestimmenden Festlandhochs mit Kern über dem Rheinland ziehen Tiefausläufer über die Nordsee hinweg ostwärts, die vor allem Norddeutschland erfassen.




**Vorhersage für Mittwoch:**
Nord: Veränderlich und bewölkt. Etwas Schneefall. Tags -3, nachts -5 bis -10 Grad. Übriges Bundesgebiet: Überwiegend sonnig, zeitweise auch *Wolkenfelder*, *niederschlagsfrei*. Nachmittags im Rheinland um -1, in Bayern -2 bis -6 Grad. Nachts je nach Aufklaren zwischen -6 und -16 Grad.

**Weitere Aussichten:**
Im Osten geringer Schneefall, sonst ruhiges Hochdruckwetter, weiterhin Frost.

**Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | -4° | Kairo | 24° |
| Bonn | -4° | Kopenh. | -6° |
| Dresden | -9° | Las Palmas | 18° |
| Essen | -2° | London | 1° |
| Frankfurt | -6° | Madrid | 10° |
| Hamburg | -4° | Mailand | 1° |
| List/Sylt | -5° | Mallorca | 11° |
| München | -9° | Moskau | -17° |
| Stuttgart | -7° | Nizza | 6° |
| Algier | 13° | Oslo | -18° |
| Amsterdam | -3° | Paris | -2° |
| Athen | 6° | Prag | -8° |
| Barcelona | 8° | Rom | 4° |
| Brüssel | -4° | Stockholm | -15° |
| Budapest | -6° | Tel Aviv | 22° |
| Bukarest | -9° | Tunis | 14° |
| Helsinki | -11° | Wien | -5° |
| Istanbul | -3° | Zürich | -7° |

**Sonnenaufgang* am Donnerstag:** 7.25 Uhr, Untergang: 17.48 Uhr; **Mondaufgang:** 8.28 Uhr, Untergang: 19.37 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

In den USA wurde das dritte Kunstherz eingepflanzt / Ein Geschäft für „Symbion" und „Humana"?

# Komplizierter Eingriff wird zur Routine

SAD/DW. Louisville

Murray P. Haydon, der dritte Mensch, dem ein künstliches Herz *eingepflanzt* wurde, erholt sich von seiner Operation am Sonntag überraschend schnell. Bereits am Montag konnte die künstliche Beatmung abgeschaltet und der Herzrhythmus von 50 auf 60 Schläge erhöht werden. Dem 58jährigen ging es so gut, daß er sich von seiner Frau die Brille reichen ließ, damit er sich ein Foto von seinem fünften Enkelkind ansehen konnte, das am Freitag zur Welt gekommen war. Der Chefarzt der Humana-Herzklinik von Louisville (Kentucky), in der Haydon operiert worden war, beurteilte das Befinden des Patienten als „so zufriedenstellend, daß es schon fast erschreckend ist".

Die Operation an dem 58jährigen pensionierten Fließbandarbeiter hatte am Sonntagmorgen wider Erwarten nur drei und eine halbe Stunde gedauert. Sie lief völlig problemlos und mit größerer *Routine* als bei seinen beiden Vorgängern. Über seine jüngste Operation vermerkte Herzchirurg William DeVries, der alle drei Einpflanzungen vornahm: „Diesmal lief alles perfekt."

Das mehr als ein halbes Pfund schwere Kunstherz aus *Plastik* und Metall wird von Preßluft angetrieben. Schläuche, die aus der Brust ragen, sind zur Zeit noch mit einem Kompressor verbunden, der die Größe eines Kühlschrankes hat. Später soll Haydon ein kleineres Gerät erhalten.

*Die Ärzte hoffen*, daß Haydon der erste Empfänger eines „Jarvik-7"-Kunstherzen sein wird, der völlig genesen und mit dem Apparat verhältnißmäßig normal leben wird. Abgesehen von seinem chronischen Herzleiden litt Haydon an keiner weiteren Krankheit. Er befand sich zum Zeitpunkt der Operation in weit besserer Verfassung als Herzempfänger William Schroeder.

Der 53jährige Schroeder, der seit 88 Tagen mit der Plastikpumpe in der Brust lebt, leidet seit zwei Wochen an Fieber und Gedächtnisschwund. Die Ärzte verfolgen seinen Zustand mit wachsender Besorgnis. Er sei, sagte Chefarzt Lansing, so geschwächt und deprimiert, daß er vermutlich „die Klinik nie verlassen können wird".

# Beim Wettlauf um den profitablen Kunstherz-Markt an erster Stelle

Von TORSTEN W. KRAUEL

Auf neun Milliarden Mark wird das jährliche Volumen für einen zukünftigen Kunstherz-Markt geschätzt. Der Hersteller der Kunstherzen von William Schroeder und Murray Haydon, Symbion Inc. in Salt Lake City, ordnet das finanzielle Volumen seines Marktes bei 3,75 Milliarden Mark ein. Dabei wird eine angestrebte Verbilligung dieser Operation auf rund 75 000 Mark zugrunde gelegt. Selbst die kommerzielle Verwendung von ausgefeilten Blutpumpen zur Stützung eines geschädigten Naturherzens bietet wahrscheinlich noch eine Umsatzmöglichkeit von drei Milliarden Mark.

Die private Krankenhaus-Kette Humana Inc. wußte also sehr genau, weshalb sie zum Verdruß ihrer staatlichen Konkurrenten den Star-Chirurgen William DeVries für eine ungenannte Summe einkaufte: Er ist der einzige Arzt, der gegenwärtig in *den USA die Zulassung für die Verpflanzung* von Kunstherzen besitzt. Das sichert der Krankenhaus-Kette (Umsatz im vergangenen Jahr: 7,8 Milliarden Mark bei Gewinnen von etwa 600 Millionen Mark) einen Vorsprung im Wettlauf um den profitablen Kunstherz-Markt. Humana, 1962 von zwei Rechtsanwälten gegründet, unterschrieb eine 75-Millionen-Mark-Verpflichtung zur Durchführung von 100 Kunstherz-Operationen, um DeVries für sich zu gewinnen – allerdings nur so lange, „wie ein kontinuierlicher wissenschaftlicher Fortschritt erkennbar ist".

Über das Wagnis der Investition in ihre Firma hatten die 70 Kunstherz-Forscher bei Symbion Inc. schon 1983 niemanden im unklaren gelassen, als sie erstmals an den Aktienmarkt gingen. Die Ausschreibung enthielt nicht weniger als 17 Risikopunkte: Ein durch kostenintensive Forschungsarbeiten im Bilanzjahr 1983 auf umgerechnet 2,1 Millionen Mark beziffertes Nettodefizit bei damaligem Eigenkapital von rund 15 Millionen Mark (das Defizit stieg 1984 auf 6,6 Millionen Mark); soziale und ethische Faktoren, die möglicherweise einem kommerziellen Vertrieb der Firmenprodukte ebenso den Garaus machen könnten wie nicht voraussehbare neue Heilungsmethoden. Symbion vergaß fast nichts, was Käufer normalerweise zögern macht.

Nicht in diesem Fall. Die Firma ging mit 1,5 Millionen Aktien an den Markt, und keine blieb liegen. Größter Aktionär ist mittlerweile Warburg Pincus Bio-Science, eine Tochtergesellschaft der auf die Finanzierung von Zukunftstechnologien spezialisierten New Yorker Warburg Pincus-Bank. Sie *hält in den USA in diesem*



***Robert K. Jarvik (38), Konstrukteur des nach ihm benannten Kunstherzens „Jarvik-7"*** FOTO: DPA

Bereich mit geschätzten 400 Millionen Dollar Umsatz eine Spitzenstellung. Auch das durch verwandtschaftliche Bande mit Warburg Pincus verbundene Hamburger Bankhaus Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co. zögerte nicht, über zwölftausend Aktien zu erwerben. Renommierte US-Firmen wie die Wall Street-Brokerhäuser Merrill Lynch, Banken wie The First Boston Corp. oder der Chemiegigant Johnson & Johnson zeichneten ebenfalls.

Das Symbion-Firmenkapital stieg auf rund 66 Millionen Mark an. Aus diesem Fundus erhält der Konstrukteur des Kunstherzens, der 38jährige ehemalige Architekturstudent und jetzige Unternehmenspräsident mit Mediziner-Examen, Robert K. Jarvik, ein jährliches Einkommen von rund 230 000 Mark. Der Löwenanteil des Aktien-Erlöses aber bleibt der Forschung vorbehalten. Ende vergangenen Jahres verfügte Symbion noch über rund 51 Millionen Mark Bareinlagen. Der Umsatz hat sich im Jahre *1984 gegenüber dem Vorjahr auf etwa* 2,4 Millionen Mark verdoppelt. Kein Wunder, daß Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co. die Kunstherz-Firma eine „erstklassige Anlage" nennt. Heute verfügt Symbion über eine Produktionskapazität von 200 Kunstherzen jährlich. Für 1985 erstrebt Symbion allerdings vorrangig die Markteinführung seines Kunstohres durch 200 durchgeführte Operationen an 30 Verpflanzungszentren. Für Kunstherzen sollen neben Louisville zwei weitere Hospitäler ausgerüstet werden.

Die wichtigste Stimme im Chor der Ratgeber von Symbion, Humana Inc., ist seit November dieses Jahres kein Teilhaber mehr. Der exklusive Verwender von Symbion-Kunstherzen und ihr neuer Angestellter DeVries verkauften für rund 4,2 Millionen Mark ihre Symbion-Aktien, um dem *Vorwurf der Selbstbegünstigung zu* entgehen. Käufer war der Mischkonzern Grace, der in jüngster Zeit in den USA durch erhebliche Investitionen im Bereich Biotechnologie und Medizin von sich reden machte.

Bei den Humana-Aktien sind Kurssprünge zwar nicht zu erwarten, doch erreichen sie immerhin mit 25 Dollar ein Drittel des Kurswertes von General Motors. Die Humana-Direktoren kennen die Spielregeln der US-Wirtschaft: Wer wagt, gewinnt, und sie stehen mit dieser Meinung nicht alleine. Das bekannte Wirtschaftsmagazin „Forbes" verlieh in einer Einschätzung der 500 bedeutendsten US-Unternehmen für Investoren Humana den höchsten Vertrauenswert.

Ungeachtet vieler Bedenken gegen gewinnorientierte Krankenhauskonzerne wie Humana bleibt die Kostenfrage in den USA wie in Deutschland Zentralthema bei dem kommerziellen Einsatz der Kunstorgane. Die Barmer Ersatzkasse und die Deutsche Angestellten-Krankenkasse bestätigten der WELT, daß sie im Falle klinischen Erfolges die Kostenerstattung für das heute noch pro Operation 750 000 Mark teure Kunstherz nach den Sätzen für jede andere Organverpflanzung vornehmen werden – das sind bei Herztransplantationen derzeit etwa 30 000 Mark.

# Flüsse und Seen liegen unter dicker Eisdecke

DW. Bonn

Die anhaltende Kälteperiode mit Nachttemperaturen bis 22 Grad unter Null läßt Seen, Flüsse, Kanäle und das küstennahe Meer ganz oder teilweise zufrieren. Die Schiffahrt und der Fährdienst sind stark eingeschränkt oder mußten eingestellt werden. Auf einigen Flüssen ist die Eisdecke inzwischen 60 Zentimeter dick. *Auch auf Ost- und Nordsee* ist die Schiffahrt stark behindert, Eisbrecher sind im Großeinsatz. Die Mannschaft des finnischen Eisbrechers „Hanse" bemüht sich seit vergangener Woche, eine Fahrrinne von Kiel in die Ostsee freizuhalten. Ähnlich wie *in den Ostseehäfen* ist auch die Lage an der Nordseeküste. Zwischen Pellworm und Nordstrand verkehrt keine Fähre mehr. Der Fährverkehr zwischen Schweden und Dänemark ist beeinträchtigt. Auf der Donau und dem Main-Donau-Kanal zwischen Bamberg und Nürnberg wurde die Schiffahrt ganz eingestellt. Der Main ist nördlich von Aschaffenburg bis Bamberg zugefroren, die Lahn ist nur noch an einigen Stellen „offen".

## Van Hout wird ausgeliefert

AP, Paris

Der 28jährige Niederländer Cornelis van Hout, der als einer der Drahtzieher der Entführung des niederländischen Brauereibesitzers Alfred Heineken gilt, wird morgen von Frankreich an die Niederlande ausgeliefert. Van Hout und der 27 Jahre alte Willem Holleerder wurden vor etwa einem Jahr in Paris verhaftet. Der „Brauereikönig" Heineken und sein Fahrer waren 1983 gegen 29 Millionen Gulden Lösegeld von ihren Entführern freigelassen worden.

## Nun doch „Dallas"

dpa, London

Die Briten können ab Herbst die Untaten des „Dallas-J. R." nahtlos weiterverfolgen, wenn die BBC die Serie beenden muß und der private ITV-Kanal mit der Fortsetzung beginnt. Die BBC hatte einige Folgen zurückgehalten, als der kommerzielle Fernsehsender ITV die BBC beim Kauf der Rechte überboten hatte. Es war erwartet worden, daß die BBC die zurückgehaltenen Serien erst dann *ausstrahlen würde*, wenn das private Fernsehen mit seinem Dallas-Programm beginnt.

## Lawinenunglück

AFP, Grindelwald

Eine künstlich ausgelöste Lawine verschüttete am Montag nachmittag am Eigermassiv in der Schweiz zwei kleine Bergbahnen. Drei Eisenbahner wurden schwer verletzt, ein anderer starb wenig später an seinen Verletzungen. Ein weiterer Eisenbahner wird noch immer vermißt. Die Lawine *war gesprengt worden*, *um eine* Gefahrenquelle für Wintersportler zu beseitigen.

## Rauchen verboten

dpa, London

Rauchen ist in den Stationen der Londoner Untergrundbahn seit Anfang dieser Woche verboten. Nur auf überirdischen Bahnsteigen dürfen sich die Raucher künftig mit einer Zigarette die Wartezeit verkürzen. Ein Verstoß gegen das Verbot soll mit bis zu 50 Pfund (etwa 180 Mark) Stra*fe geahndet werden.*

## Öl gefunden

dpa, Alzey/Bad Kreuznach

Im Altrheingebiet bei Eich und Gimbsheim im Landkreis Alzey-Worms sind Erdölbohrungen fündig geworden. Die Anteile an der die Bohrungen ausführenden Gesellschaft liegen in den Händen der Ölkonzerne Esso und Shell.



## *ZU GUTER LETZT*

*„Rumänen verbringen ihre Freizeit nur im Bett", berichtet dpa unter dem Stichwort „Überwintern in Rumänien".*